

TAGESSCHAU

POLITIK

Rentenversicherung: Die geplante Neuregelung ist vom Bundeskabinett beschlossen worden. Mann und Frau sollen künftig durch eine Hinterbliebenenrente mit Freibetrag gleichgestellt sein. Pro Kind wird Frauen ein Erziehungsbeitrag angerechnet. (S. 10)

Arbeitslosigkeit: Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, schlägt eine Verlängerung der Zahlungen auf 18 Monate und ein anschließendes Arbeitslosengeld zwei vor. (S. 10)

Personalansatz: Die Koalition will das Gesetz über den fälligen Personalansatz und maschinenlesbaren Ausweis erst in Kraft treten lassen, wenn Einigung über weitere Datenschutzregelungen im Sicherheitsbereich erzielt ist.

Sindermann: Mit auffälliger Herzlichkeit wurde der „DDR“-Volkskammerpräsident in Frankreich empfangen. Schon am ersten Tag kam es zu einem Treffen mit Premier Fabius. (S. 4)

EG-Initiative: Washington hat seine Bedenken gegen die geplante politische und wirtschaftliche Kooperation zwischen der EG und den Staaten Mittelamerikas fallengelassen. (S. 10)

Spanien: Im Rahmen einer Volksabstimmung soll im Februar 1986 über die künftige „Form des Beitrags“ Spaniens zur NATO abgestimmt werden. (S. 10)

ZITAT DES TAGES



„Alles drängt nach München“

Bayerischer Ministerpräsident Franz Josef Strauß zur Begründung der gestiegenen Repräsentationskosten seiner Regierung. Foto: JUP/DAC/INCA

WIRTSCHAFT

Daimler-Benz: Der Konzern rechnet für 1984 mit einem Umsatzanstieg um zwei Milliarden DM auf 42 Milliarden. Dagegen wird der Umsatz der AG mit 32 Milliarden DM knapp unter dem Vorjahresergebnis liegen. (S. 13)

Bildungsurlaub: Auch in Nordrhein-Westfalen ist die Möglichkeit von Bildungsurlaub (fünf Tage) jetzt gesetzlich verankert.

Israel: Die Subventionen für Grundnahrungsmittel und Benzin wurden gekürzt; die Preise steigen um fast ein Viertel.

KULTUR

Oper: Die Opernhäuser im deutschsprachigen Raum wollen sich künftig stärker auf den Austausch von Produktionen konzentrieren. Damit soll den Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand entgegengeköpft werden, hieß es nach einer Konferenz der Operintendanten in Hamburg.

Musikpreis: Der mit 25 000 Mark dotierte Frankfurter Musikpreis 1985 wird der deutschen Kammermusikerin Brigitte Fassbaender verliehen. In der Begründung des Stiftungsrats wurde sie als eine Künstlerin gewürdigt, die zu den „weltweit bewanderten Spitzen des Musiklebens zählt“.

SPORT

Olympia: Der Sekretär des jugoslawischen Nationalen Olympischen Komitees, Caslav Veljic, hat bestätigt, daß bei Schwierigkeiten in Seoul die Olympischen Spiele 1988 in Belgrad ausgetragen werden könnten. (S. 2)

Fußball: Trainer Timo Konietzka und Manager Hans-Dieter Tippenhauer wurden beim Fußball-Bundesligaklub Borussia Dortmund mit sofortiger Wirkung entlassen. Die Mannschaft wird vom bisherigen Assistenten Satig betreut.

AUS ALLER WELT

Kraker: In Amsterdam eskaliert die Gewalt. Mit Plünderungen und Straßenschlächten wollen militante Hausbesetzer (Kraker) eine der wichtigsten Einkommensquellen der Stadt trockenlegen: den Tourismus. (S. 20)

Wieshen: Eine Freiheitsstrafe von 15 Monaten ohne Bewährung wegen fahrlässiger Tötung unter Alkoholeinfluß hat die Staatsanwaltschaft im Münchner Prozeß gegen den beurlaubten CSU-Generalsekretär verurteilt. (S. 20)

Wetter: Wechselnd bewölkt mit Schauern. 14 bis 17 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Die Beaglekanal-Lösung nützt beiden Regierungen - Antarktisfrage ausgespart S. 2

Auswärtige Kulturpolitik: Bonns Wille zur Abkondung - Von Günter Zehm S. 3

Grenada: Das Volk will nichts mehr von Extremisten wissen - Von Werner Thomas S. 3

Baden-Württemberg: Auch Umweltthemen ziehen nicht - Vor der Kommunalwahl S. 4

Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT - Wort des Tages S. 6

Rundfunk: SPD für „Nachbesserungen“ am Medien-Kompromiß - Bayern droht S. 16

Fischwirtschaft: Angebot aus reinen Gewässern - gegen einseitige Darstellung S. 12

Fernsehen: Sendereihe „Sucht-hilfe“ - Rosarote Sonnenbrille für die Seele S. 18

Der Schatz von San Marco: Venezianische Prachtstücke - Ausstellung in Köln S. 19

Katalysatoren: Der Einbau macht zur Zeit noch Schwierigkeiten - Von Heinz Hormann S. 20

Barzels Auftritt vor dem Ausschuß: Eine Sache beenden

Jetzt wird die CDU/CSU-Fraktion seine Aussagen bewerten

MANFRED SCHELL, Bonn

Mit großer Selbstsicherheit hat Bundestagspräsident Barzel vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurückgewiesen: 1. Er habe niemals Geld von Flick-Konzern erhalten. 2. Er habe „weder mittelbar noch unmittelbar“ auf die Steuerbefreiung Einfluss genommen, die von der Bundesregierung Schmidt dem Konzern erteilt worden sei und 3. Sein Rücktritt von den Ämtern des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden und des CDU-Parteivorsitzenden im Jahre 1973 sei auf „politische Meinungsverschiedenheiten“ zurückzuführen gewesen. Barzel: „Es ist in-fam, dem Kollegen Kohl und mir vorzuwerfen, daß dabei Geld im Spiel war“.

Barzel verlas zu Beginn seiner Anhörung am gestrigen Nachmittag zunächst eine knapp neun Seiten umfassende Stellungnahme. Darin begründete er auch ausführlich seine Tätigkeit als „wissenschaftlicher Berater“ für die Anwaltskanzlei Professor Dr. Paul in Frankfurt ab 1. August 1973. Durch eine umfassende Schilderung seiner Aktivitäten war Barzel darum bemüht, die hohen Honorare, die ihm im Laufe der Zeit gezahlt

worden sind, zu begründen. Er habe kein Geld von Flick bekommen. „Ich arbeite in der Praxis Dr. Paul und für die Klienten dieser Praxis im Auftrag Dr. Paul. Ich wurde aus den Gesamteinnahmen der Praxis honoriert. Natürlich wußte ich, soweit es mich angeht, welche Klienten diese Praxis hatte. Mir war bekannt, daß die Praxis einen Vertrag u.a. mit der Firma Flick hatte“. Er habe leitende Repräsentanten des Konzerns zum Teil regelmäßig getroffen.

Barzel griff von sich aus auch die in einem Brief des früheren CDU-Generalsekretärs Biedenkopf benutzte Volkabel auf, Barzel dürfe kein „Sozialist“ werden.

SEITE 2:
Savonarolo im Rolle-Royce
SEITE 8:
Barzels Erklärung im Wortlaut

alfall“ werden. Dazu erklärte der Bundestagspräsident: „Ich betone: Nie war ich - Gott Dank - ein Sozialist“. Solche Probleme habe es für ihn nicht gegeben. Barzel rechtfertigte seine Tätigkeit für die Anwaltskanzlei. Er habe diese Aktivitäten angezeigt und seine „Einkünfte ordnungsgemäß versteuert“. Jedem Mitglied des Bundestages sei es unbenommen,

einen Beruf auszuüben. Die dafür geltenden Verhaltensregeln „sind beachtet worden“.

Barzel, der vor seiner Anhörung als „Zeuge“ zehn Minuten lang im Blitzlichtgewitter der Fotografen stand, sprach die Hoffnung aus, daß seine Anhörung ein „reines Gewitter“ werde, um danach „frische Luft“ zu bekommen. Es ginge auch darum, „eine Sache zu beenden“.

Aus diesen Aussagen könnte man den Schluß ziehen, daß Barzel nicht an Rücktritt denkt, sondern die Diskussionen um ihn „durchstehen“ wolle. Die Fraktion der CDU/CSU wird sich aller Voraussicht nach schon heute mit Barzels Aussagen befassen und eine Bewertung vornehmen. Ungeachtet des gestrigen Auftritts Barzels herrschte in Kreisen der Unionsführung die Meinung vor, Barzel werde nach einer Ehrenerklärung der Fraktion von seinem Amt als Parlamentspräsident zurücktreten. Als sein Nachfolger gilt Professor Paul Mikat, bisher Justizminister der Fraktion. Im Gespräch ist auch Bundesminister Heinrich Windelen, jedoch gilt es als unwahrscheinlich, daß Bundeskanzler Helmut Kohl zum jetzigen Zeitpunkt Veränderungen an seinem

Fortsetzung Seite 8

Unterhalt kann begrenzt werden

Engelhard: Neues Scheidungsfolgenrecht soll „grobe Unbilligkeiten“ beseitigen

GÜNTHER BADING, Bonn

Mit dem gestern vom Bundestag verabschiedeten Entwurf eines „Gesetzes zur Änderung unterhaltsrechtlicher, verfahrensrechtlicher und anderer Vorschriften“ (Scheidungsfolgenrecht) sollen „Fehlentscheidungen“ der Ehescheidungsreform vom Juli 1977 rückgängig gemacht werden. Ziel sei die Beseitigung von „grobe Unbilligkeiten“ und Ungerechtigkeiten, insbesondere in Gerichtsentscheidungen zum Unterhalt, erklärte Bundesjustizminister Hans A. Engelhard vor der Presse. Keinesfalls sei an eine Abkehr von dem vor sieben Jahren von allen Bundestagsparteien befürworteten Zertrüßungsprinzip gedacht. Das alte „Verschuldungsprinzip“ bleibt in der Rumpelkammer der Rechtsschichte, sagte Engelhard. „Eine Gesetzesreform findet nicht statt“.

Konkret wird in dem Gesetzentwurf die unterhaltsrechtliche „Härteklause“ geregelt. Bisher wurde lediglich der Unterhaltsanspruch wegen „grober Unbilligkeit“ verneint. Künftig soll der Unterhaltsanspruch versagt, herabgesetzt oder zeitlich begrenzt werden können, wenn der Unterhaltsempfänger:
● sich über schwerwiegende Vermögensinteressen des zur Unterhaltszahlung Verpflichteten hinwegsetzt;
● vor der Trennung längere Zeit seine Pflicht, zum Familienunterhalt beizutragen, „groblich verletzt hat“;
● ein „offensichtlich schwerwiegendes, eindeutig bei ihm liegendes Fehlverhalten“ gezeigt hat.

Als Beispiel nannte Engelhard hier folgenden Fall: „Eine Frau holt sich den Liebhaber in die Wohnung. Dieser prügelt den Mann aus dem Haus und lebt künftig mit der Frau in ehelicher Gemeinschaft. Nach der Scheidung verlangt die Frau Unterhalt“.

Künftig soll im Gegensatz zum geltenden Recht (seit 1977) - bei grober Unbilligkeit - der eigene Anspruch auch jener Frauen gekürzt werden können, die gemeinsame Kinder betreuen. Die Belange der Kinder dürfen dabei allerdings nicht beeinträchtigt werden.

Fünf Festnahmen im Fall Popieluszko

Warschau: Funktionär des Sicherheitsdienstes unter Verdacht / Appell des Papstes

DW, Warschau/Bonn

Die polnische Polizei hat bei der Fahndung nach den Entführern des Priesters Jerzy Popieluszko fünf Personen festgenommen, unter ihnen einen Funktionär des Sicherheitsdienstes aus Warschau. Sie sollen sich nach offiziellen Angaben vor fraglicher Zeit am vergangenen Freitag in der Nähe der Entführungsstelle aufgehalten haben. Die Warschauer Bevölkerung, die seit Tagen für die gescheiterte Rückkehr des Geistlichen betet, lastet offen der Sowjetunion die Schuld an der Verschleppung an. Moskau, so heißt es, wolle den Prozeß der Annäherung zwischen Staat und Kirche stören. Der Überfall wird als Ergebnis von Auseinandersetzungen im Sicherheitsapparat bezeichnet, die sich in erster Linie gegen General Jaruzelski und Innenminister Cieslaw Kiszczak richteten. Die Tatsache, daß ein Funktionär des Sicherheitsdienstes jetzt unter Verdacht steht, könnte diese These stützen.

Die Untergrund-„Solidarität“ der Warschauer Stahlwerke „Huta Warszawa“ hat die Arbeiter der Fabrik aufgerufen, vom 29. Oktober an in einen unbefristeten Streik zu treten, wenn bis dahin nicht Popieluszko freigelassen ist. Regierungssprecher Jerzy Urban hatte die Entführung als „Provokation gegen die Regierung Jaruzelski“ bezeichnet. Urban, der in der Vergangenheit als scharfer Kritiker des „Solidarität“-Sympathisanten Popieluszko hervorgetreten war, sprach sogar von „politischem Banditentum“. Auch die katholischen Bischöfe hatten von einer Entführung aus politischen Motiven gesprochen.

Papst Johannes Paul II. brach gestern sein Schweigen. In seiner wöchentlichen Generalaudienz im Vatikan sagte das aus Polen stammende Oberhaupt der katholischen Kirche, es sei von der Entführung „zuerst erschüttert“. Johannes Paul II. brachte seine Solidarität „mit der Geistlichkeit und dem Volke Polens“ zum Ausdruck und fügte in seiner Mutter-sprache hinzu: „Ich appelliere an jene, die diesen schändlichen Akt begangen haben und die Verantwort-

tung dafür tragen.“ Am Dienstag war der Papst mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Roman Malinowski zu einem halbstündigen Gespräch zusammengetroffen.

Morddrohungen wurden gegen den Danziger Priester Henryk Jankowski gerichtet. Der Reichstatter Walewicz wird von Arbeitern der Werften beschützt. Im polnischen Klerus wurde auch Primas Jozef Glemp von Kritik nicht verschont. Vor allem jüngere Geistliche, die sich fest für die „Solidarität“ engagiert haben, bedauerten, daß Glemp ausgerechnet in dieser schwierigen Phase in die „DDR“ gereist sei.

Einen bemerkenswerten Kommentar veröffentlichte die ungarische KP-Zeitung „Nepszabadsag“. Sie meinte, von der Entführung könnten nur jene profitieren, die gegen die Stabilisierung in Polen seien und nicht wünschten, daß Warschau wieder von westlichen Staatsmännern besucht werde.

Seite 5: Freiheit mutig riskiert

CDU-Wirtschaftsrat mahnt Regierung

Leistungsanreize unzureichend / Subventionen noch zu hoch / Privatisierung zu schleichend

KAREN SÖHLER, Bonn

Die von der Bundesregierung betriebene Steuerpolitik genügt nach Ansicht des Wirtschaftsrats der CDU e. V. noch nicht den „wirtschaftlichen Notwendigkeiten“. Leistungsanreize seien nur unzureichend gegeben worden. Die Organisation forderte die Bundesregierung daher auf, den Körperschaftsteuersatz deutlich unter 50 Prozent zu drücken, damit die Wirtschaft in die Lage versetzt werde, die für den Strukturwandel notwendigen Investitionen vorzunehmen. Ohnehin würden deutsche Unternehmen erheblich stärker zur Kasse gebeten als ihre internationale Konkurrenz.

Um die Wettbewerbsfähigkeit zu wahren, sei es wichtiger, die Körperschaftsteuer zu mindern als den Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer, sagte der Vorsitzende des Wirtschaftsrates, Heinrich Weiss. Daß damit ein gespaltenes Steuersystem für Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften entstünde, empfand Weiss nicht als Risiko. Bei Personengesellschaften sollten einbehaltene und ausgeschüttete Gewinne unterschiedlich behandelt werden.

In einer Zwischenbilanz mahnte der Wirtschaftsrat die Regierung, die vor der Wende gegebenen Versprechen nun auch einzulösen - ohne die bisherigen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Erfolge aus den Augen zu verlieren. Er wies darauf hin, daß zahlreiche Themen bisher ungenügend bearbeitet worden seien. Subventionen seien praktisch nicht abgebaut worden, sei seien teilweise sogar gestiegen.

Zur Lösung dieses Problems

schlug Weiss vor, die Stützzahlungen des Staates - in Anlehnung an das Schweizer Modell - gleichmäßig um fünf Prozent zu kürzen. Sachverständigenrat und wissenschaftlicher Beirat beim Bundeswirtschaftsminister sollten die verteilten Subventionen kritisch analysieren.

Weiss bemängelte ferner, daß die Privatisierung zu langsam vorange-trieben werde. Der Bundesfinanzminister solle dem Kabinett baldmöglichst die Privatisierungskandidaten benennen, damit die Staatsquote - wie angekündigt - noch in dieser Legislaturperiode nennenswert gesenkt werden könne. Die Lufthansa dürfe dabei kein Tabu sein. Daß die Privatisierung auch dem Kunden helfe, beweise das Beispiel British Airways. Weiss: Seit der Privatisierung sei der Service erheblich besser geworden.

DER KOMMENTAR

Die Aussage

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Rainer Barzel ist als Bundestagspräsident selbstbewußt vor den parlamentarischen Flick-Ausschuß getreten, um seine Aussage zu machen. Von der Prozedur versprach er sich ein reinigendes Gewitter, was immer er damit gemeint haben mag.

Seine Aussage enthält Klarstellungen, die nicht überraschen können, weil er sie auch schon an anderer Stelle gemacht hatte. Erstens: Er habe auf die Steuerbefreiung des Hauses Flick durch die Regierung Schmidt keinen Einfluss genommen. Das ist ihm auch nicht konkret vorgeworfen worden; gleichwohl ist dies entsprechend dem Untersuchungsauftrag des Ausschusses das Kernstück seiner Aussage. Zweitens: Sein Verzicht auf den Fraktionsvorsitz und den Parteivorsitz im Jahre 1973 habe politische Gründe gehabt; Geld sei nicht im Spiele gewesen. Dies entspricht dem, was Kanzler Kohl kürzlich vor der Fraktion erklärt hat und was Hans Katzer bezeugt. Drittens: Seine Bezüge von der Anwaltspraxis Paul seien aus den Gesamteinnahmen der Sozietät geleistet worden; von der Firma Flick habe er keine Geld bekommen.

Da Barzel gestern seine Aussage vor dem Untersuchungsausschuß gemacht hat, erhält sie die Qualität des „rechtlichen Gehörs“. Darauf hat Barzel selbst Wert gelegt, und so sollte sie auch

in der Öffentlichkeit gewertet werden. Im übrigen verwendete Barzel einige Energie darauf, nachzuweisen, daß er für die Anwaltspraxis Paul ordentliche Arbeit geleistet habe, der die Höhe seiner damaligen Bezüge entspreche. In diesem Zusammenhang versuchte er, das mittlerweile geflügelte Wort vom „sozialen Fall“ gegenstandslos zu machen. Es lag ihm daran, den Ausschuß und die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß seine Tätigkeit für Paul nichts anderes als eine normale Berufsarbeit gewesen sei.

Die mannhaft fest vorge-tragene Aussage beeindruckte die Mitglieder des Ausschusses sichtlich. Die Frage ist allerdings, was sie an der Lage des „Falls Barzel“ ändert. Von einem Rechtsbruch war zu keiner Zeit die Rede. Hier geht es um Fragen des Stils, die schnell zu Fragen der Moral gemacht werden. Eigentlich geht es um Eindrücke. Barzels Aussage festigt nummehr den Eindruck, er habe nicht unehrenhaft gehandelt. Gleichwohl wird seine Partei nach wie vor wissen wollen, warum er sich trotz hoher Bezüge von der Anwaltspraxis Paul aus der Fraktionskassette unterstützen ließ, und im Parlament wie in der Öffentlichkeit werden die Zweifel nicht zur Ruhe kommen, in welchem Maße der „Fall Barzel“ dem zweitöchsten Amt unserer Republik schadet.

Mitterrand distanziert sich von Andreotti

SAD, London

Der französische Staatspräsident François Mitterrand hat sich von den Erklärungen des italienischen Außenministers Andreotti über die deutsche Teilung distanziert. Gegenüber der Londoner „Times“ betonte Mitterrand gestern, sie entsprächen nicht der französischen Haltung. Andreotti hatte sich im September dahingehend geäußert, daß es definitiv bei zwei deutschen Staaten bleiben müsse, und Befürchtungen über einen angeblichen deutschen Pangermanismus Ausdruck gegeben.

Aus Anlaß des gegenwärtigen Staatsbesuches des französischen Staatschefs in Großbritannien veröffentlichte die „Times“ ein Interview, in dem unter anderem die Frage gestellt wurde, ob Andreotti nicht lediglich laut ausgesprochen habe, was viele andere in allen Hauptstädten Westeuropas dächten, aber nicht auszusprechen wagten. Mitterrand sagte dazu: „Wir haben erklärt, daß die beiden Deutschland vollkommen das Recht besitzen, sich auf friedlichem Weg in eine Richtung zu entwickeln, die beide wünschen.“

Auf die Frage, ob er glaube, daß die enorme Kraft eines wiedervereinigten Deutschlands mit dem Aufbau eines vereinigten Europa vereinbar wäre, sagte Mitterrand: „Diesen Punkt haben wir noch nicht erreicht. Die politischen und wirtschaftlichen Systeme sowie die Bindnisse der beiden deutschen Staaten sind zu verschieden. Wenn sich diese Situation ändern würde, dann nur, weil bereits viele andere Umwälzungen vorausgegangen wären.“

SPD-Umweltprogramm zielt in Richtung grüner Wähler

„Regierung fährt unverantwortlichen Zickzack-Kurs“

E. N. Bonn

Mit einem Programm „Arbeit und Umwelt“ - für eine ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft - will die SPD die zu den Grünen übergetragene Wählerschaft zurückgewinnen. Während der Auftaktveranstaltung im Bonner Erich-Ollenhauer-Haus verwiesen gestern der Parteivorsitzende Willy Brandt, der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, und Bundesgeschäftsführer Peter Glotz darauf, daß die Partei bereits einen Anfang gemacht habe: Die meisten der 250 SPD-Unterbezirke hätten innerhalb der letzten Wochen „Umweltaufträge“ ernennt.

Alle Redner der Veranstaltung gaben zu, daß während der Regierungszeit der SPD Fehler und Versäumnisse in der Umweltpolitik vorgekommen seien. Sie beschuldigten aber die derzeit regierende Koalition, einen „unverantwortlichen Zickzack-Kurs“ (Vogel) auf diesem Felde zu fahren. Beim Tempolimit, so Willy Brandt, sei zum Beispiel eine Mehrheit der Autofahrer für Verringerung der

Höchstgeschwindigkeit. Unter deutlicher Anspielung auf punktuelle Bündnisse mit den „Grünen“ sagte der SPD-Vorsitzende: „Wir sind dazu da, Mehrheiten, wo es gibt, zusammenzuführen.“ Der Schutz der Natur sei immer schon eine originäre Aufgabe der Sozialdemokraten gewesen. Heute wolle die Partei nicht etwa aus der Industriegesellschaft aussteigen, sondern sie lediglich im Interesse des Umweltschutzes modernisieren. Technik und ihre „kapitalistische Verwendung“ habe man als SPD nie „dem Selbstlauf überlassen“; heute käme zur sozialen noch die ökologische Kontrolle mit hinzu.

Kern des Programms, das die wesentlichen umweltpolitischen Initiativen der SPD-Bundestagsfraktion seit April 1983 zusammenfaßt, ist die Forderung nach einem „Sondervermögen Arbeit und Umwelt“, das durch Steuerauslässe zum Energieverbrauch geschaffen werden soll und mit diesen 18 Milliarden Mark jährlich aufkommen, nach Ansicht der SPD, rund 250 000 Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Seite 11: Struktur verbessern

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gelähmte Gesellschaft

Von Carl Gustaf Ströhm

Die mit Spannung erwartete außerordentliche ZK-Sitzung in Moskau hat, wieder einmal, weder eine Entscheidung noch gar den Durchbruch einer neuen Kreml-Machtkonstellation gebracht. Michail Gorbatschow, den der „Prawda“-Chefredakteur eben noch als „zweiten Generalsekretär“ bezeichnete, ergriff auf dem Plenum nicht einmal das Wort, obwohl es um die Agrarfrage ging, für die er zuständig ist.

Statt dessen sieht man in letzter Zeit – zuletzt bei einer Ordensverleihung für Gromyko – seinen Rivalen Grigorij Romanow häufig in der Nähe des Generalsekretärs Tschernenko. Spielen hier die alten Herren an der Spitze die nächste, seit Jahren in den Startlöchern frustrierte Generation gegeneinander aus, um selber die Macht zu behalten?

Wie es hin und her geht, zeigt die jüngste Polemik zwischen der Moskauer Zeitschrift „Fragen der Geschichte“ und dem Ideologie-Organ „Kommunist“. Erstere sprach von der Möglichkeit innerer Krisen im Sozialismus, letztere schob wieder alles auf die bösen Imperialisten. Da kämpfen offenbar eine Reformströmung und eine stalinistische Schule miteinander.

Während das kommunistische China mit vollen Segeln Wirtschaft und Gesellschaft reformiert, wobei Peking Elemente des unter Stalin hingerichteten bauernfreundlichen Aikommunisten Bucharin mit ungarischen Reformkonzepten, jugoslawischen Selbstverwaltungsideen und Marktwirtschaft vermengt, ist die „Führungsmacht“ des Weltkommunismus zu byzantinischer Unbeweglichkeit erstarrt. Alte Männer wie Tschernenko und Tichonow gaben auf der Moskauer Sitzung den Ton an. Statt von Marktwirtschaft sprach man wieder von expansiven Maßnahmen – wie schon zu Stalins Zeiten. Es scheint, daß die alten Herren im Kreml die Welt nicht mehr verstehen. Und daß sie niemandem ans Ruder lassen wollen, der sie besser verstehen könnte.

General Vers Sturz

Von Christel Pilz

Auf den Philippinen herrscht Freude darüber, daß vier Männer der Agrava-Kommission den Generalstabschef Fabian Ver der Mittäterschaft am Mord des Oppositionsführers Benigno Aquino anklagen.

Vierzehn Monate lang hatten er und Präsident Marcos darauf bestanden, daß der Mord ein Komplott der Kommunisten gewesen sei. Statt dessen, so fand die mit der Aufklärung beauftragte Untersuchungskommission, war der Mord ein Komplott der Marcos-Militärs. So weit stimmt auch die Kommissionsvorsitzende Frau Agrava mit den vier überein.

Sie weigerte sich jedoch, in General Ver den Verantwortlichen zu sehen. Ihrer Meinung nach endet die Verantwortung bei dem damaligen Chef der Flughafensicherung, Brigadegeneral Luther Custodio. Aber das ändert nichts mehr daran, daß Präsident Marcos gegen seine allerengsten Mitstreiter handeln muß. Nicht zuletzt sorgt dafür auch der Druck der Amerikaner.

Die ersten Konsequenzen: Custodio und der Chef der Polizei von Metromania, Brigadegeneral Olivas, stehen unter Hausarrest. General Ver ist von seiner Position als Generalstabschef suspendiert. Amtierend rückte an Vers Stelle sein bisheriger Stellvertreter, der allgemein respektierte General Fidel Ramos.

Der zweite Schritt wird sein, Ver, Custodio, Olivas und dreißig weitere Militärs vor ein ziviles Gericht zu stellen.

Was aber wird das Gericht befinden? Schon jetzt sagen Custodio wie Ver, daß sie in einem Prozeß nichts zu befürchten haben. Ein Prozeß könne nur ihre Unschuld beweisen.

Schon mischt sich Skepsis in den Jubel all derer, die in einem Prozeß gegen Ver das Ende von Marcos sehen. Marcos ist ein asiatischer Regent, der mit dem Rücken zur Wand zu kämpfen weiß. Sein Gesundheitszustand ist derzeit gut. Er will sich der Herausforderung stellen.

Doch ob es ihm gelingt, das Blut von Aquino von den Händen seiner Militärs zu waschen, ist das Fragezeichen, das über seinem eigenen Schicksal steht.

Olympische Spielen

Von Klaus Blume

Sonderbare Zufälle gibt es in der olympischen Politik. Zum Beispiel jenen Vorgang, der gar keiner ist, sondern nur aus einer Reihe von Zufällen besteht – wenn man hohen IOC-Funktionären glauben darf.

Also: Nordkoreanische Journalisten besuchen eine Sitzung kommunistischer Sportfunktionäre in Prag, auf der das Internationale Olympische Komitee (IOC) aufgeführt wird, bei den Spielen im südkoreanischen Seoul 1988 für Bedingungen zu sorgen, „die allen Ländern die Teilnahme in der Hauptstadt von Südkorea ermöglichen“. So die tschechoslowakische Nachrichtenagentur Ceteka.

Nach dieser Sitzung sind die nordkoreanischen Journalisten zufällig bei einer Pressekonferenz des Nationalen Olympischen Komitees von Jugoslawien in Belgrad zu Gast. Also auf einer Veranstaltung, die für die Herren aus Pjöngjang völlig bedeutungslos ist. Doch dort erklärt der jugoslawische Olympia-Generalsekretär Caslav Veljic – ganz zufällig, ganz unprogrammiert – falls das IOC noch einmal über die Austragung der Spiele diskutiert, werde Jugoslawien einen Vorschlag, diese zu verlegen, unterstützen und Belgrad als Alternativ-Ort zu Seoul vorschlagen.

Was sagt das IOC dazu? Zufälligkeiten, sagt es; Spielen, die fast jeder Olympia-Kandidat für 1992 betreibt, um möglichst vier Jahre früher eine Chance zu erhalten.

Tatsächlich? Bisher hat es dergleichen noch nie gegeben. Zumal da es doch eigentlich aussichtslos sein müßte. Denn wenn ein Austragungsort bestimmt ist, kann das laut Satzung nicht einfach wieder rückgängig gemacht werden, weil bestimmte Kreise neuerdings was dagegen haben. So hat denn auch IOC-Präsident Samaranch erklärt, das IOC werde Seoul die Spiele auf keinen Fall entziehen.

Mit Grund – wie sollte es etwa Südkoreas Entschädigungsansprüchen begegnen? Aber es gibt da einen neuen olympischen Sprachgebrauch, wenn auch noch unter der Hand: Das IOC-Präsidium könnte sich gegebenenfalls einem „moralischen Druck“ seiner Mitglieder auf Seoul nicht entziehen. Gabe Seoul daraufhin die Spiele wieder zurück, würde man dieses Angebot annehmen.

Kurz und gut, der Osten mit seinem Abstimmungsblock im IOC will eine Gewohnheit daraus machen, mit der Boykottandrohung die Olympia-Politik zu bestimmen. Südkorea soll der Testfall sein. Hoffentlich merken die Amerikaner rechtzeitig, wie die Zufälle so fallen.



„Das sieht aber unsauber aus!“

KLAUS BÖHM

Savonarolas im Rolls-Royce

Von Herbert Kremp

Daß die Parteien kaputte Institutionen seien, daß Deutschland nicht an den „Novemberverschöbern“ Hitler, sondern an den „Flickverbrechern“ Augustin zu Grunde gehe, ist eine verbreitete Meinung. Es hat Tausende von Firmen und Geschäftsleuten gegeben – sie werden ja jetzt seltener –, die den nicht einmal mit dem Kassenstempel des gemeinnützigen Vereins ausgestatteten Parteien Geld gaben. Nun entdeckt eine etablierte Meinung, die sich als öffentlich bezeichnet, daß diese Form der Blutzufuhr eine schlechte, eine zumindest „schmierige“ Sache gewesen sei. Verbreitet wird das vornehmlich von den Leuten, die schon immer der Ansicht waren, daß der Strom aus dem Stecker zu kommen habe und die Finanzen aus dem Etat. Sie werden Deutschland in den ersten Rang der Nationen dieser Welt befördern.

Wir werden Zeugen des Elends von Berufspolitikern. Als Bismarck den bayrischen König Ludwig II. bestach, damit dieser nach außen die Initiative zur Kaiserproklamation von 1871 ergreife, amüsierte sich alles, denn die Sache, aus der ohne die Bayern nichts geworden wäre, wurde zum Erfolg. 1889 bezeichnete Bismarck die Agenten der Fürsten von Hannover und Kurhessen als „bizarren Reptilien“ und brachte sie mit einem Fonds, der den gleichen Namen erhielt, zum Schweigen. Auch diese Sache war erfolgreich, und zwar so sehr, daß der Fonds 1892 ohne Schaden liquidiert werden konnte. Daß Julius Caesar ein bestechlicher Mann war, fiel Heinrich Mann ein, als er sich über seine Zeit Sorgen machte. Den innigen Zusammenhang zwischen Politik und Geld hat es immer gegeben und wird es immer geben. Aber wir sind natürlich bestrebt, die deutsche Gegenwart davon freizuhalten.

Die Berufspolitik der deutschen Gegenwart (West) haben damit auch am wenigsten zu tun. Die Diamanten der Frau Ceausescu und die militärisch abgeschirmten Villen von Kim Il Sung, über die Prinz Sihanouk in seiner Peking Villa (der ehemaligen deutschen Botschaft in der „Straße des Imperialismus“) in der farbigen Sprache der Khmer berichtet, sind verdächtig, denn sie kommen aus der Ausbeutung armer Völker. Wenn Breschnews Schwiegersohn haarsträubende Geschäfte macht und Gierks Fernsehprodukt sich ein Studio für Porno-Filme einrichtet, darf ähnliches vermutet werden – aber die Verfahren werden dann im Namen

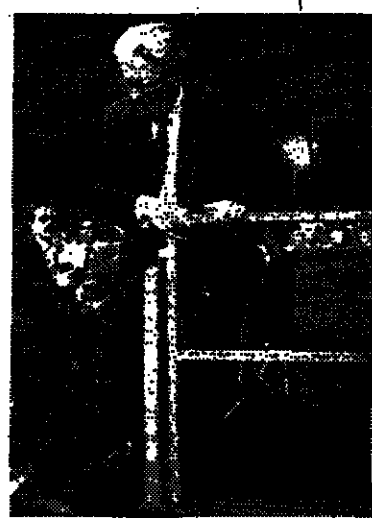
der Nomenklatura und ihres immer-sauberen Marxismus niedergeschlagen. Demgegenüber sind die Deutschen (West) – der Deutsche (Ost) jagt in Finnland Elche – von candiden Saubermännern umgeben. Ein Herr wie Walter Scheel muß vor dem Kölner Landgericht als Zeuge der Verteidigung zur Parteienfinanzierung sagen: „Wir alle haben uns nicht auf sicheres, aber auf rechtlich begabten Wegen gefühlt.“ Dieser Satz hätte vor Calvin Bestand. Im übrigen: Wer weiß schon, daß der deutsche Bundespräsident, wohl als einziges Staatsoberhaupt der Welt, keinen eigenen Koch hat?

Dies sei nur einmal gesagt, damit die Kirche im Dorf bleibe. Alle Parteien haben Geld von denen genommen, die mehr Geld haben. Auch die fingerzeigenden Sozialdemokraten bekamen runde vier Millionen allein von Flick. Der dicke Mercedes, den der Oppositionsführer Vogel (völlig zu Recht) fahren läßt, kommt nicht aus dem Godesberger Programm. Solange der Kaninchenzüchterverein gemeinnützig sein dürfte und die Parteien (bis zum gemeinsamen beschlossenen Parteienfinanzierungsgesetz, von dem auch die Grünen etwas haben) sich über gemeinnützige Vereine betuschen müßten, obwohl sie laut Verfassung aus der Willensbildung des Volkes mitwirken und der Kaninchenzüchterverein bekanntlich nicht – so lange müßten die Parteien sich nach Tuchmachern umsehen. Und die Berufspolitik wurden auf irgendeine Weise versorgt. Sie treten an die Spitze von Landesbanken oder anderen öffentlich-rechtlichen Institutionen,

für die sie manchmal nicht mehr mitbringen als das Talent, eine Gremiensitzung zu leiten. Ist dem ehemaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Schütz, jemand böse, weil er In-tendant der Deutschen Welle in Köln wurde? Vielleicht heißt sein Nachfolger Schütz.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die spezifischen Zusammenhänge zwischen Geld und Politik, die nun allseitig ruckbar geworden sind, in der Öffentlichkeit als anstößig empfunden werden. Die Motive können verschiedenartig sein – auch Meinungsbildungen der Öffentlichkeit dürfen hinterfragt werden, keine Kuh ist heilig. Der Mann im täglichen Arbeitskittel fragt zu Recht, warum sich Parteien und Politiker so üppig ausstatten müssen, wie man es von Rainer Barzel gestern im Untersuchungsausschuß vernahm. In der Frage „Muß das denn sein?“ kann normales Haushaltsdenken liegen, bei dem einen oder anderen eng verschlungen mit der Base Neid. Man darf sich darüber aufhalten, denn es gab ja einmal ein Preußen. Sieht man es nicht gern, wenn derjenige, der uns nach innen und außen repräsentiert, etwas ehrenhalber tut? Er braucht deswegen nicht zu hungern. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite aber sehen wir die Savonarolas, die den Zunder der Askes abtrennen, die den Staat als Ganzes, das Gemeinwesen, seine Verfassung und seine Vertreter jetzt für verrottet, korrupt und nichtswürdig erklären – um dann mit dem Rolls-Royce nach Hause zu fahren.

Verurteilungen sind stets von der Heuchelei bedroht. Oft ist es ein und derselbe Mann, der sich über die Tötung von Babyrißern erregt und für die Abtreibung eintritt. Wir vermuten, daß die Grünen Tuch metzen, wenn sie Christus sagen. Sie wollen gar nicht die ehrbare Armut des Staatsvertreters, sondern für sich die elende Macht. Frau Kelly hat nicht nur einen General. Das Argentinien an diesen Tagen ist der schiere Machtkampf, der power struggle derjenigen, die diesen Staat zerstören wollen, damit ihre Funktionäre den ihnen besetzten können. Die Scheinfirma heißt Moral. Sie muß untersucht werden wie die anderen Scheinfirmen. Denn es liegt im allgemeinen Interesse, zu wissen, welche Macht über uns köpft, wenn die gegenwärtige Macht in Bonn nicht mehr existiert.



Vier Flick-Millionen wg. SPD: Vogel FOTO: EDITHAR KUO/ANZ

Die Beaglekanal-Lösung nützt beiden Regierungen

Allerdings: die Antarktisfrage wurde ausgespart / Von Günter Friedländer

Das dank langjähriger Vermittlungsbemühungen des Papstes nun unterschriebene Abkommen zwischen Argentinien und Chile beendet den Grenzstreit am Beaglekanal. Die beiden Länder des „cono sur“ (Südkegel) Lateinamerikas haben im tiefen Süden, von dem Chile und Argentinien als dem Punkt der Erde sprechen, „wo der Teufel seinen Poncho verlor“, eine klare Grenzziehung anerkannt. Unklar blieben die Grenzen zwischen dem, was die jeweiligen Interessen der Regierung und der Opposition begreifen.

Der chilenische Schriftsteller Benjamin Subercaseaux nannte den Streit um die unwirtliche Gegend am Beaglekanal „einen beachtlichen Beweis dafür, wie weit die Dummheit der Menschen gehen kann, zugleich aber ein erbauliches Beispiel für die Geringfügigkeiten, die die Feindschaft von zwei Nationen und das Schicksal vieler tausend Menschen bestimmen.“ An die Stelle solcher Feindschaft soll nun Freundschaft

treten. Die Regierungen beider Länder haben guten Grund, aus verschiedenen innenpolitischen Erwägungen mit dem Abkommen zu friedeln zu sein. Der von Peronisten und Gewerkschaften belagerten Regierung Alfonsín gibt es die Möglichkeit, eine demokratische Übung in Form der für den 25. November einberufenen Volksabstimmung zu veranstalten, die allen Argentinern die Gelegenheit gibt, zum Vertrag Stellung zu nehmen.

Von Wählern, die sich noch nicht vom Trauma des unglückseligen Falkland-Krieges erholt haben, in dem Chile als potentieller Feind an einer fast viertausend Kilometer langen Grenze den Rücken Argentinien bedrohte, darf man die Unterstützung eines Abkommens erwarten, das die latenten Spannungen am Beaglekanal bannet. Sie hatten noch 1978 an den Rand des Krieges geführt. Der Sieg des Regierungslagers in der Volksabstimmung gibt Alfonsín eine dringend benötigte Rückenstär-

kung. Das an den Volksentscheid nicht gebundene Parlament wird den Vertrag ratifizieren müssen.

In Chile wiederum befreit General Pinochet mit dem Abkommen sein Land von der Drohung eines Krieges mit dem stärkeren Argentinien. Pinochet läßt den Vertrag von seiner Junta ratifizieren, beteiligt die Chilenen also nicht direkt an der Entscheidung.

Innenpolitische Erwägungen bestimmen in dieser außenpolitischen Frage die Haltung der Opposition. Muß, was die Regierung für gut hält, nicht für die Opposition als schlecht gelten? Das mag für kleine Gruppen außer jeder Verantwortung stimmen. Für die Mehrheitsgruppen der Opposition ist es in diesem Fall nicht so.

Sie hätten freilich die Unterschrift des Vertrages unter ihren Auspizien vorgezogen. So haben zwar in Argentinien chauvinistische Gruppen der radikalen Rechten den Vertrag als „brutale Verstimmlung“ argentinischer Rechte bezeichnet und sich als vom Papst „betrogen“ erklärt. Aber

IM GESPRÄCH Kaspanaze

Der Nette von Vorarlberg

Von Astaf Domberg

In der Diskussionsrunde des Österreichischen Fernsehens (ORF) wirkte er wie eine Gestalt aus den Erzählungen der Brüder Grimm: der Kaspanaze, Spitzenkandidat der Grün-Alternativen in Vorarlberg, der dort mit 13 Prozent der Wählerstimmen alle etablierten Parteien von schwarz bis rot schwer angeschlagen hat.

Sie fragten den Mann, der mit Schreibnamen Kaspar Ignaz Simma heißt und von keinem Nachbarn so genannt wird, ob ihm der Medienwirbel um seine Person nicht unheimlich sei. Der Bauer aus dem Bregenzer Wald strich sich den blonden Vollbart und nickte halb verschmitzt und halb verlegen lächelnd. Ja, schon – und es sei für ihn eigentlich Zeit, sich all dem Rummel und den Interviews zu entziehen und wieder auf den Hof zu seinen Viechern zu gehen.

Frappierend war der Unterschied zwischen Kaspanaze und den anderen in dieser Diskussionsrunde. Vor allem den Links-Alternativen, die milde und ideologisch verkleinert hinter ihren dicken Brillengläser hervorlugten und von Systemveränderung und der Abtreibung auf Krankenschein redeten. Simma dagegen sprach von Liebe, Freundlichkeit, Achtung vor der Natur, von menschlicher Gemeinschaft. Nur in der Abtreibungsfrage war er sehr betunsam, wohl mit Rücksicht auf seine „linken“ Wähler. Es würden ja nicht nur Ungeborene abgetrieben, sondern auch der Wald und die Luft würden „abgetrieben“. Das aber müsse man ändern.

Es war interessanterweise ein Industrieller, ein Fabrikant – also das klassische Gegenbild und Schreckgespenst für alle Grünen –, der für den Bauern vom Bregenzer Wald das meiste Verständnis aufbrachte. Er zitierte das Wort Frundsbergs zu Luther: „Mönchlein, Mönchlein, du gehst einen schweren Gang.“

Man kann das künftige Schicksal des einfachen Landmannes aus Vorarlberg in den politischen Apparaturen ahnen. In einer Welt der politi-



Die Etablierten geschockt: Kaspanaze Simma FOTO: AP

schen Profis, der Intrigen, die im grünen und alternativen Lager um nichts geringer und manchmal um vieles grausamer sind als bei den Etablierten, wird er sich entweder anpassen – oder aber, wie so mancher bäuerliche Grüne vor ihm (in der Bundesrepublik gibt es da einige Beispiele) auf der Strecke bleiben.

Dennoch – daß dem dreißigjährigen Bauernsohn Simma eine gewisse Anständigkeit und Unverbrachtheit aus den Augen spricht, mag manche dazu veranlaßt haben, ihm die Stimme zu geben. Er mag nie ein Gestalter der Politik oder gar eine politische Leitfigur werden. Er ist aber selber ein Symptom und Symbol für einen gesellschaftlich-politischen Zustand, für eine Unruhe, die sogar durch ein so geordnetes Land wie Österreich oder das Musterland Vorarlberg geht. Den Berufspolitikern hat die frischgebackene Parlamentarier, der nun direkt vom Melkschmel auf den Abgeordneten-Sessel wechselt, jedenfalls einen tüchtigen Schock in die Glieder gejagt.

Ganz realistisch meldete sich inzwischen auch die Mutter des neuen Landtagsabgeordneten zu Wort. Auf die politische Karriere ihres Sohnes angesprochen, meinte sie, der Bub habe eigentlich auf dem Hof schon genug zu tun.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

SÜDWEST PRESSE

Der Ulmer Blatt kritisiert den Arbeitsminister

Er wolle sich um „Ruhe an der Rententfront“ bemühen, versprach Bundesarbeitsminister Norbert Blüm gleich nach der Bonner Wende. Und zu Beginn dieses Jahres rühmte er seine „solide Rentenpolitik“. Von beiden kann im Herbst 1984 keine Rede sein. Im nächsten Jahr fehlen in der Rentenkasse 2,5 Milliarden Mark. Und was jetzt in Bonn zur Deckung dieser Lücke ausbaldowert wurde, kann man bestenfalls als Flickwerk bezeichnen.

NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie schreibt nur sowjetisches Landwirtschafft

Staats- und Parteichef Tschernenko folgt den Spuren seiner Vorgänger. Auch ihm fällt nichts anderes ein, als vor dem Zentralkomitee der KPdSU wieder ein bombastisches Neulandprogramm anzukündigen, durch das die miserablen Ernteergebnisse verbessert werden sollen. Doch mit solchen Programmen sind schon Chruschtschow und Breschnew kläglich gescheitert. Und auch diese Neuaufgabe ist letztlich nichts anderes als das Eingeständnis mangelnder Effektivität – ein Argument, das sich die Sowjetunion ausstellt. Sie verfügt über genügend fruchtbare Böden, aber statt Überfluß wie im Westen herrscht Mangel. Sie hat die Weltraum- und Waffentechnik auf den höchsten Stand gebracht, aber ihr gelingt es

nicht, die Technik auch sinnvoll in den Dienst der Landwirtschaft zu stellen. Diese ganze Misere wird bleiben, solange nicht am Kern des Übels gerührt wird: dem System.

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Die Bonner Zeitung kommentiert den Parteitag der SED

Man hat noch gar nicht begriffen, daß es noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik eine so pauschale Verurteilung des Parteiensystems und seiner Repräsentanten gegeben hat. Die Politik am Zügel des Kapitals – bestätigt das nicht alle Vorurteile? In Bonn reißt man sich die Hände, wenn es den politischen Gegner erwischt. Aber das Publikum wirft alle in einen Topf. Der Vorwurf der Käuflichkeit überzieht den ganzen Staat. Dagegen hilft kein Klagen und kein Mauern, schonungslose Offenlegung aller Sünden ist gefordert. Nur wenn ein Schuldspruch gezogen, eine glaubwürdige Selbstreinigung gewagt wird, kann Vertrauen neu gedeihen, der Schaden begrenzt werden.

LIBERATION

Die Pariser Zeitung kommentiert die Verurteilung des sowjetischen Abwehrchef

Zynisch gesehen, liegt die Stärke des Kreml darin, daß die sowjetische Führung nicht versucht zu gefallen. Was zählt, sind allein das Kräfteverhältnis und seine Verwendung. Die Sowjets haben ganz offensichtlich beschlossen, Afghanistan doppelt abzuschotten und an seiner Grenze eine Art Eisernen Vorhang herunterzulassen, hinter dem sie sich die für die brutale Sowjetisierung dieses Landes und Volkes notwendige Zeit nehmen können.

chen Grenzen entgegengesetzt.

Das vom Papst angeregte Abkommen bestätigt Chiles Souveränität über die Inseln Picton, Nueva und Lennox am östlichen Ausgang des Beaglekanals, gibt aber Argentinien Hoheitsrechte über das Meer bis zum weit westlicher der Inseln gelegenen Längengrad des Kap Horn. Chile verpflichtet sich, östlich vom Ausgang der Magellanstraße in Zukunft keine Souveränitätsansprüche mehr zu stellen. Der Längengrad vom Kap Horn zur Antarktis teilt die Drakestraße auf. Chiles Rechte liegen westlich, Argentiniens östlich des Längengrads. Beide Länder verpflichten sich, Streitfragen, die sich aus dem Abkommen ergeben könnten, friedlich und nur zusammen mit dem Vermittler zu lösen.

So weit die guten Nachrichten. Die schlechten sind, daß das Abkommen die Ansprüche beider Länder in der Antarktis nicht berührt. Der Streit sind dort keine Grenzen gezogen.

Kulturpolitik – oder Bonns Wille zur Abdankung

Deutsche Kulturpolitik im Ausland, das ist seit langem ein heiß umstrittenes Thema. Eine Diskussion im Auswärtigen Amt in Bonn sorgte eher für Verwirrung denn für Klarheit.

Von GÜNTER ZEHM

Symposium" bedeutete ursprünglich „Trinkgelage“. Ob sich das Auswärtige Amt in Bonn dieses alten Wortsinns erinnerte, als es zu einem Symposium über auswärtige Kulturpolitik einlud? Zum Trinkgelage bedarf es ja kaum einer geistigen Vorbereitung, und ähnlich unvorbereitet erschien das AA-Symposium. Es gab keine Tagesordnung, keine thematische Gliederung, kein Einleitungsreferat. Man hatte einfach ein paar „repräsentative“ Vertreter des Kulturlebens zusammengeholt und gab die Devise aus: „Nun diskutiert mal schön! Entsprechend chaotisch verlief die ganze Veranstaltung. Man berauschte sich an Worten.

Gleich zu Beginn ergriff der unvermeidliche Günter Grass die Gelegenheit zu einem seiner üblichen ausführlichen Donnerworte. Die Goethe-Institute seien ja ganz ordentlich, aber aus den Botschaften wehe einem in Sachen Kultur nur die schlimmste Ignoranz entgegen. Einmal sei er, Grass, zu einem Auftritt in London gewesen, und wer habe sich nicht gesehen lassen? Der deutsche Botschafter. Denn der habe zur gleichen Zeit eine Trachtengruppe empfangen müssen.

In Brüssel habe er, Grass, einmal eine Rede gehalten, und diese sei von der Botschaft mitgeschritten und zu einem Dossier verarbeitet worden. Polizeistaat! Zur Zeit werde ein Kulturabkommen zwischen Bonn und Ost-Berlin ausgehandelt, aber er, Grass, sei von den verantwortlichen Instanzen noch kein einziges Mal mit der Verhandlungsmaterie bekannt gemacht worden.

Dabei seien die Schriftsteller doch eindeutig die besseren Diplomaten. Im Jahre 1977 beispielsweise, zur Zeit der großen Terroranschläge, habe die Bundesregierung durch ihre „überzeugenden“ Maßnahmen im Ausland den Verdacht geweckt, nun sei in Deutschland der Faschismus zurückgekehrt. Und wer habe gegengesteuert und die Ehre des Landes gerettet?

Die Schriftsteller! Aber das sei schon lange her, und durch die „Wende“ in Bonn werde sowieso alles kaputtgemacht. Die eigentlichen Terroristen säßen heute in den Flück-Etagen, die Bonner Republik sei eine „Bundesflückrepublik“.

In die gleiche Kerbe wie Grass hieb der Künstlerverbands-Vorsitzende Anatol Buchholtz. Er erregte sich darüber, daß Bonn sowjetischen und anderen östlichen Kulturfunktionären, wenn sie einmal zu Besuch kämen, keinen roten Teppich ausrolle, ihnen nicht die gebührende Ehre erweise. Er, Anatol, habe da in Moskau ganz andere Erfahrungen gemacht, sei mit überwältigender Gastfreundschaft empfangen worden.

Der Bildhauer Otto Herbert Hajek forderte die Bonner Regierung auf, den offiziellen Staatsnamen „Bundesrepublik Deutschland“ abzulegen, weil er in Hinblick auf das Deutsche eine Anmaßung sei. Rolf Hochhuth plädierte dafür, künftig nicht mehr nur Berufsdiplomaten, sondern auch Schriftsteller zu Botschaftern, Kulturreferenten und Goethe-Institut-Leitern zu ernennen. Auf diese Weise

könne man gleich etwas gegen ihre chronische Unterbezahlung tun.

Man war gespannt, wie die zahlreichen vertretenen Beamten und Mitarbeiter aus dem Hause Genscher auf ein derart launisches Wort-Amalgam reagieren würden. Würden sie ihre statistische Funktion wahrnehmen und Maß und Ordnung in das rhetorische Chaos zu bringen versuchen? Nun, davon konnte keine Rede sein. Im Gegenteil, man stimmte den diversen Aggressionen sogar weitgehend zu. Die Kulturreferenten der Botschaften von London und Paris flehten Grass geradezu an, nicht darauf zu bestehen, selber Botschafter werden zu wollen; er würde sich damit nur eine Menge Ungemach einhandeln. Dabei wolle man ihm, Grass, doch Fürsorge angedeihen lassen, denn er sei, so Herr Hohlhuber (London), „unser notwendiger Unruhehüter“, unser Gewissen.

Außenminister Genscher selbst äußerte sich zum „Fall“ der deutschen Generalkonsulin von Salzburg, die es kürzlich gewagt hatte, eine negative Meinung zu einer deutschen Kunstausstellung in der Festspielstadt zu äußern und dadurch in die Schußlinie

nie geraten war. Er habe der Diplomatin, sagte der Minister unter Beifallsgemurmel, eine scharfe interne Abmahnung erteilt. Die anwesenden Konsuln spitzten die Ohren; hier gab es eine Lektion zu lernen.

Barthold Witte, Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, erzählte von einem Besuch des Chefs von „British Council“, Sir John Burgh, in Bonn. Sir John habe da erläutert, daß es für Engländer selbstverständlich sei, bei Auslandsauftritten im Hinblick auf kontroverse Themen eine gewisse Zurückhaltung zu üben, „um den inneren Konsens nicht zu gefährden“. Aber wie soll es nach Wittes Meinung in Deutschland sein? Darüber erfuhr man leider nichts. Offenbar will das Bonner AA außer Geld ausgeben, überhaupt keine eigene auswärtige Kulturpolitik mehr betreiben. Die Goethe-Institute, so ebenfalls Witte, seien „autonom“ und dürfen nicht molestiert werden. Und Diplomaten hätten sich gefälligst aller Äußerungen zu Kulturfragen zu enthalten (siehe Salzburg).

Dieser Wille zur Abdankung kommt natürlich den Intentionen von Grass und anderen selbsternannten

„Botschaftern“ sehr entgegen, die in Bonn klipp und klar deklarierten, daß es eine kulturelle Außenpolitik der Bundesrepublik gar nicht geben könne. „Kultur“ und „Nation“ seien Begriffe, die außerhalb der Bonner Kompetenz lägen, man hätte sie allenfalls mit einer „Deutschen Nationalstiftung“ verbinden können, wie sie einmal geplant gewesen sei. Nur eine solche Nationalstiftung, eine Art kulturelle gesamtdeutsche Überinstanz (mit Grass als heimlichem deutschem Kulturkaiser), habe im Grunde das Recht, deutsche Kulturpolitik zu machen.

Genscher und seine Beamten stimmten beifällig zu. Auch sie hätten eine solche Stiftung gern gehabt. Und dann kam noch Rolf Hochhuth mit dem Vorschlag, Bonn möchte doch bitte die Spendierhosen anziehen und ein großes kulturelles Sommerfestival am Rhein finanzieren, beispielsweise auf der Insel Nonnenwerth unterhalb Rolandseck. War es ernst gemeint, war es Spaß? Der Außenminister blieb jedenfalls ganz ernst. Schließlich war man auf einem „Symposium“.

„Das Volk Grenadas will nichts mehr von Extremisten wissen“

Vor einem Jahr kamen die Amerikaner nach Grenada und vertrieben ein Terror-Regime. Die Invasoren waren der Bevölkerung willkommen, und sie sind es bis heute. Doch die Lösung der meisten politischen und wirtschaftlichen Probleme steht noch aus. Die Grenadier werden ungeduldig.

Von WERNER THOMAS

Bereits die Ankunft auf dem winzigen Pearls Airport erinnert an alte Zeiten. Zwei museumsreife Propeller-Maschinen stehen neben der Piste, die Markierungen identifizieren die Eigentümer: Cubana und Aeroflot. Das knallrote Feuerwehrauto, das gelegentlich Schaffern vom Flugplatz verschleppen muß, stammt aus dem kommunistischen Teil Deutschlands, wie die Buchstaben IFA verraten.

Überall entdeckt der Besucher Spuren der Vergangenheit. „Die Vergangenheit überschattet die Zukunft“, sagt Leslie Pierre, der Herausgeber der Zeitung „The Grenadian Voice“, der die vier Jahre und sieben Monate der „Revolutionären Volksregierung“ (PRG) nicht vergessen kann. Er saß damals im Gefängnis.

Zu monumentalen waren die Ereignisse für die kleine karibische Gewürzinsel Grenada. Am 19. Oktober 1983 wurden der populäre Premier Maurice Bishop und seine engsten Vertrauten, unter ihnen die Bildungsministerin und Lebensgefährtin Jacqueline Creft, an der Innenhofmauer der damaligen Armee-Kaserne Fort Rupert hingerichtet. Der Exekutionsbefehl kam von Bishops stalinistischer Parteiführer. Am gleichen Tag feuerten drei Panzerfahrzeuge auf Tausende Bishop-Anhänger. Mehr als 100 Menschen kamen bei diesem Blutbad ums Leben. Die Herrschaft des „Revolutionären Armees-Rates“, von General Hudson Austin kommandiert, begann. Das neue Regime verhängte ein Ausgangsverbot rund um die Uhr.

Am Morgen des 25. Oktober, kurz nach 2 Uhr, landeten die ersten Inva-

sionsstruppen der Amerikaner (insgesamt 7300 Soldaten) und der karibischen Nachbarstaaten (300 Mann). 45 Insulaner, 24 Kubaner und 18 Amerikaner starben bei den Kämpfen. Grenada, 110 000 Einwohner, 344 Quadratkilometer, wechselte wieder die politische Lager. Vom Osten zurück in den Westen.

Eine Aufschrift auf einer Mauer an einer verkehrsreichen Ecke der Hauptstadt St. George's verkündet: „1983 – Jahr der Befreiung. Wir heißen Amerika willkommen. Lange lebe Grenada“. Die Parole entspricht der Stimmung der Bevölkerung.

Auch wenn linke Aktivisten gelegentlich „Yankees go home“ auf die Straßen malen, werden die Amerikaner nach wie vor als willkommenen Invasoren geschätzt. Alimenta Bishop (69), die Mutter des ermordeten Premiers, gesteht bei einem Gespräch mit der WELT: „Ich war froh, als sie kamen. Ich habe aufgetan. Wir wußten nicht, was kommen würde.“ Die große statliche Frau stand auf einer Todesliste der Putschisten, wie sie später erfuhr. George Louison, einst Landwirtschaftsminister und einer der engsten Freunde Bishops, sagt: „Coard und seine linksradikale Clique haben diese Revolution getötet.“

Der ehemalige Vize-Premier Bernard Coard, der Mann hinter der Entmachtung Bishops, Hudson Austin und 17 weitere Personen sitzen oben im Richmond Hill-Gefängnis, einer früheren Festung, die einen eindrucksvollen Panorama-Blick auf die zwischen Bergen und Bucht gelegene Hauptstadt eröffnet. Sie warten auf ihren Mordprozeß, der in den nächsten Wochen beginnen soll. Die meisten Leute wünschen den Häftlingen, unter ihnen Coards verhaftete Ehefrau Phyllis, eine Jamaikanerin, den Galgen. Auf Grenada wird gehängt.

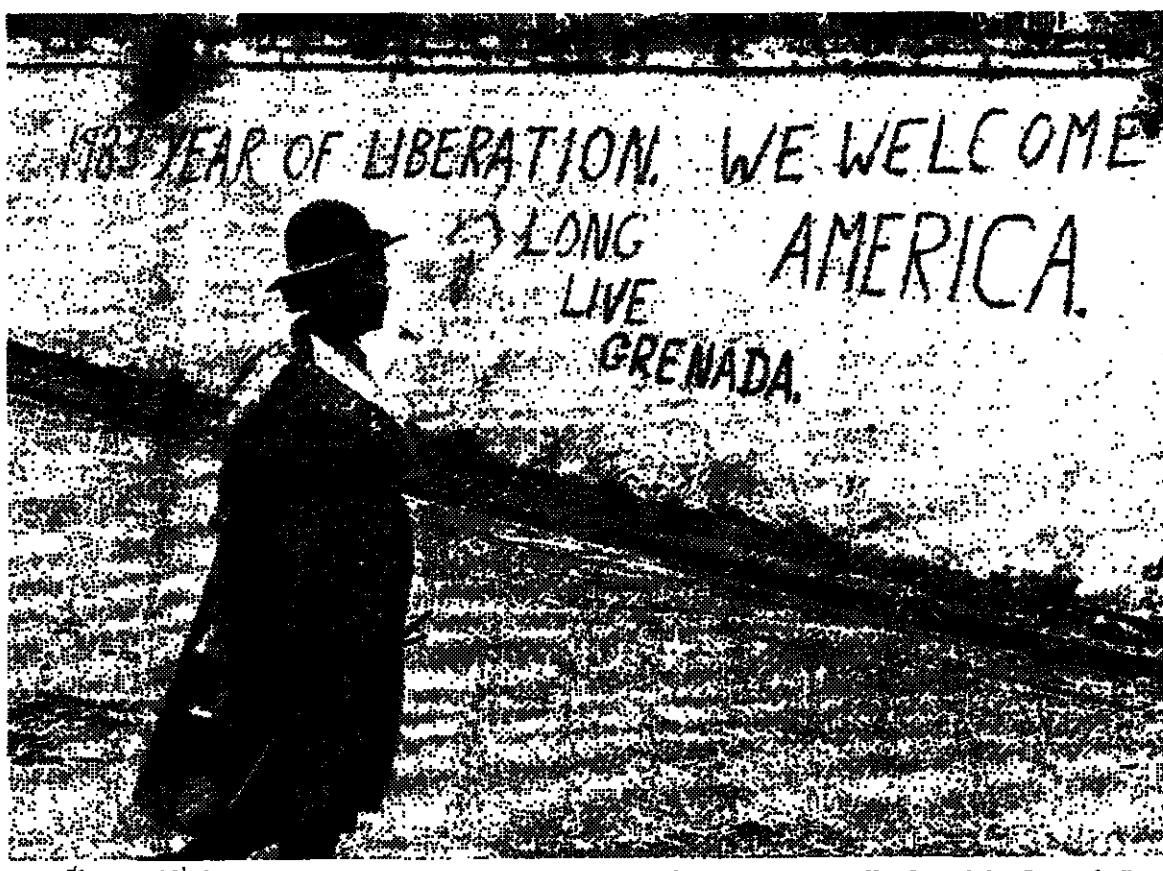
Die „Patriotische Bewegung Maurice Bishop“ (MBPM) fördert das Andenken an den toten Premier. Sie wird von George Louison und Kenneth Radix geleitet, dem ehemaligen Justizminister. Im zweiten Stock eines Hauses am Market Square verkauft die Organisation T-Shirts, An-

steckknöpfe und Kalender, die einen lächelnden Bishop zeigen und die Aufschrift tragen: „Sein Geist lebt weiter“. Die Bewegung will sich im Gegensatz zu dem vom Coard-Kämpfern und früheren Polizeichef Ian St. Bernard weitergeführten „New Jewel Movement“, der alten Regierungspartei, an den Parlamentswahlen am 3. Dezember beteiligen. Sie ist die aktive der beiden Linksgruppen.

Louison (32) meint: „Wir können gewinnen“. Seine Bewegung müsse den Wählern allerdings noch „die Ereignisse“ erläutern – den bitteren Konflikt unter Marxisten, der zum Zusammenbruch der Revolutionsregierung führte. „Wir sind dem Volk eine Antwort schuldig“. Die Wahlkampfthemen der Louison-Gruppe: Die Übergangsregierung soll die vermissten Leiche Bishops freigeben. Die Besatzungstruppen, 240 amerikanische und 392 karibische Soldaten, sollen abziehen. Der internationale Flughafen soll den Namen Maurice Bishop erhalten.

Die Frage, ob Bishop bei der Planung des Projekts Flughafen auch an die strategischen Interessen seiner marxistischen Freunde in Kuba und der Sowjetunion dachte, ist noch immer ein heißes Diskussionsthema. George Louison bestreitet energisch solche Gedanken. Leslie Pierre, der Zeitungsverleger, erinnert dagegen daran, daß Bishop keine Hotels bauen ließ, um die bescheidene Zimmerzahl zu erhöhen: 460. Grenada könnte keinen vollbesetzten Jumbo-Jet vermarkten. Schließlich sei die Lagerkapazität für Treibstoff um zehn Prozent größer als die des gewaltigen New Yorker Kennedy-Flughafens. Wie dem auch sei: Am 28. Oktober eröffnet Generalgouverneur Sir Paul Socon den „Point Salines International Airport“. Er wurde auf diesen neutralen Namen getauft.

Eine der eindrucksvollsten Beobachtungen ist die freie und friedliche Atmosphäre Grenadas. Bisher hat keine Hexenjagd auf die Anhänger der früheren Regierung stattgefunden. Die Bishop-Leute können ungehindert ihre politischen Aktivitäten ent-



Volksstimmung an der Wand: St. George's ein Jahr danach – „Willkommen Amerika. Long live Grenada.“ FOTO: FRIEDRICH STARK

fallen. Sie veranstalten Versammlungen und veröffentlichen die Wochenzeitung „Indies Times“. Schulkinder tragen T-Shirts mit dem Bishop-Bild zur Schau. „Wir wollen das Land verwandeln“, betont Nicolas Braithwaite, der Chef der Übergangsregierung, „wir wollten Wunden heilen.“

Ob das so bleibt, wird vom Ausgang der Wahlen abhängen. In diesem Zusammenhang fällt immer wieder der Name Gairy. Sir Eric Gairy (63), der ehemalige Premier, den Bishop im März 1979 während eines Amerika-Aufenthaltes gestürzt hatte, lebt seit Anfang des Jahres wieder im Land. Er verschanzt sich in einem scharf bewachten roten Haus und verbreitet seine Ansichten im „Grenada Guardian“. Obgleich er ebenfalls Versöhnliches formuliert („keine Rache“), grassiert die Furcht vor einer Rückkehr zu den alten Zeiten der politischen Polarisierung, wo Gairy mit einer Schlägertruppe regierte, der „Mongoose Gang“. Der ehemalige

Regierungschef geht nicht als Spitzenkandidat seiner „Vereinigten Labour-Party Grenadas“ (Gulp) ins Rennen. Dennoch befürchtet sein Rivale Herbert Blaize, „die Hölle“, wenn die Labour-Leute die Wahlen gewinnen sollten.

Herbert Blaize (66), ebenfalls ein früherer Premier, der Führer der „Neuen Nationalpartei“ (NNP), einer politischen Bewegung der Mitte, gilt als Favorit. „Kein Jewel-Kommunismus, kein Gairy-Faschismus“, steht an den Hauswänden von St. George's. Die meisten Gesprächspartner offenbaren diese Stimmung. „Das Volk will nichts mehr von Extremisten wissen“, sagt Blaize. Obgleich Gairy die „permanente Präsenz“ der amerikanischen Truppen fordert, hofft auch die US-Diplomaten im Ross Point-Hotel, dem provisorischen Botschaftsgebäude, daß Blaize gewinnt. Einer dieser Missionsvertreter: „Gairy würde der Insel wieder die Vergangenheit bringen.“

Die Wahlen waren notwendig. Nachdem die Insulaner lange nichts von einem Urnengang hören wollten, sind sie jetzt dafür. Sie hoffen auf eine Regierung, die endlich wichtige Entscheidungen fällt, vor denen sich Nicolas Braithwaite scheute.

Über Braithwaite wird viel geschimpft. Die hohe Arbeitslosenquote von 40 Prozent schmerzt am meisten. Auf dem Wirtschaftssektor blieb der erhoffte Investitionsboom durch die Unsicherheit spielt eine Rolle. Viele Investoren wollen erst auf die nächste Regierung warten. Kreuzfahrtschiffe gehen wieder vor Anker, aber die Hoteliers klagen über leere Betten. In St. George's weilen zur Zeit mehr Journalisten als Touristen. Loren Lawrence, der amerikanische Geschäftsträger, registriert „Ungeheuer“. „Die Leute fragen uns vorwurfsvoll, warum die Probleme nicht gelöst werden. Wir antworten ihnen, daß wir Hilfe, aber keine Lösungen anbieten können.“ (SAD)

WIE WAR DAS?

Die Entente der Briten und Franzosen

Von A. GRAF KAGENECK

Die „Entente cordiale“, wörtlich das herzliche Einvernehmen zwischen Franzosen und Briten, hat unter den Historikern stets eher süffisantes Lächeln als Tränen der Rührung hervorgerufen. Denn so herzlich wie es sein soll, ist dieses Einvernehmen weder 1904 gewesen, als der Bund geschlossen wurde, noch ist es dies achtzig Jahre danach – auch wenn Präsident Mitterrand mit viel Pomp aus diesem Anlaß gerade in London erschienen ist. Französische Journalisten haben zur Charakterisierung des Verhältnisses den Titel eines Chansons ihres rüpelhaften Liedermachers Serge Gainsbourg gewählt: „Je t'aime – moi non plus“, zu deutsch etwa: „Ich liebe dich – und doch wieder nicht“.

Wenn es je Erbfeindschaft zwischen den Völkern der alten Welt gegeben hat, so ist die britisch-französische älter und hartnäckiger als die französisch-deutsche. Auch wenn der Hundertjährige Krieg ein halbes Jahrtausend zurückliegt, so hat es seitdem an Gegnerschaft, Konkurrenz auf den Weltmärkten, erbittertem Streit um koloniale Besitzungen in fast allen Erdteilen bis in unser Jahrhundert hinein nicht gefehlt, floß immer wieder Blut zwischen beiden Völkern. England waltete über die Meere? Frankreich hat sich nie damit abgefunden. England, Vorkämpfer in Europa – Frankreich hat stets denselben Anspruch erhoben. Erst als Napoleon in Waterloo besiegt wurde, fand Frankreich sich endgültig mit der Rolle einer europäischen Mittelmacht ab.

Zur „Entente cordiale“ kam es erst, als Frankreich englischem Expansionsdrang in Afrika nachgegeben hatte. In Fashoda im oberen Nil, wo sich eine kleine französische Garnison unter Capitaine Marchand hielt, verlangte im Sommer 1898 eine englische Marschkolonie unter Lord Kitchener den Abzug der Franzosen. Es ging darum, wer von beiden im Sudan die Fahne hochziehen sollte. Keiner wollte weichen. Paris und London mobilisierten ihre Flotten. Aber der französische Außenminister Delcassé, unsicher ob der Unterstützung, die er in einem Krieg gegen Großbritannien in Europa finden werde, scheute das Risiko und befahl Marchand den Abzug. „Rache für Fashoda“ hallte es noch jahrelang durch den französischen Blätterwald. Und als König Eduard VII. sechs Jahre später einen Staatsbesuch in Paris machte, um die eben beschlossene „Entente cordiale“ feierlich zu besiegeln, empfingen ihn Pfiffe.

Immerhin hat sich die Entente, zu der dank der unglücklichen Politik des nach-bismarckschen Kaiserreiches später auch noch Rußland hinzutrat, durch zwei Weltkriege hindurch gehalten – gegen Deutschland, dem neuen Konkurrenten auf dem Kontinent, der die eisernen verfochtene „Balance of power“ in Gefahr zu bringen schien. Und sie hält sich bis heute, wenn auch im Schatten der sehr viel herzlicheren Freundschaft, welche die Franzosen heute zu den Deutschen empfinden. Denn mit ihnen vorab und dann erst mit den Briten wollen sie Europa in den Rang einer dritten Weltmacht erheben.

Der Platin Noble – ein Investment für die Zukunft.

Denn der Preis für Platin wird durch die Nachfrage aus zukunftsorientierten Technologien bestimmt. Medizin, Chemie und hochwertige Technik kommen ohne Platin nicht mehr aus.

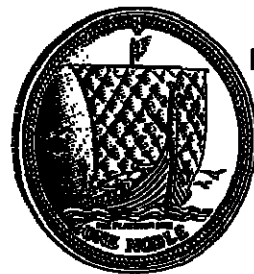
Der Platin Noble besteht aus einer Unze (31,1 g) reinem Platin. Wenn Sie größere Beträge anlegen wollen, empfiehlt sich der Erwerb in Luxemburg, weil er dort mehrwertsteuerfrei ist.

In jeder unserer Geschäftsstellen ist der Platin Noble leicht zu kaufen – selbstverständlich auch zur Auslieferung in Luxemburg. Das Aufgeld beim Kauf ist niedrig. Der Verkauf ist einfach und unser Rückkaufpreis günstig.

Auch wenn Sie noch kein Konto bei uns haben, beraten wir Sie gern über diese Anlagemöglichkeit in Platin.



Vorderseite



Rückseite

Die Abbildungen entsprechen etwa der Originalgröße.

Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.

Deutsche Bank



Streit bei den Grünen in Hessen

D. GURATZSCH, Frankfurt
Bei den hessischen Grünen schwellt der Streit über die Hanauer Nuklearfabriken Alkm und Nukem weiter. Beide Firmen sollen auf Beschluß einer Landesmitgliederversammlung der Grünen in Mainhausen vom 7. Oktober entgegen den Plänen der SPD-Minderheitsregierung des Ministerpräsidenten Holger Börner stillgelegt werden. Jetzt haben Vertreter der „radikalkökologischen Gruppierung“ innerhalb der hessischen Grünen-Partei (Radöks) den eigenen Landtagsabgeordneten unterstellt, diesen Beschluß durch „Interpretationskünste“ aushebeln und die Zusammenarbeit mit der SPD fortsetzen zu wollen.

„Kompromißgerichte“

Anlaß für die Befürchtungen der hessischen „Radöks“, die von Anfang an gegen die rot-grüne Zusammenarbeit revoltiert hatten und die nun hoffen, das Tolerierungsbündnis doch noch sprengen zu können, sind nach ihren eigenen Worten „dunkle Kompromißgerichte“, die man durch verschlossene Türen hört. Am meisten Unruhe hat ein 13-Thesen-Papier des grünen Milliexperten Chris Boppel gestiftet, in dem nach ihren Angaben die „Revision des Mainhauser Beschlusses“ offen gefordert wird. Boppel, der auch Mitglied der grünen Landtagsgruppe ist, unterscheidet in diesem Papier zwischen höhererreichender „waffenfähiger Material“, dessen Herstellung und Lagerung in den Brennelemente-Fabriken unterbunden werden müsse, und Material bis zu einer Anreicherung von 20 Prozent, dessen Herstellung und Lagerung die Grünen zulassen sollten. Unter dieser Einschränkung würde Boppel sogar eine Betriebsgenehmigung für die neue Brennelemente-Fabrik Nukem II unterschreiben wollen.

Auf einer von den „Radöks“ einberufenen Pressekonferenz in Frankfurt wurde Boppels Vorstoß gestern auf das schärfste kritisiert. Jan Kuhnert, ebenfalls Mitglied der grünen Landtagsgruppe, erinnerte an den Mainhauser Beschluß, in dem es geheißen hatte: „Solange die Firma Nukem eine Genehmigung zum Bau der Brennelemente-Fabrik Nukem II erteilt werden, ist die Zusammenarbeit Grüne-SPD gescheitert.“ Kuhnert wiederholte die alten Vorwürfe der „Radöks“, nach denen Nukem eine „Programmhilfe für die Weiterentwicklung von Atomwaffen“ darstelle. Die technische Anlage sei „zur Produktion von Atombomben geeignet“. Mit Nukem II würden die Voraussetzungen rechtlicher und technischer Art zum Zugriff deutscher Stellen zur Atomwaffen geschaffen. Eine Genehmigung mit Stimmen der Grünen sei daher „völlig ausgeschlossen“.

Nur eine Gegenstimme

Die tieferen Beweggründe der hessischen „Radöks“, die beiden Brennelemente-Fabriken zum Prüfstein für den Fortbestand des rot-grünen Bündnisses zu machen, enthüllte Kuhnert in seinen Ausführungen über die Nukem-Tochter Alkm: Sie sei das „wesentliche Bindeglied“ zwischen den Atomkraftwerken, der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage und dem im Bau befindlichen Schnellen Brüter. Außerdem würden über diese Firma „Grundausstattung und Weiterbetrieb der Leichtwasserreaktoren“ in der Bundesrepublik ermöglicht. Mit anderen Worten: Ihre Ausschaltung durch die Grünen würde nichts anderes als die Blockade der gesamten deutschen Atomwirtschaft bedeuten.

Bisher brachten es die fundamentalistischen „Radöks“ bei den hessischen Grünen zwar nur auf 25 bis 30 Prozent der Stimmen. Der von ihnen eingeforderte Mainhauser Beschluß jedoch wurde gegen nur eine einzige Gegenstimme verabschiedet.

Eine „Versuchsküche“ für den Justizminister

750 000 Mark jährlich für die Gesetzesforschung

STEFAN HEYDECK, Bonn
Das Bonner Justizministerium hat sich vor der Öffentlichkeit fast verborgen eine „Rechtslabor“ zugelegt. Es läßt sich die von Minister Hans Engelhard als „Versuchsküche“ bezeichnete Einrichtung pro Jahr eine halbe Million Mark kosten. 1985 soll dieser Betrag sogar wie schon in vergangenen Jahren wieder auf 750 000 Mark aufgestockt werden. Diese Mittel werden für die Rechtstatsachenforschung verwandt.

Sie wird betrieben, um in systematischen Untersuchungen der gesellschaftlichen Bedingungen und Entwicklungen Daten und Erkenntnisse zu gewinnen, auf deren Grundlage erforderlichenfalls neue Gesetze geschaffen werden müssen oder die Normenfort abgebaut werden kann. Außerdem dient diese wissenschaftliche Disziplin einer „Erfolgskontrolle“. Sie gibt Gewähr für eine größere Zuverlässigkeit und Sachbezogenheit in der gesamten Rechtspolitik. Denn, so Engelhard: „Gesetze kann man heute nicht mehr wie einst rein dogmatisch am grünen Tisch, gleichsam ohne Netz und doppelten Boden, machen.“ Deshalb ist auch im Justizministerium ein besonderes Referat eingerichtet worden, das Aufträge an Universitäten vergibt.

Die Rechtstatsachenforschung wurde Anfang der 60er Jahre entwickelt. Sie war zunächst auf die Justizforschung beschränkt. Damals ging es im wesentlichen um die Frage, wie sich die Herkunft, Ausbildung und Einstellung von Richtern, Staatsanwälten und Justizbeamten auf deren Entscheidungsverhalten auswirkte. Erst im letzten Jahrzehnt wurde dann mehr auf das Justizgeschehen und das materielle Recht abgestellt. Bisher wurde unter anderem Forschungen zur Reform des Staatshaftungsrechts, über die Kontrolle des Wohnraumbauordnungsrechts, zum Verbraucherschutz und zum Straf-

verfahrensrecht abgeschlossen. Bei ihnen ist laut Engelhard „der Nutzen bereits sichtbar“.

Gegenwärtig befassen sich Wissenschaftler und Experten in mehrjährigen Untersuchungen im Auftrag des Bonner Ministeriums unter anderem mit neuen Formen der Verbraucherrechtsberatung. Dahinter steht, daß die Rechtsberatungsdienste der Verbraucherzentralen in zunehmendem Maß in Anspruch genommen werden und die Beratung des Einzelnen der hohen Nachfrage nicht mehr gerecht wird. Hier sollen die Hamburger Hochschule für Politik und Wirtschaft sowie die Verbraucherzentrale der Hansestadt herausfinden, wie die Gerichte von Klagen entlastet und Lieferprobleme bei fehlerhafter Beratung abgestellt werden können.

Von der Universität Bremen werden Mitte nächsten Jahres Erkenntnisse für eine Gesetzesnovelle erwartet, die die Schuldbeitreibung gegen zahlungsunfähige Verbraucher neu regelt. Denn jeder zweite Haushalt ist mit einem Verbraucherkredit von mehr als 10 000 Mark verschuldet. Dabei kommt es bei jedem zehnten Kreditvertrag vor allem wegen Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Scheidung zum Zahlungsverzug. Deshalb sollen jetzt Daten zur Fortentwicklung von Schuldbeitreibungsverfahren ermittelt und zusammengestellt werden. Dabei geht es vor allem um diejenigen, die unverschuldet in Zahlungsverzug geraten sind.

Bei Forschungsaufträgen zum Familienrecht sollen unter anderem die Auswirkungen der Anfang 1980 eingeführten Anhörung von Kindern in Sorgerechtsverfahren überprüft werden. Weiter sollen zuverlässige, wissenschaftlich anerkannte Methoden zur Ermittlung des Unterhaltsbedarfs von Kindern entwickelt werden. Sie sollen dann bei der Neuordnung des Unterhaltsrechts berücksichtigt werden.

Auch Umweltthemen ziehen nicht

Von XING-HU KUO

Wir haben es und sind geschafft. Diesen Stoßseitzer der Erleichterung werden am Sonntag nach 18 Uhr zahlreiche Bürger und Politiker Baden-Württembergs von sich geben. Dann nämlich, wenn die Wahllokale zur Kommunalwahl geschlossen sind. Zum dritten Mal wurden die 6,5 Millionen Wahlberechtigten im Südwesten aufgerufen, an die Urnen zu gehen. Landtags- und Europawahl gingen in diesem Jahr voraus.

Die Wahlmündigkeit ist nicht zu übersehen. In den letzten Wochen der sogenannten „heißen“ Phase des Wahlkampfes blieb die Stimmung zwischen lauwarm und tiefeisig. Passanten in den Fußgängerzonen der großen Städte, Stuttgart, Mannheim oder Ulm, interessierten sich kaum für die zahlreichen Info-Stände der Parteien und parteilosen Gruppierungen, deren Kandidaten (rund 60 000) sich um die 19 000 Mandate der Gemeinderäte in 1110 Gemeinden, der 2100 Kreisräte oder 13 000 Ortschafsräte bemühen.

Die Parteien und Freien Wähler, die diese eher desinteressierte Stimmung nur allzu genau kennen, haben deshalb in aller Regel auf Großkundgebungen verzichtet. Die wenigen, die stattfanden, hatten dann auch meist eine spärliche Kulisse. Aber auch Nebenzimmer in Gaststätten ließen sich nur schwer füllen. Auch die von allen Parteien angebotenen Themen, Umweltschutz, Arbeitslosigkeit, fanden kaum Resonanz. „Vom Tempolimit, Waldsterben, Dioxin und Gift will ich nichts mehr hören“, diese Formulierung war oft von wahlkampf-ermüdeten Bürgern zu hören.

Kommunalwahlen in Baden-Württemberg sind ohnehin seit vielen Jahren für die Wähler offenbar eine lästige Pflicht, die häufig gar nicht wahrgenommen wird. Bei der letzten Kreisratswahl 1979 und Kommunalwahl 1980 (in diesem Jahr werden

beide Wahlen erstmalig nach 13 Jahren wieder zusammengelegt) blieb die Hälfte bzw. ein Drittel der Wahlberechtigten zu Hause. Auch bei der diesjährigen Kommunalwahl dürfte die Wahlbeteiligung nicht besonders hoch sein, eher könnte sie nach unten rutschen.

Davon werden, wie bereits bei der Europa-Wahl, die Grünen profitieren, die nach allen Prognosen möglicherweise landesweit an eine zweistellige Zahl herankommen. Vor allem die SPD könnte erhebliche Verluste durch den ständigen Aufstieg der Grünen erleiden, während die CDU durch die starken Freien



Wähler unter Umständen Federn lassen muß. Die FDP hat nicht mehr viel zu verlieren: Bei der Kommunalwahl 1980 bekam sie nur 1,7 Prozent der gewählten Gemeinderäte (CDU 33, Freie Wähler 32,7, SPD 18,3, Grüne 0,4).

Die geringe Wahlbeteiligung und das mäßige Interesse der Wähler stehen in krassen Gegensatz zu der Tatsache, daß sie in keinem anderen Bundesland der einfache Bürger über vielerlei Privilegien und Rechte verfügt, die nach grüner Wortschöpfung als „basissdemokratisch“ bezeichnet werden können.

Dies zeigt sich bereits bei der direkten „Volkswahl“ der Bürgermeister und Oberbürgermeister in Baden-Württemberg (dies gibt es sonst nur noch in Bayern). Dadurch ist das Stadt- oder Gemeindeoberhaupt politisch und zeitlich vom Gemeinderat unabhängig. Der Bürgermeister wird nämlich hier für acht, der Gemeinderat für vier bzw. fünf Jahre gewählt. Durch die „höhere Weihe“ der Direktwahl ausgestattet, kann der Bürgermeister in Baden-

Württemberg auf mehr Rechte, Vollmachten und letztlich Macht hinweisen als seine Amtskollegen in den meisten anderen Bundesländern.

Einzigartig ist auch die Gemeindeordnung Baden-Württembergs. Danach ist der Bürger wichtiger als Bürgermeister und Gemeinderat. Dies kommt in der aktiven Rolle des Wählers bei der Wahl der örtlichen Parlamente (siehe die WELT vom 19.10.84) und des Bürgermeisters zum Ausdruck. Die vergleichbaren Gemeindeordnungen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein (im ersten Bundesland fanden kürzlich ebenfalls Kommunalwahlen statt) weisen keinerlei Möglichkeiten der direkten Demokratie wie im Südwesten auf. In Bayern, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und im Saarland gibt es seit einigen Jahren allerdings gewisse Neuregelungen (etwa die Herbeiführung von Bürgerversammlungen auf Bürgerantrag zur Erweiterung der Wählerrechte).

Von keinem anderen Bundesland vorgesehen ist aber nach wie vor die Möglichkeit in Baden-Württemberg, daß die Bürger sozusagen anstelle des Gemeinderates handeln und entscheiden können, und zwar durch einen Bürgerentscheid auf örtlicher Ebene. Letzterer kann sowohl durch den Gemeinderat beschlossen oder aber durch eine „qualifizierte Minderheit“ der Gemeindeglieder selbst gefordert werden. Auch gegen den Willen des Gemeinderates muß eine solche Forderung unter bestimmten Voraussetzungen erfüllt werden. Dieses einmalige plebiszitäre Recht für die Gemeinden gibt es in Baden-Württemberg bereits seit 29 Jahren.

Die Besonderheiten des baden-württembergischen Kommunalwahlrechts, das auf die lange Tradition dieser demokratischen Regeln zurückgeht, sorgt nicht nur für ein langwieriges Auswahlsverfahren, sondern erschwert auch eine bundesweite Wertung der Kommunalwahl-Ergebnisse.

Differenziertes Bischofswort zur Sterbehilfe

idea, Hildesheim

Gegen eine starre Anwendung des Gebotes „Du sollst nicht töten“ im Zusammenhang mit der „Sterbehilfe“ hat sich der leitende Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), Karlheinz Stoll (Schleswig), ausgesprochen. In seinem Bericht vor der Generalsynode der VELKD vom 22. bis 27. Oktober in Hildesheim meinte Stoll, dieses Gebot gelte zwar „unverrückbar“, in der Praxis bedürfe es jedoch der „Modifizierung um der Liebe willen“. Mithin sei es notwendig, sich in das Schicksal eines anderen Menschen „hineinziehen zu lassen“, auch wenn man dabei Schuld auf sich lade. Stoll hält es für „kurzsichtig und gegen die Bestimmung des Schöpfers gerichtet“, wenn versucht würde, „Leiden mit allen machbaren Mitteln zu verlängern“. Andererseits sei es jedoch sinnlos, „Leiden um den Preis des Lebens zu vermeiden“, weil der Leidende dadurch wesentliche Erfahrungen nicht machen könnte.

Verständnis äußerte Stoll für die wachsende Zahl junger Theologen, die in außereheichen Lebensgemeinschaften zusammenleben. Diejenigen unter ihnen, die die Ehe nicht von vornherein völlig ausschließen, aber von schlechten Erfahrungen wüßten, müsse man „in ihrer Bindungsangst verstehen“. Erst das Eingehen auf sie sei die Basis für den Schritt zur Ehe. Bei denen hingegen, die den Gang zum Standesamt grundsätzlich ablehnten, seien oft der „Wunsch nach grenzenloser Selbstbestimmung“ sowie „anti-institutionelle Affekte“ im Spiel. Hier dürfe die Kirche „die Klarheit ihrer Position nicht verschweigen“, sagte Stoll.

„DDR-Gefängnisse überfüllt“

AP, Berlin

Rund 10 000 politische Häftlinge füllen zur Zeit nach Meinung der Berliner „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ die Haftanstalten in der „DDR“. Die Arbeitsgemeinschaft teilte gestern mit, die Inhaftierten seien zum größten Teil wegen „Beintragung staatlicher Tätigkeit“, Flucht oder Fluchtversuch und „ungestützter Verbindungsaufnahme“ – darunter wird allgemein ein Besuch in der Ständigen Vertretung Bonn in Ost-Berlin verstanden – verurteilt worden. Obwohl allein in diesem Jahr 1500 „Politische“ in die Bundesrepublik Deutschland ausgesiedelt worden seien, seien die Gefängnisse überfüllt. Als Beispiel verwies die Arbeitsgemeinschaft unter anderem auf die Zentrale Frauenhaftanstalt Hohenstein, wo statt der sonst üblichen 250 politischen Häftlinge 500 untergebracht seien. In den 50 Quadratmeter großen Zellen seien bis zu 32 Insassen untergebracht. Wegen der Enge blieben einigen nur eine Matratze auf dem Boden. Die bisher nur für Kriminelle vorgesehenen Männerhaftanstalten seien nun bis zur Hälfte mit politisch Mißliebigen belegt.

Die Strafverfolgungszeit betrage in den meisten Fällen acht bis 14 Monate. Nach wie vor würden Strafen in der Hoffnung in Kauf genommen, auf diesem Wege, etwa durch Freikauf, eher in die Bundesrepublik zu gelangen als durch einen regulären Ausreisearbeit. Für viele Gefangene bedeutete daher die Entlassung in die „DDR“ die härteste Bestrafung, schrieb die Arbeitsgemeinschaft.

DIE WELT (USPS 605-050) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Moskau und die „reine Verteidigung“

Ostblock-Manöver konzentrieren sich schon seit Jahren auf westliche Ziele

WERNER KAHL, Bonn
Horizonten der westlichen Verteidigung an der Grenze Niedersachsens zur „DDR“ fielen in der vorletzten Septemberwoche nicht nur die Aktivitäten eines neuen Manövers auf der östlichen Seite auf. Was die Radarrohre auf Tonhörsendern festhielten, waren Befehle für einen simulierten Angriff auf Stellungen tief auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland – Bereitstellungsraum für weiterführende „Durchstoßoperationen“ an Rhein und Ruhr (DIE WELT v. 23. 10. 84).

In russischer Sprache gab der Befehlsmittler Weisungen an Einheiten der 3. sowjetischen Stoßarmee – einer Eliteeinheit im Raum Magdeburg – für Stellungen, wie sie nach Plan am 21. September, 24 Uhr, erreicht sein sollten. Es waren Übungen, die das Bundesverteidigungsministerium nicht etwa als akuten Fall eines tatsächlichen Angriffsplanes des Kreml überraschten. Das elektronische Sicherungssystem der NATO registrierte in den letzten Jahren immer wieder derartige Manöverziele auf dem Gebiet der Bundesrepublik und benachbarter Staaten. Im Bundesverteidigungsministerium waren vielmehr die konzentrierten Nebelwerfer der Sowjetpropaganda dieses „Friedensherbstes“ zum Stein des Anstoßes geworden, das Schweigen über Angriffsübungen auf Westeuropa zu brechen.

Nach bei den jüngsten herbstlichen Ost-West-Begegnungen in der evangelischen Akademie Loccum hatte der sowjetische Vertreter, Professor Projektor (Akademie der Wissenschaften, Moskau), dem Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Altenburg, über die Rolle der

Sowjetstreitkräfte versichert: „Ein-hundertprozentig reine Verteidigung.“ Bei Besorgnissen im Westen handelte es sich um ein „Bedrohungs-gespenst“, meinte der Russe.

An diesem Tag schwieg der Generalinspekteur über die Erkenntnisse des letzten Sowjetmanövers. Dem Moskower Berufsreisenden in Sachen Propaganda hielt er jedoch die grundsätzliche Haltung von Bundeswehr und NATO vor: „Wir sagen, wenn wir uns verteidigen, wird dies auf unserem Territorium stattfinden; bei ihnen ist das nicht der Fall.“ Weder bei den Streitkräften, die dem Bundesverteidigungsministerium in Bonn unterstehen, noch bei den Alliierten gebe es Angriffsübungen auf das Gebiet oder auf das Territorium der Staaten des Warschauer Paktes einschließlich der „DDR“, betonte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums auf Anfrage der WELT.

Im Gegensatz zu der Versicherung des Moskauer Akademieprofessors sieht die Realität der militärischen Sowjetstrategie laut Tonbandprotokoll der abgefangenen Funkgespräche vom 19. September dieses Jahres widdich so aus: „Lage für den 21. September, 24 Uhr: 2. (Abteilung) 15 Kilometer südostwärts Braun-schweig; 3. (Abteilung) 6 Kilometer ostwärts Hornburg. Die Einheiten und Verbände erfüllen die nächste Aufgabe und bezogen den Abschnitt Hannover-Seesen. Die Brigade deckt die Einheiten und Verbände der Armee beim Vormarsch zur Konzentrierung und verstärkt die Sicherung der 14. Panzer-Division – OMGA – während der Entfaltung und Einführung zum Angriff. Einsatzräume der Brigade: Die 1. (Abteilung): 10 Kilometer

südlich Hannover, die 2. (Abteilung): Raum ostwärts Hildesheim, die 3. (Abteilung): Raum südlich Peine. Lage eintragen und bereit sein zur Entschlußnahme am 19. ...“

Bei der 14. Panzerdivision handelt es sich um einen Tarnnamen für eine der Panzerdivisionen der 3. Stoßarmee. OMGA bedeutet die Abkürzung für „Operative Manövergruppe der Armee“. Darunter wird eine supermobile Einheit verstanden, deren wichtigste Aufgabe es ist, tief in den Raum hinter der gegnerischen Front vorzudringen.

Bei früheren Übungen waren bereits 1981 beim Manöver „Soyuz“ Angriffsoperationen auf Ziele wie Bebra, Fulda, Gießen-Lahn, Detmold und Wiesbaden in russischen Funk-sprechern angegeben worden. Tschechoslowakische Truppen übten flankierende Vorstöße in die Räume um Bayreuth, Neumarkt und Grafenwöhr.

Wie ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums ergänzend erklärte, erstrecken sich operative Angriffsziele von Armeen der Staaten des Warschauer Paktes von der innerdeutschen Grenze an etwa 200 Kilometer tief nach Westen. Das bedeutet eine Reichweite für das „strategische Zwischenziel“ bis zur Linie Rhein/Ruhr. Bei Manövern der „DDR“-Volkarmee wurden Luftbilder von Brücken und Straßen aus dem Gebiet südlich von Düsseldorf angefordert. Die Planübungen bezogen auch niederländische und belgische Orte ein, von denen Maastricht, Eindhoven und Gent als Punkte auf dem Vormarsch zur Kanal- und Atlantikküste genannt wurden.

Zeit bringt Geld-
rund um die Uhr!



Nominalzins 7,00 %
Ausgabekurs 100,50 %
Rendite 6,88 %
Laufzeit 5 Jahre
heutiger Stand

allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken.

Vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere erhalten Sie ausführliche Informationen. Schreiben Sie oder rufen Sie an: Telefon (069) 55 07 07. Die aktuellen Konditionen aller Bundeswertpapiere werden „rund um die Uhr“ unter Telefon (069) 5 97 01 41 angesagt.

BUNDES
OBLIGATIONEN

Bitte einsenden an den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1. Sie erhalten ausführliches Informationsmaterial.

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____

chumblatt ant SI Agent r Amerikaner

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn
Die jüngste Reise des libanesischen Drusenführers und Ministers Ad Dschumblatt nach Moskau - zum ersten Mal nach Moskau - ist der Einfachheit halber von maskierten Auswärtigen in Begleitung der größten Feudalherren Libanons in den Sowjets in vier Monaten. Einzelheiten über die Gesprächsthemen ab der Progressiv-Sozialistische Partei (PSP) nicht bekannt.

Die Reise ist vor dem Hintergrund abgesagter Termine in westlichen Hauptstädten sowie einer neuen Haltung gegenüber der Sozialistischen Internationale zu sehen. So soll Dschumblatt vor wenigen Tagen auch in Bonn nicht erschienen sein, obwohl ein Staatssekretär entsprechend dem vereinbarten Termin auf ihn wartete. Nachforschungen ergaben, daß Dschumblatt seinen Besuch bei der Schwesterpartei SPD sowie bei den Sozialisten in Frankreich zwar abgesagt hatte, die Absage im Auswärtigen Amt aber wohl vergessen worden war. Merkwürdig war die Begründung, die die PSP für die Absage lieferte: Ihr Chef sei müde.

Von dieser Müdigkeit war wenig zu spüren, als Dschumblatt am vergangenen Sonntag bei einem Treffen anlässlich des 80. Jahrestages der Libanesischen Kommunistischen Partei eine flammende Anklage gegen die Sozialistische Internationale hielt, deren Vizepräsident er ist. In seiner jüngsten Ausgabe berichtet das in Bonn erscheinende Bulletin „Libanon Aktuell“, daß Dschumblatt vor den Vertretern der Sowjetunion, Kuba, Nordkorea, Algeriens, Syriens und Südjetmens die Organisation als „Agent der Amerikaner“ bezeichnete. Dschumblatt: „Wir stehen alle im selben Kampf gemeinsam mit euch, Genossen der Sowjetischen Kommunistischen Partei, gegen den Imperialismus und seine Werkzeuge.“ Die israelische „Invasion war für uns der Beweis, daß die angebliche Sozialistische Internationale nichts weiter ist als ein Agent der Amerikaner“.

In Frankreich haben die Worte des Drusenführers Verärgerung in Kreisen der Regierungspartei ausgelöst. Man fragt sich, wie lange man in der Sozialistischen Internationale noch einen Vizepräsidenten dulden soll, der offen Front gegen diese Organisation und gemeinsame Sache mit Kommunisten mache. Der Vorsitzende der SI, Willy Brandt, war noch vor wenigen Monaten mit seinem Vize zusammengetroffen. Er hat zu den Vorwürfen seines Stellvertreters bisher nicht Stellung genommen.

Mutig riskierte Popieluszko seine Freiheit

Von ELISABETH RUGE

Er hat seinen Kopf schon oft hingehalten, der mutige Pfarrer Popieluszko von der St.-Stanislaw-Kirche in Zolborz. Hier, in einem Warschauer Vorort, liegt das Hüttenwerk Huta Warszawa, eine ehemalige Hochburg der freien Gewerkschaft „Solidarität“. Pfarrer Popieluszko brachte sich über mangelnden Zulauf nie zu beklagen. Seine Gemeinde - hauptsächlich aus der Arbeiterschaft des Hüttenwerks stammend - konnte sich hundertprozentig darauf verlassen, daß ihr Pfarrer hinter ihnen stand.

Wenn er das Halleluja anstimmte, glätteten sich die verkrampten Gesichter, die Kraft seiner Stimme pflanzte sich durch die Reihen, nahm die Menschen gefangen, gab ihnen Vertrauen und neuen Mut. Hier, so wußten die Gläubigen, herrschten weder Lüge noch Betrug. Die Sorgen und Nöte der Gläubigen waren auch das Anliegen des Pfarrers: Für seine Schutzbefohlenen hatte der 37-jährige Geistliche mehrfach schon die Freiheit riskiert - ob er das Gotteshaus zum Treffpunkt gemacht hatte für die standhafte Anhängerschaft der „Solidarität“, oder sie ans Mikrophon gelassen hatte, ihnen Zeit gab, Zeugnis abzulegen von den Qualen als Verfolgte, aber auch von ihrem ungebrochenen Glauben an eine freie Gewerkschaft.

Pfarrer Popieluszko selbst hat nie aufgehört, die „Solidarität“ zu ermu-

tigen, für die Menschenrechte und für das Recht auf Selbstbestimmung zu kämpfen. Als im Juni dieses Jahres die Priester in Polen zum Wahlboykott aufrufen und von der Bischofskonferenz zurückgepfiffen wurden, war Popieluszko einer der wenigen Geistlichen, die unerschrocken für das Fernbleiben von den Wahlen eintraten. Obwohl er des bischöflichen Tadels gewiß war, dankte er den Gläubigen dafür, daß sie mit dem Kirchgang ihre Wahl trafen und für das abstimmten, was Gottes ist.

Trotz des persönlichen Risikos, das er auf sich lud, indem er sich gegen Regierungsverbote stellte, ließ er in seiner Kirche weiter das offene Wort zu, setzte er sich unermüdet für die Freilassung politischer Häftlinge und angeklagter Hüttenarbeiter ein: „Wir tragen die Schuld an unserer eigenen Versklavung, wenn wir dem Bösen zustimmen und für die Mechanismen des Übels votieren“, wetterte er von der Kanzel.

Die Quittung ließ nicht auf sich warten. Mehrmals wurde der unerschrockene Pfarrer vorübergehend festgenommen, tagelang verhört, unter polizeiliche Aufsicht gestellt, vierzehnmals mindestens mußte er sich Durchsuchungen seines Amtsitzes gefallen lassen. Schließlich wurde er unter Anklage gestellt: „Wegen Mißbrauch des geistlichen Amtes zu politischen Zwecken.“ Darauf steht in Polen Haft bis zu zehn Jahren.

Eine Amnestie im Juli dieses Jah-

res bewahrte ihn vor dem Kerker, setzte indessen seinem freien Redeflug keinesfalls einen Riegel vor, so daß er immer mehr zum Dorn im Auge der Obrigkeit wurde. Nicht allein wegen seiner offenen Worte, vor allem wohl, weil sie über die westlichen Medien zurückfließen könnten in zu viele polnische Gehirngänge; in der St.-Stanislaw-Kirche fanden sich auch westliche Korrespondenten ein, die das Gesprochene weitergaben.

Einem der Korrespondenten hatte Popieluszko kurz vor seiner Entführung anvertraut, daß er in den vergangenen Monaten das Opfer zahlreicher offener und anonymer Einschüchterungsversuche gewesen sei, mit Drohungen per Brief und Telefon.

Die Entführung selbst fällt zeitlich zusammen mit einem Vorgang, der fast unbemerkt geblieben ist. Die Regierung hatte ein Referendum in Aussicht gestellt über eventuelle Bedingungen für den Beitritt zum Internationalen Währungsfonds. Lech Walesa hatte diese Perspektive begrüßt und gesagt: Dies könnte vielleicht in Polen neue politische Gefühlsregungen einleiten. Es gebe viele Fragen, über die man in einer Volksbefragung entscheiden könne, vor allem zum Beispiel über die Anwendung der von Polen ratifizierten Konvention der internationalen Arbeitsorganisation über das Recht der Arbeitnehmer, sich in unabhängigen Gewerkschaften zusammenzuschließen.

Möglicherweise liegt hier der Schlüssel zu der Entführung. Wer auch immer die Entführer sind: Es muß ihnen gegen den Strich gegangen sein, daß sich die große nationale Verständigung zwischen Regierung, Kirche und Teilen der Opposition doch noch anbahnen könnte.

Dreierlei könnten die Entführer im Auge haben: Den Beweis zu erbringen, daß die Amnestie für die eingesperrten „Solidaritäts“-Anhänger ein Fehler war und damit Argumente zu liefern für die erneute drastische Verschärfung der Überwachungsmaßnahmen. „Solidaritäts“-Leute selbst in den Verdacht zu bringen, daß sie mit stiller Duldung des unteren Klerus die Priestereinführung inszeniert haben, um die Kirchenführung zur eindeutigen Parteinahme zu zwingen.

Der Kleral-Führung zu zeigen, daß man Kurs hält, um den Argwohn zu zerstreuen, mit dem Moskau den zaghaften Neubeginn eines Dialogs zwischen Kirche und Regierung verfolgt. Vor kurzem hat die Moskauer Regierungszeitung „Iswestija“ mit heftigen Angriffen gerade Popieluszko verwandt.

Sollte ihm ein Haar gekrümmt werden, können in Polen die Wellen der Emotion leicht überschwappen. Die verbotene „Solidarität“ hat die Stahlarbeiter für den 29. Oktober zu einem unbefristeten Streik aufgerufen, falls Popieluszko nicht auftaucht. In den Kirchen beten die Menschen rund um die Uhr für ihn.



Der entführte Pfarrer Jerzy Popieluszko war beliebt bei seiner Gemeinde, aber der Regierung ein Dorn im Auge. FOTO: AP

Die CGT sucht Kraftprobe mit der Regierung

A. GRAF KAGENECK, Paris

In Frankreich streiken heute die etwa fünf Millionen Beamte und Angestellten der öffentlichen Betriebe. Da sämtliche Gewerkschaften ihre Mitglieder zu dem Aufstand aufgerufen haben (mit Ausnahme der „Autonomen“, deren Wirkungsbereich auf die Pariser Verkehrsbetriebe beschränkt ist), wird es zu schweren Störungen des Luft- und Eisenbahnverkehrs, der Postverteilung, der Elektrizitäts- und Gasversorgung, der Schulbetriebe, des Publikumsverkehrs in den Behörden und - zu einem erheblichen Teil - im Pariser Autobus- und Untergrundbahnnetz geben, das täglich etwa fünf Millionen Menschen befördert.

Die Streikdauer ist auf vorerst 24 Stunden festgesetzt, kann aber verlängert werden. Regierung und Öffentlichkeit rechnen mit einer starken Streikbeteiligung.

Die Gewerkschaften - allen voran die von den Kommunisten kontrollierte CGT - kämpfen um die „Aufrechterhaltung der Kaufkraft der öffentlichen Angestellten“. Sie behaupten, daß die Löhne in diesem Sektor in diesem Jahr nur um drei Prozent gestiegen sind, während die Inflationsrate bei annähernd sieben Prozent lag.

Premierminister Fabius ist fest entschlossen nicht nachzugeben. Das Anlaufen einer Lohn/Preisspirale würde seine Sanierungs- und Modernisierungspolitik im Ansatz zunichte machen.

Streiks im öffentlichen Dienst sind außerdem besonders beim Publikum und bei der übrigen Arbeiterschaft sehr unbeliebt, da sie von Leuten gemacht werden, die als staatlich angestellte Beamte nicht um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen. Der Regierungschef wird die Kraftprobe daher gut bestehen können.

Noch vor dem Streik hat die französische Regierung wissen lassen, daß an eine Anhebung der Gehälter der Beamten um mehr als drei Prozent nicht gedacht werden kann.

Diese Haltung hat gestern sofort zu einer Reaktion des kommunistischen Gewerkschaftschefs Krasucki geführt. In einer Radiosendung rief er die Beamten auf, es nicht bei dem einen Streiktag zu belassen, sondern schon jetzt neue Aktionen zu planen. Der Gewerkschafter denkt unter anderem an erneute Streiks, bei denen öffentliche Gebäude demonstriert „besetzt“ werden sollen.

Berufung Ogarkows bekräftigt

AP, London

Die These, wonach der am 6. September abgesetzte sowjetische Generalstabschef Ogarkow zum Oberbefehlshaber der gesamten sowjetischen Westfront ernannt worden ist, wird von der britischen Militärzeitschrift „Jane's Defence Review“ bekräftigt. In einem Bericht heißt es, Ogarkow sei bereits einen Tag nach seiner Absetzung als Generalstabschef in das neue Amt berufen worden. Er sei damit oberster Kommandeur aller Feldtruppen geworden, die den NATO-Verbänden gegenüberstehen. Der UdSSR-Experte Bodansky begründet in dem Artikel die Berufung Ogarkows mit der sowjetischen Strategie einer „kontrollierten Eskalation“, für die ein ranghoher Befehlshaber notwendig sei.

Marcos beurlaubt Generalstabschef

AFP, Manila

Der philippinische Staatspräsident Marcos hat den Generalstabschef Fabian Ver vorläufig seines Amtes enthoben, nachdem dieser im Zusammenhang mit der Ermordung des Oppositionsführers Aquino vom amtlichen Untersuchungsausschuß schwer belastet worden war. In Manila wurde bekanntgegeben, der Schritt erfolge auf Wunsch des Generals. Zugleich ordnete Marcos ein Verfahren vor einem Sondergericht an und stellte mehrere der belasteten Militärs unter Arrest. Zum Nachfolger des Generals ernannte er dessen bisherigen Stellvertreter, General Ramos. Zwei Ausschussmitglieder wurden gestern auf dem Flugplatz Manila am Verlassen des Landes gehindert. Sie wollten Ferien in den USA verbringen.

Seoul: Polizei stürmt Universität

rt, Seoul

Mehr als 5000 Polizisten Südkoreas haben gestern das Gelände der staatlichen Universität Seoul gestürmt, um regierungsfremde Studentenproteste zu ersticken. Ein Polizeisprecher teilte mit, weitere tausend Polizisten seien vor der größten Universität des Landes mit ihren 30 000 Studenten postiert worden. Der Universitätspräsident habe die Polizei zum Eingreifen aufgefordert, nachdem die Behörden die Kontrolle über gewalttätige Proteste militanter Studenten verloren hätten. Es war das erste Mal, daß eine Universität Polizeieinheiten anforderte, seitdem die Regierung im Februar mitgeteilt hatte, die Polizei solle vom Gelände der Universitäten abgezogen werden, um mehr studentische Freiheiten zuzulassen.

Führendes Mitglied der PLO in Haft

rt, Tel Aviv

Sicherheitskräfte Israels haben ein führendes Mitglied der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) festgenommen, das an terroristischen Anschlägen im von Israel besetzten Westjordanland beteiligt gewesen sein soll. Ein Militärsprecher sagte gestern, es handle sich um den seit 15 Jahren gesuchten Ali Chalil Rabais. Er soll auch in Hebron und Umgebung Terroristen geworben haben. In der Vergangenheit war es wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen jüdischen Siedlern, die sich in Hebron niedergelassen haben, und Palästinensern gekommen. So wurden voriges Jahr ein jüdischer Student erstochen und einige Wochen später drei arabische Studenten bei einem Anschlag getötet.

USA verurteilen Vorgehen Pretorias

AFP/dpa, Washington

Ihr „tiefes Bedauern“ über die „Strafexpeditionen“ von rund 7000 Soldaten und Polizisten Südafrikas haben die USA ausgedrückt. John Hughes, Sprecher des Außenministeriums, betonte, der Polizeieinsatz in den drei von Schwarzen bewohnten Städten Boipatong, Sharpeville und Sebokeng könne „die von der südafrikanischen Regierung bekundete Absicht in Frage stellen, die Probleme des Landes durch Reformen und allgemeinen Konsens zu regeln“. Man dränge Pretoria, einen Dialog mit den Führern der nicht-weißen Bevölkerungsteile zu eröffnen. Die energische Form des Protestes ist nach Meinung von Beobachtern in Washington auf die rege Diplomatie der USA im südlichen Afrika zurückzuführen.

Gibt's das schon **■** einen Kopierer
der Originale einzieht **■** in Stufen
und stufenlos **■** verkleinert, vergrößert
A4 doppelseitig **■** alles bis A2
kopiert **■** automatisch das richtige
Papierformat wählt **■** 20- oder 40-Fach
sortiert? **JA** das gibt's

Der neue U-BIX 500 Z kann einfach alles
und dabei ist er unglaublich leicht zu
bedienen. Mit dem kann jeder kopieren.

Bei U-BIX auf der ORGATECHNIK
vom 25.-30. Oktober 1984 in Halle 11,
Gang A/B, Stand 50/49

U-BIX
KOPIERER

U-BIX International, Hamburger Straße 11
2000 Hamburg 76. Telefon (040) 22 93 40

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Gera“ bleibt unerfüllbar

„Leserbrief: Angaben des Ministeriums“, WELT vom 12. Oktober

Durch den Abdruck des ungewöhnlich langen Leserbriefes des Herrn Dr. Lehmann haben Sie erneut zur Verbreitung falscher Versionen über angebliche Äußerungen von Minister Windelen beigetragen, obwohl Sie als Leser Ihrer eigenen Zeitung das besser wissen sollten. Denn schon am 28. September 1984 zitierte die WELT den Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen mit folgenden Worten: „Ich habe deswegen, da die DDR noch nie präzisiert hat, was sie unter dem Begriff Respektierung versteht und worin der Unterschied zum Begriff Anerkennung bestehen könnte, gesagt, es wäre gut, wenn dies präzisiert würde.“ Und weiter: „Ich habe nicht vorgeschla-

gen, ich werde nicht vorschlagen und ich kann nicht vorschlagen, daß über Fragen der Staatsbürgerschaft verhandelt wird.“ Dieser Klarstellung hätte es allerdings gar nicht bedurft, wenn die Kritiker des Ministers sich der Mühe einer sorgfältigen Lektüre des betreffenden Interviews unterzogen hätten. Die sogenannten Geraer Forderungen der DDR sind in ihrem rechtlichen Kern für uns unerfüllbar. Diese Einsicht befreit nicht von der Verpflichtung, unterhalb dieser Ebene alle Möglichkeiten praktischer Regelungen zum Nutzen der Menschen in Deutschland zu erkunden und wahrzunehmen.

Olaf Klar,
Leiter des Pressereferats des
Bundesministeriums für
innerdeutsche Beziehungen

Schnelle Franzosen

„Den Dreh raus dank der neuen Drehstrom-Bahn“, WELT vom 18. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren, bei Ihrer Meldung über die Rekord-Fahrt von Herrn Minister Dollinger mit der neuen Drehstrom-Lok mit 285 km/h handelt es sich nur um einen deutschen Rekord. Seit September 1981 fahren täglich 38 Züge auf der Strecke Paris-Lyon-Paris mit einer Höchstgeschwindigkeit von 270 km/h. Nachdem in Deutschland seit 1903 für lange Zeit der Weltrekord mit 210 km/h aufgestellt worden war, halten die Franzosen seit 1955 den Weltrekord mit 331 km/h und seit 1981 mit 380 km/h. Die DB wird diesen Rekord mit ihrem neuen ICE 1985 mit fünf Wagen wegen ihres wenig leistungsfähigen 16%-Hz-15-KV-Systems nicht erreichen.

Hochachtungsvoll
E. Stolte,
Bad Homburg v. d. H.

Was ist meßbar?

„Gehirnjäger unter sich“, WELT vom 15. Oktober

Sicher wird niemand den Mitgliedern des Clubs „Mensa“ ihre Freude am erreichten Intelligenzquotienten nehmen wollen, aber einige Erklärungen von begabungspsychologischer Seite sind doch wohl angebracht. Die Erfassung des sogenannten Intelligenzquotienten ist ein sehr grobes Verfahren, um möglichst rasch bei großen Gruppen von Menschen ein ungefähres Bild von ihren intellektuellen Fähigkeiten zu gewinnen.

Wie in Lehrbüchern der Begabungspsychologie nachzulesen ist, werden dadurch aber viele Ausprägungen intellektueller Leistungsfähigkeiten überhaupt nicht erfaßt. Andererseits spielen manche Fähigkeiten, die durch Intelligenztests erfaßt werden, auch in geistigen Berufen eine sehr geringe Rolle. So erfassen die Intelligenztests praktisch keine Begabungen zum produktiven, mehr kreativen Denken und auch nicht die wichtigen Fähigkeiten, komplizierte Sachverhalte richtig aufzufassen. Ebenso wenig werden Spezialbegabungen (z. B. für Mathematik) erfaßt.

Kurz: Es gibt hochbegabte Menschen, deren intellektuelle Fähigkeiten durch den Intelligenzquotienten sehr unzulänglich erfaßt werden, und

es gibt Menschen mit hohem Intelligenzquotienten, die auf den Sektoren der Begabung, die nicht geprüft werden, wenig leistungsfähig sind.

Dr. Friedrich Amten,
Institut für Gerichtspsychologie,
Bochum

Einsamer Rufer?

„Rolle rückwärts im deutschen Denkmalschutz“, WELT vom 18. Oktober

Lieber Herr Guratzsch, mit großem Interesse lese ich Ihren nachdenkswerten Beitrag zum Denkmalschutz. Ich freue mich sehr, daß Sie sich noch so engagiert für den Denkmalschutz einsetzen und Ihre Meinung publizieren, wie ich das noch aus der Zeit kenne, als wir gemeinsam an dieser wichtigen Sache gearbeitet haben und an die ich gerne zurückdenke. Auch ich fürchte mit Ihnen, daß der Schwung der 70er Jahre vorbei und die Aufbruchstimmung vergessen ist. Hoffen wir, daß Sie nicht ein einsamer Rufer in der Wüste sind. Man wundert sich eigentlich, daß die neuen Koalitionsparteien der Pflege historischer Städte und Denkmäler so wenig Aufmerksamkeit schenken; dabei hätte man sich auch hier eine „Wende“ wünschen und diese auch erwarten können.

Dr. H.-J. Ordemann,
Bonn 2

Bildungs-Äquator

„Das geistige Geßle“, WELT vom 17. Oktober

Sehr geehrter Herr Zeim, wie wahr Ihre Ausführungen zum Nord-Süd-Gefälle sind, können wir Ihnen an einem Beispiel bestätigen.

Wir waren mit unserem Sohn in Österreich, um einen Internatsplatz einer Büchsenmacherschule zu bekommen. Nach den Kriterien der Aufnahmeprüfung gefragt, meinte der Direktor der Schule: „Wir haben ganz normale Tests, mit allen Rechnungsarten, Dreisatz, Prozentrechnung, Deutsch, Englisch und etwas Allgemeinbildung. Allerdings haben wir die Erfahrung gemacht, daß es mit dem Bildungsstand der deutschen Interessenten immer schlechter aussieht, je weiter sie gen Norden Schulen besuchen. Der Trennungsstrich beginnt bei Hessen.“

Dem Ausland ist der desolate Zustand unseres Bildungswesens nicht verborgen geblieben.

Mit freundlichen Grüßen
H. Menzel,
Frankfurt/Main 90

Personalien



Signierstunde bei Botschafter a.D. Rolf Pauls in der Baden-Württembergischen Landesvertretung in Bonn. Im Kreise persönlicher Freunde und auf Einladung des Hausberns, des Staatssekretärs Gustav Wahre, und des Verlegers Heinrich Seewald stellte Rolf Pauls sein jüngstes Buch vor: „Deutschlands Standort in der Welt – Beobachtungen eines Botschafters“. Der Seewald-Verlag nahm sich des Buches an, in dem Pauls sein persönliches Credo an die Deutschen zusammenfaßt: Seine Mahnung, in allen wesentlichen außen- und verteidigungspolitischen Fragen einen Konsensus zu suchen. Pauls gehört zu den bedeutendsten Nachkriegsbotschaftern. Er war 1963 erster deutscher Botschafter in Israel. Ende 1968 ging er als Botschafter nach Washington. 1973 wurde er erster Bonner Botschafter in China und 1976 Botschafter bei der Nato in Brüssel.

VERANSTALTUNGEN

Kinostars aus dem Reich der Mitte waren Gäste in der chinesischen Botschaft in Bad Godesberg. Gesandter Hu Banyao lud Schauspieler und Regisseure zu sich ein, die in die Bundesrepublik kamen, um in Bonn die erste chinesische Filmwoche zu eröffnen. Im Mittelpunkt des Interesses stand die reizende Chinesin Yin Xin, Star am Theater der Chinesischen Jugend in Peking und Hauptdarstellerin in dem Film „Heißes Blut“, und die Mongolin Signa Gaoowa, Hauptdarstellerin in dem Film „Das Kamel“. Beide Damen haben in Film und Fernsehen seit Jahren großen Erfolg. Betreut hat die Chinesen in Bonn Dr. Wiegand Pabsch, stellvertretender Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes. Bei einem Essen, an dem auch der Leiter des Filmamtes des chinesischen Kulturministeriums, Shi Fangyi, teilnahm, und der Direktor der chinesischen Film Import- und Export Corporation, Hu Jian, erinnerte Dr. Pabsch daran, daß man sich vor zehn Jahren einen solchen Filmaustausch kaum hätte erträumen können. 1985 sollen auch deutsche Filme in China gezeigt werden. Die Chinesen erklärten in Bonn, einer der wenigen bekannten deutschen Filmschauspieler, von denen man in früheren Jahren Filme gesehen habe, sei Helmut Rühmann. Man gehe davon aus, daß der „Hauptmann von Köpenick“ mit Rühmann in der Hauptrolle und „Lina Braake“, der Film des Regisseurs Bernhard Sinkel, demnächst in China gezeigt würden. Bonn und Peking wollen in Zukunft den Kulturaustausch erheblich ausweiten.



Von links: Yin Xin, Li Zenglong, Frau des Gesandten, Signa Gaoowa und Chinas Gesandter Hu Banyao.

GEBURTSTAGE

Dr. jur. Horst Lehmann, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Alters- und Hinterbliebenen-Versorgungsvereine (VVAe), Essen, vollendet am 25. Oktober sein 88. Lebensjahr. Lehmann ist seit 1971 bei dieser vom damaligen Reichsausschuss für Privatversicherung am 17. 11. 1927 zugelassenen Pensionskasse verantwortlich tätig.

Ewald Bergmann, seit 52 Jahren Geschäftsführer der O. F. Tischbein-Werbung, Hannover, feiert am 26. Oktober seinen 80. Geburtstag. Er ist Mitbegründer des Wirtschaftsverbandes der Werbemittel-Britische Zone, war 15 Jahre Präsident des Verbandes Deutscher Werbegesellschaften und gehörte 23 Jahre dem Präsidium und Präsidium des Zentralausschusses der Werbewirtschaft an. Er wurde auch Mitbegründer der Werbefachschule Hannover und war deren langjähriger Kuratoriumsvorsitzender. Bergmann arbeitete außerdem als Dozent.

ERNENNUNG

Hans Freiherr von Stein, seit 1981 Botschafter in Saudi-Arabien, geht als Gesandter an die deutsche Botschaft in London. Von Stein ist gebürtiger Berliner. Der Jurist war zunächst in einer Anwaltspraxis tätig. Von 1957 bis 1963 gehörte er dem Bundesministerium für Wirtschaft in Bonn an. Anschließend wurde er zur EG-Kommission abgeordnet. 1963 trat Freiherr von Stein ins Auswärtige Amt ein. Im folgenden Jahr ging er an die deutsche Botschaft nach Athen. Von 1972 bis 1976 war er Leiter des Wirtschaftsreferates an der Botschaft London, anschließend, bis zu seiner Ernennung als Botschafter, leitete er im Auswärtigen Amt die Wirtschaftsabteilung.

EHRUNG

Hans Hartung, einer der bedeutendsten abstrakten Maler der Gegenwart, ist von Bundespräsident Richard von Weizsäcker mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Den Orden überreichte in Antibes der deutsche Generalkonsul in Marseille, Hans Voos. Hartung, 80, erhielt auch den bayerischen Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst.

Katalysator schon 1985

Wir als Berliner kennen die schauderhafte Zuckelei durch die DDR bei Tempo 100, die damit verbundenen Unaufmerksamkeiten dieser ermüdenden Schleichei, die von Zeit zu Zeit zu unverständlichen Unfällen führt, das Einatmen des Benzin- und Dieseldampfes der genauso schnell zuckelnden „Trabanten“, die man nicht überholen darf, und das Aufatmen, wenn man dann an der Grenze zur Bundesrepublik endlich mal wieder – der Situation angepaßt – ein normales Tempo „Richtgeschwindigkeit 130“ fahren kann.

Natürlich bin ich auch für Maßnahmen gegen das Waldsterben, aber man sollte das Übel wirklich an der Wurzel packen. Die aufgezäumten Autos – fast jeder Autofahrer leistet sich Berge von Extras an seinem Wagen – beweisen, daß die Mehrkosten eines Katalysators nicht entscheidend sind. Hier sollte bei Neuwagen wirklich schon 1985 die Katalysatorrüstung durchgesetzt werden. 9 liegt in unvorstellbar weiter Fer-

Öl-Multis an den Tankstellen würde sicherlich manche Investitionen erfordern – vielleicht auch für Berliner Zuliefererbetriebe –, damit eventuell zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, aber vor allen Dingen dem Waldsterben viel schneller und wirkungsvoller entgegenwirken, zusätzlich aber dem Autofahrer die Freude erhalten!

Da ich mich selbst sehr für den Erhalt „innerstädtischen Grüns in der City“ interessiere und engagiere, ist mir allerdings auch eines unverständlich: Hier fahren täglich Zigtausende von Autos quadernd, stinkend und rußenden Dreck von sich gebend unter den Platanen hindurch. Sind die Platanen wirklich so viel widerstandsfähiger? Welch ein Glück, daß wir sie hier haben.

H.-U. Bannert,
Berlin 19

Wort des Tages

„Gefahr ist allerorten zu finden. Alles Schaffen steht am Rande des Seins, alles Schaffen ist Wagnis. Wer nicht seine Seele wagt, kann den Schöpfer nur äffen.“

Martin Buber, jüdischer Religionsphilosoph (1878-1965)

Die nachhinkenden Fabrikate sowie der Altwagenbestand sind über die Kraftfahrzeug-Steuerstellen erfaßbar und könnten über einen begrenzten Zeitraum – wie früher bei der Ausnahmegenehmigung Spikes – den Aufkleber 80 oder 100 erhalten. Die Umrüstung auch seitens der

Die umweltfreundliche Holzspanplatte gibt es seit Jahren von den Spanplattenwerken des führenden deutschen Herstellers.

Wir sagen Nein zur überhöhten Formaldehydkonzentration in der Spanplatte. Deshalb produzieren wir Holzspanplatten der strengsten Emissionsklasse E1. Frei von Geruchsbelästigung, frei vom Verdacht der Gesundheitsgefährdung. Unser E1-Programm garantiert die Lösung des Formaldehydproblems in allen Bereichen des Innenaufbaus. Und es trägt dazu bei, daß deutsche Qualitätsmöbel auch in Zukunft den schärfsten Umweltauflagen gerecht werden.



AGEPAN



GRECO



Triangel



Unsere neueste Entwicklung ist die völlig formaldehydfrei verleimte Holzspanplatte. Für extrem sensible Bereiche und für biologisches Bauen. Wir nennen das neue Produkt „FF“ – die umweltfreundlichste Spanplatte aus den Werken von GLUNZ.

GLUNZ

N
Postfach
Material

LINIE 1 VON OLIVETTI: DIE ALTERNATIVE IN DER INFORMATIONSTECHNOLOGIE.

MULTIFUNKTIONALITÄT VON OLIVETTI: WIE MAN IN DIE ZUKUNFT INVESTIERT, OHNE EINEN PFENNIG AUSZUGEBEN.

Früher einmal mußte man beim Kauf eines Computers einen Teil des Geldes dafür ausgeben, daß das System nicht nur die heutigen Probleme löste, sondern auch die von morgen. Doch jetzt gibt es die Linie 1 von Olivetti... eine Serie multifunktionaler Systeme, die sich dem Wechsel und Wachsen Ihres Unternehmens mühelos anpaßt; die Ihre Probleme löst, tagaus, tagein, ungeachtet der Komplexität der Aufgaben.

Denn die Anpassungsfähigkeit der Linie 1 ist außergewöhnlich: Von einem zu jeder gewünschten Zahl von Arbeitsplätzen, so leistungsfähig und spezialisiert, wie Sie es wünschen; bereit, die Funktion zu wechseln,

ohne daß Sie das Gerät wechseln müßten. Geeignet, die Probleme in den Management-Bereichen zu lösen. In der Verwaltung, Planung und Entwicklung, Produktionsplanung und -kontrolle.

Und selbst in der Büroautomation.

Linie 1: Eine Serie von Prozessoren, die miteinander zu einem lokalen Netzwerk verknüpft werden können, um mit jeder Entwicklung Schritt zu halten. Der modulare Aufbau stellt die notwendige Verarbeitungskapazität bereit, wo immer und wann immer sie gebraucht wird. Außerdem ist die Linie 1 durch das Olivetti-Softwaresystem ebenso leicht zu bedienen wie zu programmieren.

Olivetti, die Alternative in der Informationstechnologie.



ORGATECHNIK Köln
25.-30.10.1985, Halle 10,
Erdgeschoss, Gang A, Stand-Nr. 68/87

olivetti

Größter europäischer Büromaschinen-
und Informatik-Konzern.

Bitte schicken Sie diesen Coupon an:
Deutsche Olivetti GmbH, Postfach 2012,
Kaiser-Friedrich-Promenade 89, 6380 Bad Homburg 1
Name: _____
Firma: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
LIV43-Well

Barzel vor dem Ausschuß: Eine Sache beenden

Fortsetzung von Seite 1

Kabinetts vornehmen werde. Barzel versicherte auf konkrete Fragen des Ausschußvorsitzenden Manfred Langner (CDU), zu keinem Zeitpunkt - weder von Flick noch von anderer Seite - zu einer Beeinflussung der Steuerbefreiung im Sinne des Konzerns gegeben worden zu sein. Er bezog diese Aussage ausdrücklich auf den gesamten Zeitraum von Herbst 1974 bis Sommer 1981.

Langner stellte in diesem Zusammenhang folgende Fragen: 1. Wurde in Vier-Augen-Gesprächen mit dem früheren Bundeskanzler Schmidt über die Steuerbefreiungsanträge gesprochen? Barzel: „Darüber wurde nie gesprochen.“ Mit Graf Lambsdorff? Barzel: „Nein.“ Mit dessen Amtsvorgänger Friderichs? Barzel: „Nein.“ Mit dem früheren Finanzminister Apel? Barzel: „Nein.“ Mit dem Finanzminister a.D. Matthöfer? Barzel: „Nein.“ Auch die Frage, ob er eventuell mit Staatssekretären aus den Ministerien gesprochen habe, verneinte Barzel. Nach seiner Erinnerung sei diese Thematik auch nicht auf der Tagesordnung des Wirtschaftsausschusses des Bundestages gewesen, dessen Vorsitzender Barzel von 1977 bis 1979 gewesen ist.

Mit den Flick-Repräsentanten, die Barzel als Bekannte schilderte, die er seit sehr vielen Jahren kenne, habe es eine Vielzahl von Begegnungen gegeben. Aber Steuerfragen seien nie mit ihm besprochen worden. Dafür wäre auch Dr. Paul, der Steuerfachanwalt sei, zuständig gewesen.

Auf die Frage, ob er 1976 im Zusammenhang mit der Besetzung des Amtes des Bundestagspräsidenten den Flick-Manager von Brauchitsch angerufen habe, antwortete Barzel: „Daher sei er in der Presse als Parlamentspräsident vorgestellt worden, dann aber nicht geworden. Er sei „wütend und enttäuscht“ gewesen. Er könne nicht ausschließen, damals mit von Brauchitsch telefoniert zu haben, wobei offen sei, wer wen angerufen habe. Heute sei dieser Vorgang aus dem Jahre 1976 „kein Streit mehr“ zwischen ihm und Kohl.

Der SPD-Abgeordnete Peter Struck brachte dann einen Brief Biedenkopfs an Helmut Kohl vom 10. 5. 1973 in die Debatte ein. Darin war davon die Rede, Barzel dürfe kein „Sozialfall“ werden. Struck fragte Barzel, welchen Anlaß Biedenkopf gehabt haben könnte, so eine Volksbel zu benutzen? Barzel erwiderte, „Ich sehe diese Briefe heute zum ersten Mal.“ Er habe mit Biedenkopf „nie“ über Finanzfragen gesprochen, auch nicht mit dem inzwischen verstorbenen rheinischen CDU-Vorsitzenden Köppler und auch nicht mit dem langjährigen westfälischen CDU-Vorsitzenden Windelen.

In einem Brief vom 6. 6. 1973 hatte Biedenkopf an von Brauchitsch davon gesprochen, für Barzel müssten „Aufhangpositionen“ entwickelt werden. Barzel sagte auf eine entsprechende Frage von Struck, ihm sei „niemals eine finanzielle Aufhangposition angeboten“ worden, von der Mitarbeit bei Dr. Paul abgesehen. Ob „Aufhangposition“ eventuell politisch gemeint gewesen sein könnte, wisse er nicht. Ihm, Barzel, sei nach seinem Rücktritt daran gelegen gewesen, weiterhin politisch tätig sein zu können.

Die Erklärung Rainer Barzels vor dem Flick-Ausschuß

Die Erklärung von Bundestagspräsident Rainer Barzel vor dem Ausschuß im Wortlaut:

I. Der Beweisbeschuß hat zwei Teile. a) Zu seinem wesentlichen zweiten Teil erkläre ich:

Ich habe weder mittelbar noch unmittelbar auf die Steuerbefreiung Einfluß genommen, welche die Bundesregierung Schmidt nach Paragraph 6 b EinkStG erteilt hat.

b) Zum ersten Teil der Frage des Beweisbeschlusses erkläre ich:

Ich habe von 1973 bis 1982 in der Praxis Dr. Dr. Albert Paul, Frankfurt, als wissenschaftlicher Mitarbeiter gearbeitet, dieses dem Deutschen Bundestag angezeigt und meine Einkünfte ordnungsgemäß versteuert.

Jedem Mitglied des Deutschen Bundestages ist es unbenommen, einen Beruf auszuüben. Wie er das tut, bestimmen die Verhaltensregeln. Sie sind beachtet worden.

Die Verabredung mit der Kanzlei Paul in Frankfurt vom 9. August 1973 lautet:

„Herr Dr. Barzel ist mit Wirkung vom 1. August 1973 als wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Anwaltskanzlei Prof. Dr. Paul tätig. Er erhält für diese Tätigkeit ein Entgelt, das jeweils nach dem Umfang der ausgeübten Tätigkeit festgelegt wird. Die Tätigkeit ist im einzelnen zwischen Herrn Dr. Barzel und Herrn Dr. Dr. Albert Paul abzustimmen.“

II. Ich füge diese Aussage ein, weil der Vorgang eine Rolle spielt.

Ich gehöre dem Deutschen Bundestag seit 1957 an. Von 1963 bis 1973 war ich Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, von 1971 bis 1973 Parteivorsitzender der CDU. Ich trat aufgrund politischer Meinungsverschiedenheiten am 9. Mai 1973 von beiden Vorständen zurück.

Am 8. Mai 1973 hatte sich die Bundestagsfraktion der CDU/CSU mit knapper Mehrheit gegen den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen entschieden. Darauf erklärte ich am 9. Mai 1973 meinen Rücktritt.

Diese Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Die Fraktion hat gestern in einer wichtigen und grundsätzlichen Frage, die ich als fundamental für die Richtung unserer künftigen Politik bezeichnet habe, mit knapper Mehrheit gegen meinen Rat entschieden. ... Demokratie kennt Ämter nur auf Zeit. Ich habe dieses Amt nach besten Kräften geführt. Ich bin nicht bereit, eine Mehrheitsentscheidung, die in einer wichtigen Sache gegen meine engagierte Überzeugung erfolgt, nun als Vorsitzender zu vertreten. Ich habe, wie ich Ihnen gestern sagte, die Konsequenzen überdacht. Hiermit trete ich vom Amt des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach gewissenhafter Prüfung des Für und Wider zurück.“

Dieser Vorgang spielte in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 19. Oktober 1984 eine Rolle. Ich erkläre u. a.:

„Am 8. Mai 1973 hat die Fraktion über den UNO-Beitritt zu verhandeln gehabt. Die Fraktion hat mit einer sehr knappen Mehrheit gegen den Rat des Vorsitzenden, des Parteipräsidenten der CDU und der Ministerpräsidenten der CDU-geführten Länder entschieden, diesen Beitritt nicht mitzuvollziehen.“

Für den nächsten Morgen habe ich eine Sondersitzung der Fraktion einberufen.

Ich ging in mein Büro und entschied mich - nach einem Gespräch mit meiner Frau - beide Vorstände niederzulegen. Obwohl viele Kollegen versuchten, mich zu bewegen, blieb ich bei meinem Entschluß. Dazu bedurfte es keines Rates und keiner Hilfe. Es ist infam, dem Kollegen Kohl und mir vorzuwerfen, daß dabei Geld im Spiel war. Ich bin froh, daß das vom Tisch ist.“

Herr Katzer, mit dem ich mich u. a. an diesem Abend beriet, ist bereit,

DOKUMENT

den Vorgang zu bezeugen.

III. Nach dieser politischen Niederlage machte ich eine kurze Pause und suchte dann eine zusätzliche Tätigkeit. Ich war erst 49 Jahre alt und gewohnt, 14 Stunden pro Tag zu arbeiten. Außerdem hielt ich es für richtig, mich auch im Interesse meiner Nachfolger politisch zurückzuhalten und neue Lebenserfahrungen zu sammeln.

In der Folgezeit erhielt ich sehr bald Tätigkeitsangebote u. a. von großen Firmen und internationalen Organisationen, darunter auch ein Angebot meines Freundes Albert Paul, in seiner Kanzlei mitzuarbeiten. Für dieses Angebot entschied ich mich.

Das war dann von Anfang an bekannt, ordnungsgemäß angezeigt und im Handbuch des Deutschen Bundestages veröffentlicht. Viele fragten: „Was machen Sie nun?“ Ich antwortete: „Ich arbeite in der Praxis Dr. Paul.“ Viele fanden das gut und für sie selbst interessant. Einige wurden Klienten der Praxis Dr. Paul.

IV. Für die Kanzlei Paul war ich beratend tätig, mündlich wie schriftlich. Der Beweis dafür ist ebenso evident wie die Tatsache der Nicht-Übereinstimmung der Zahlungen von Flick an die Kanzlei Paul mit den Bezügen, die ich von dort erhielt.

V. Öffentlich sind - soweit ich das verfolgen konnte - diese Fragen gestellt worden:

a) ob ich überhaupt für und in der Kanzlei gearbeitet hätte;

b) ob ich von der Firma Flick Geld bekommen hätte;

c) ob ich von Verträgen der Kanzlei Paul mit dieser oder mit anderen Firmen gewußt hätte;

d) ob das Honorar der Firma Flick an die Kanzlei Paul in der Summe iden-

tisch sei mit der Vergütung, welche ich von der Kanzlei bezog und versteuerte.

Ich will das konkret abhandeln.

a) Ich habe gearbeitet, mündlich wie schriftlich. Ich will hier die Themen einiger Rechtsgutachten, die ich erstellte, nennen:

Mitbestimmung und Unternehmensrecht

- Europäische Aspekte

- Mitbestimmung

- Steuerharmonisierung

- Agrarreform

- Kapitalverkehr

- Erste Konturen des neuen Bau-Bodenrechtes

Gesellschaftsrecht und Europäische Gemeinschaft

Zur bevorstehenden Reform der Erbschaftsteuer

Gesellschaftliche Fragen

- Vermögensbildung

- Bodenreform

- Baurecht

- Berufliche Ausbildung

- Medienpolitik

- Innere Pressefreiheit

- Innere Rundfunkfreiheit

- Mitbestimmung

- Reform des Unternehmensrechtes

Übersicht über zu erwartende, wichtige gesellschaftspolitische Gesetzgebungen (73/74):

- Kartellgesetz

- Schenkungs- und Erbschaftsteuer

- Vermögenssteuer

- Grundsteuer

- Gewerbesteuer

- Bodenrecht

- Vermögensbildung

- Berufliche Bildung

- Mitbestimmung

- Hochschulgesetz

Aspekte der Mitbestimmungs-Diskussion in der Europäischen Gemeinschaft

Unternehmensverfassung und multinationale Unternehmen

Unternehmensrecht I

Mitbestimmung und Freundschafts-, Handels- und Schiffsverkehr

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA vom 29. 10. 1954

Zur Verfassungsmäßigkeit des Vermögensbildungs-Gesetzes

Neue Aspekte in Europa zum Thema: Mitbestimmung

Zum künftigen Unternehmensrecht II

Zum Statut einer Europäischen Aktiengesellschaft

Allgemeine Handlungsfreiheit und Unternehmensrecht

Vereinbarkeit des Gesetzentwurfes der Bundesregierung zur Mitbestimmung mit dem Vertrag mit den USA vom 29. 10. 1954

insbesondere: Inländerbehandlung und Meistbegünstigung

Zum Mitbestimmungs-Vorschlag des Europäischen Parlamentes

Zum künftigen Unternehmensrecht

Ich füge hinzu, daß ich regelmäßig nach Brüssel reiste, um in den EG-Fragen auf dem laufenden zu bleiben. Herr Haferkamp, Vizepräsident

der Kommission, kann das - neben anderen - bezeugen.

Das Haus Flick hat nach der „Welt“ vom 18. 10. 84, S. 8, bestätigt, daß die Kanzlei Paul „erhebliche Leistungen erbracht“ habe, daß „das Honorar an die Kanzlei nichts Außergewöhnliches“ sei, zumal es „in der Firma nur einen Juristen gegeben“ habe, sei also notwendigerweise ständig „auf Rechts- und Steuerberatungen fremder Kanzleien“ habe „zurückgreifen“ müssen.

Mein Entgelt von der Praxis für meine Arbeit gestaltete sich nach unserem Vertrag entsprechend meiner Arbeit. Nachdem ich am 20. 1. 77 zum Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages gewählt war, verminderte ich meine Arbeit in der Kanzlei. Den Vorsitz im Wirtschaftsausschuß legte ich Mitte Februar 1979 nieder - wegen eines Rückenleidens. Ich übernahm die Arbeit eines Kolumnisten.

Zur Frage b), ob ich von der Firma Flick Geld bekommen hätte:

Nein.

Ich arbeitete in der Praxis Dr. Paul und für die Klienten dieser Praxis im Auftrage Dr. Paul. Ich wurde aus den Gesamteinnahmen der Praxis honoriert. Natürlich wußte ich, soweit es mich anging, welche Klienten diese Praxis hatte.

Mir war bekannt, daß die Praxis einen Vertrag u. a. mit der Firma Flick hatte. Von den leitenden Herren dieser Firma, die ich alle schon vorher kannte, habe ich die Herren Flick, Kaletsch, von Brauchitsch von Zeit zu Zeit und Herrn Paefgen regelmäßig getroffen - wie andere Klienten auch.

Zur Frage c), ob ich von Verträgen der Kanzlei Paul mit dieser oder anderen Firmen gewußt hätte:

Natürlich, soweit es mich anging.

Zur Frage d), ob das Honorar der Firma Flick an die Kanzlei Paul in der Summe identisch sei mit der Vergütung, welche ich von der Kanzlei bezog und versteuerte:

Nein.

VI. Ich betone: Nie war ich - Gott Dank - ein „Sozialfall“. Als Ministerialrat a. D., als Bundesminister a. D. und als Autor gab es solche Probleme für mich glücklicherweise nicht.

VII. Mir wird vorgehalten, mich nicht rechtzeitig publizistisch gewehrt zu haben. Allein gegen so viele und aus mir unbekannten Akten - das ist schon schwierig.

Hier meine drei öffentlichen Erklärungen:

1. „Welt am Sonntag“ vom 7. Oktober 1984

2. „Bild-Zeitung“ vom 15. Oktober 1984

3. Erklärung für ARD und ZDF vom 22. Oktober 1984

VIII. Ich habe die Fragen, die mir bekannt und öffentlich gestellt wurden, beantwortet. Ich bin bereit, alle weiteren Fragen von öffentlichem Interesse zu beantworten, soweit sie mit dem Beweissthema und dem Beweisbeschuß zusammenhängen.

Das Hauptquartier ist ein Hotel in Baalbek

Über die innere Struktur der schiitischen Terrororganisationen ist im Westen wenig bekannt. In der zweiten Folge der Artikelreihe über den Terror der Shia wertet der Autor die Erkenntnisse und Analysen der westlichen Geheimdienste über den sogenannten „Islamischen Heiligen Krieg“ aus.

Von ROLF TOPHOVEN

Kommandeur des militärischen Arms der Bewegung Musawis ist Abu Yahya, seine rechte Hand Scheich Gharab Harb. Er gilt als Agent der „Iranischen revolutionären Garden“ in Libanon. Der Scheich wird auch als der „Ayatollah der Selbstmörder“ bezeichnet. Er indoktriniert die Kommandos, bevor sie für Allah den Märtyrertod sterben.

Die unter dem Decknamen „Islamischer Heiliger Krieg“ Versammelten unterliegen keiner hierarchischen Struktur. Es handelt sich um ein Reservoir von potentiellen Terroristen verschiedener Herkunft. Dazu gehören unter anderem Hunderte von libanesischen Schiiten sowie bis zu 500 iranische Revolutionsgardisten, die nach dem Ausbruch des Libanon-Krieges im Sommer 1982 von Damaskus in das Land einrückten.

Musawis Hauptquartier liegt im al-Khawam-Hotel in Baalbek - im syrisch besetzten Teil Nordlibanons. Baalbek gilt seit längerem als Hochburg radikaler schiitischer Kräfte. In unmittelbarer Nachbarschaft Baalbeks werden auch die Kommandos ausgebildet. Die Waffen kommen aus Syrien und Iran. Hussein Musawi unterhält auch enge Kontakte zu den Anführern dieses Schiitenführers im Großraum Beirut ist das palästinensische Flüchtlingslager Burj al-Barajneh.

Eine andere nicht unbedeutende Gruppe im Spektrum der libanesischen Shia ist die „Hizb Allah“ (Die Partei Gottes). Auch ihr Credo folgt radikaler islamischer Ideologie. Der Kern dieser Gruppierung spaltete ebenfalls von der ursprünglichen „Amal“-Bewegung ab. Mitglieder dieses Kadres haben sich in der Vergangenheit besonders als Hecken-schützen auf US-Soldaten in Beirut hervorgetan.

Chef der „Hizb Allah“ ist Abbas Musawi, ein Verwandter des „Amal al-Islami“-Führers Hussein Musawi. Die „Partei Gottes“ zählt einige hundert Mitglieder - jene zitierten den Koran und nennen sich „Soldaten Gottes“. Die Hauptquartiere dieses Kommandos liegen ebenfalls in Baalbek, wo demnach auch enge Kooperation mit den „Iranischen revolutionären Garden“ gepflegt wird.

Die sogenannte „Studenten-Assoziation“ ist die letzte Formation innerhalb radikaler Schiiten in Libanon, die Erwähnung verdient. 1970 vom Imam Musa Sadr als ein Sammelbecken für schiitische Hochschülerbevolkungen in Beirut gegründet, löste sich auch diese Gruppe von der „Amal“-Bewegung, als der Einfluß Khomeinis innerhalb der Schiiten Libanons anwuchs. Fortan verfolgte die „Studenten-Assoziation“ einen strammen pro-iranischen Kurs.

Über ihren Führer ist relativ wenig bekannt: Scheich Mohammed Hussein Fadlallah, ein religiöser Lehrer der Schiiten in den südlichen Vororten Beiruts. Fadlallah wird in man-

chen Publikationen auch als Chef der „Hizb Allah“ ausgegeben.

Westlichen Nachrichtendiensten fiel sein Name erstmals im Umfeld der Recherchen über das Bombenattentat vom Oktober letzten Jahres gegen das Hauptquartier der Marines auf. So soll Fadlallah in der Nacht vor der verheerenden Explosion die beiden Selbstmörder in seiner Moschee empfangen, sie gesegnet und ihnen die baldigen Freuden des Paradieses versprochen haben.

Der Einfluß Khomeinis liegt jedoch nicht nur über den bisher erwähnten radikalen schiitischen Kreis in Libanon, auch im Lande seines Todeslandes, des irakischen Präsidenten Sadam Hussein, scheinen schiitische Kader im Banne des Ayatollah zu stehen. Seit Ausbruch des Golfkrieges zwischen Irak und Iran warten die Ayatollahs in Teheran auf das Übergreifen ihrer revolutionären islamischen Parolen auf die schiitischen Bevölkerungsteile in Irak. Doch der erhoffte Erfolg blieb bis heute aus. Die Schiiten Iraks schlüpfen nicht in die Rolle einer „Fünften Kolonne“ gegen das Regime Sadam Husseins.

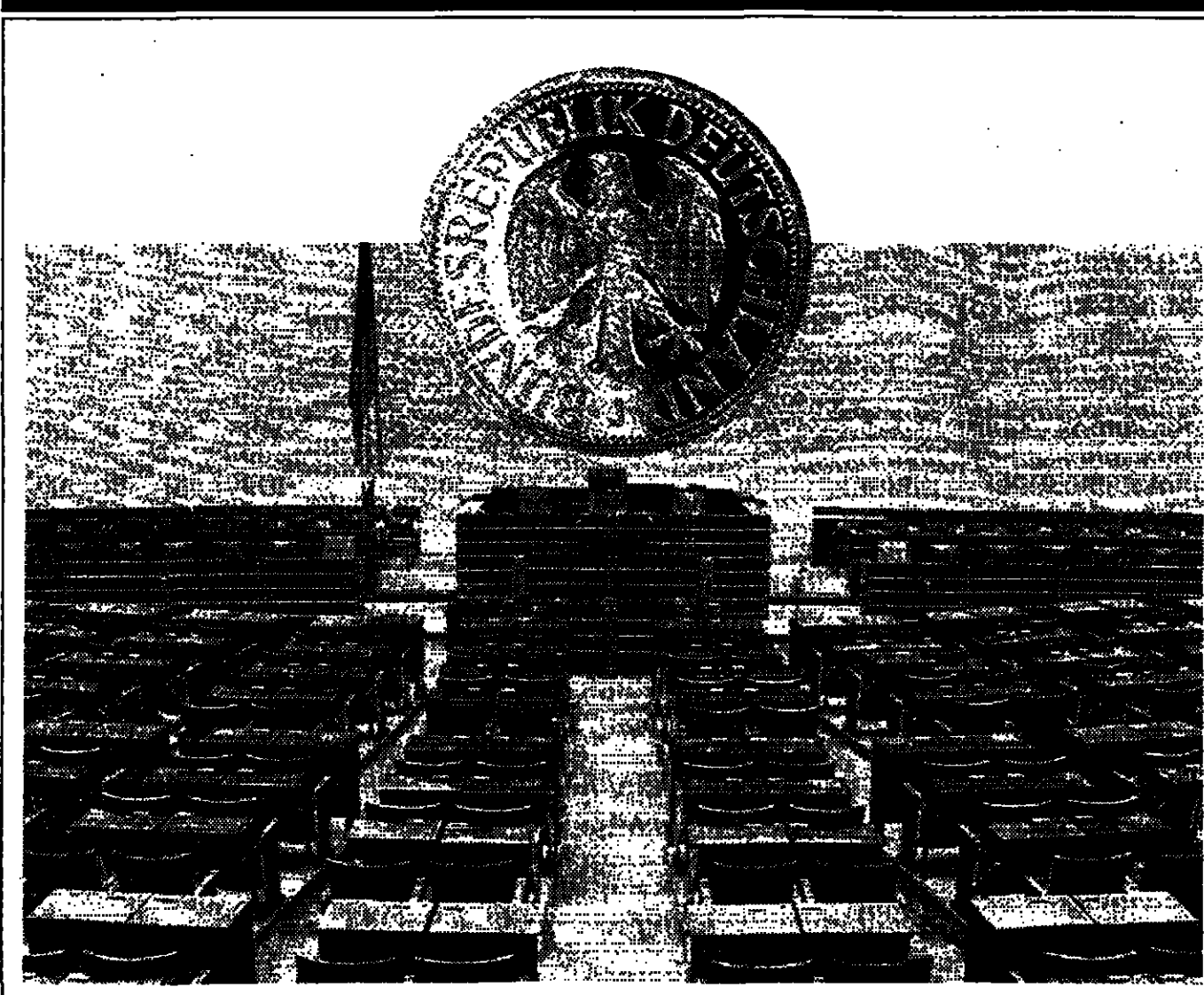
Dennoch existiert bereits seit einiger Zeit in Irak eine geheime, auf Khomeini eingeschworene fundamentalistische Shia-Organisation: die Gruppe „al-Dawa“ (Der Ruf zum Hl. Krieg). Internationale Fachleute differenzieren jedoch, wenn sie eine Bewertung dieses Kadres vornehmen. Manche gilt diese Geheimorganisation zu einem Teil nur als „Namensgeber“ für Terroraktionen, die unmittelbar von Teheran ausgehen.

„Al-Dawa“ übernahm für verschiedene Anschläge in der Vergangenheit die Verantwortung - unter anderem für den Bombenanschlag gegen die Botschaft Iraks in Beirut vom Dezember 1981. Im März 1982 flogen in Irak 30 Munitionstransporter in die Luft. Als Akteure hinter dieser Tat nannten iranische Quellen die Gruppe „al-Dawa“. Ebenfalls 1982, im Juli, schrieben iranische Kreise dem „al-Dawa“-Kommando einen Anschlag auf das Leben des irakischen Staatspräsidenten zu.

Der Name dieser Gruppe wurde weiterhin bemüht bei der Übernahme der Verantwortung von Bombenexplosionen im Dezember letzten Jahres in Istanbul und Ankara (hier Anschlag gegen die irakische Botschaft) sowie bei einer Autobombe, die in der Nähe amerikanischer und französischer Einrichtungen in Izmir entschärft wurde.

In das von Teheran anscheinend perfekt betriebene Spiel mit Tarnnamen und -organisationen zwecks Verschleiierung der wahren Hintermänner bei Terroroperationen paßt auch noch ein anderes, im Westen kaum bekanntes Ereignis. Anfang Dezember 1983 meldete Radio Teheran, zwei Bombenautos mit je 200 Kilogramm Sprengstoff seien, von Selbstmord-Kommandos gesteuert, im Hauptquartier des irakischen Sicherheitsdienstes und in einem Militärcamp im Zentrum Bagdads explodiert. Dabei sei das Gebäude des Sicherheitsdienstes völlig zerstört worden. Zugeworben wurde diese Aktion einer irakisch-schiitischen Gruppe mit dem Namen „al-Amal al-Islami“. Bis heute liegen weder über die Täter, den Anschlag, noch über die Identität der Terrortruppe verläßliche Informationen vor.

Lesetip der Woche



Der Fall Rainer Barzel

Zum Thema der Woche diese Woche in der ZEIT:

Theo Sommer: „Die Ehrenwerte Gesellschaft von Bonn“ + + + Wolfgang Hoffmann, Professor Heino Kaack: „Pfründen, Freunde und Mandate - das Bonner Selbstversorgungs-System“ (ZEIT-Dossier) + + + Gunter Hofmann: „Das Tagebuch der Enthüllungen“ + + + Nina Grunenberg vom CSU-Parteitag: „Über Barzel kein einziges Wort“

Wir reden vielleicht etwas
weniger über Sicherheit.
Dafür nehmen wir sie um so
ernster.



**Das Beste an Sicherheit
ist bei keiner Alternative
so selbstverständlich
wie bei BMW:**

**ABS in Serie beim M 535i,
628CSI, 635CSI, M 635CSI,
728i, 732i, 735i, 745i.**

Die großen BMW: An der Spitze einfach die konsequentere Alternative. Besonders wenn es um Sicherheit geht, international sind BMW Automobile erste Wahl für Fahrerpersönlichkeiten, die nicht nur die exklusive Ausstrahlung eines Automobils beurteilen können, sondern auch das, was diesen Anspruch rechtfertigt. Gerade aus diesem Grunde ist BMW weltweit außerordentlich erfolgreich. Denn immer mehr Käufer messen wahre Spitzenklasse an dem, was sie wirklich bietet: Status durch Fortschritt, nicht statt. Das gilt auch für die Sicherheit.

BMW – Schrittmacher auch bei der Sicherheit.
Zum Beispiel: Kein anderer Hersteller setzt so konsequent ABS in Serie ein.

BMW war einer der Mitentwickler des Anti-Blockier-Systems. Und heute ist ABS bei BMW nicht nur in jeder Baureihe auf Wunsch erhältlich, sondern in rd. 40% aller angebotenen BMW Modelle bereits serienmäßig eingebaut: M 535i, 628 CSI, 635 CSI, M 635 CSI, 728i, 732i, 735i, 745i. Für Kenner der Automobilszene ist diese Konsequenz ein weiterer Beleg für den BMW Anspruch, führend in der Welt die faszinierenden Möglichkeiten der Mikro-Elektronik im Automobil zu nutzen.

ABS Anti-Blockier-System: Bremssicherheit der höchsten Klasse.

ABS arbeitet präziser, effektiver und fehlerloser als jeder Mensch es könnte und verhindert unter allen Umständen absolut sicher das Blockieren der Räder beim Bremsen. ABS verhindert dadurch Schleudern selbst bei extremen Notbremsungen, auch auf problematischen Fahrbahnoberflächen. Mit ABS ist es möglich, auch in Kurven voll zu bremsen. Die Lenkfähigkeit bleibt erhalten, so daß bei

Notbremsungen Lücken zwischen Hindernissen genutzt werden können. Durch die optimale Ausnutzung der bestehenden Kraftschlußbeiwerte für jedes einzelne Rad wird zudem der bestmögliche Bremsweg erreicht.

Wirklich umfassende Sicherheit entsteht erst durch technische Konsequenz. Beispiel: ABS und aktive Check-Control bei BMW.

Der Bremsweg von Fahrzeugen, die mit ABS ausgerüstet sind, kann zum Teil deutlich kürzer sein. Eine der wichtigsten Voraussetzungen, Auffahrunfälle von nachfolgenden Fahrzeugen zu vermeiden, ist deshalb das Funktionieren der Bremsleuchten. Doch wie häufig sieht man selbst bei anspruchsvollen Fahrzeugen funktionsuntüchtige Brems- und Rücklichter.

Bei BMW gibt es deshalb eine außerordentlich wertvolle Ergänzung des ABS: die aktive Check-Control. Sie überprüft 7 wichtige Fahrzeugfunktionen und zeigt Störungen, etwa der Bremslichter oder Heckleuchten, sofort an.

Sicherheit ist zum einen Technik. Und zum anderen Konsequenz. Beides geht bei BMW etwas weiter – zu Ihrem Vorteil.



Washington gibt Einwände gegen EG-Politik auf

Co. Bonn

Die amerikanische Regierung hat anfängliche Bedenken gegen eine politische und wirtschaftliche Kooperation zwischen den Staaten der Europäischen Gemeinschaft und Zentralamerika aufgegeben. US-Außenminister George Shultz erklärte nach Bonner Angaben bei einem Essen mit den Botschaftern der EG-Partner in Washington, die europäisch-mittelamerikanische Außenministerkonferenz von San José (Costa Rica) Ende September sei aus der Sicht der Vereinigten Staaten sinnvoll und nützlich gewesen.

Der mexikanische Außenminister Bernardo Sepúlveda hat der Bundesregierung in einem Brief an Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher für die Unterstützung der Friedensbemühungen der Contadora-Staaten (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela) gedankt. Das Treffen in San José habe den Wert diplomatischer Zusammenarbeit in einer für Mittelamerika besonders krisenhaften Zeit bewiesen. Die Verbindung mit der EG sollte auf politischer Ebene aufrechterhalten werden, meinte Sepúlveda.

Ähnlich positiv haben sich, wie aus dem Bonner Auswärtigen Amt bekannt wurde, in der Zwischenzeit auch andere Teilnehmer der Konferenz von San José geäußert. Das Treffen habe bewiesen, daß die Vermittlerrolle Europas in Zentralamerika erstarrte Fronten auflösen könne.

Appel Mitterrands an Großbritannien

ft, London

Frankreichs Staatspräsident Mitterrand hat Großbritannien aufgefordert, mehr zur Stärkung und Einheit Europas beizutragen. Am zweiten Tag seines Staatsbesuches in Großbritannien sprach Präsident Mitterrand in der Royal Gallery von Westminster vor beiden britischen Parlamenten, dem Unterhaus und dem House of Lords. Diese Rede ist zuvor nur wenigen Staatsgästen zuteil geworden, zuletzt US-Präsident Reagan. Als einziger deutscher Staatsgast hat Willy Brandt eine Rede vor den Mitgliedern von Unter- und Oberhaus gehalten.

Mitterrand wies darauf hin, wie sehr Europa auf die starke Mitarbeit Großbritanniens angewiesen sei. Dies gelte nicht nur für eine solide Verteidigungsbeziehung, sondern auch für das Ziel der politischen Einheit Europas. Frankreich und Großbritannien sollten auf vielen Gebieten, nicht zuletzt auf dem Technologie- und Wirtschaftsbereich, zusammenarbeiten. Außerdem richtete er einen feierlichen Appell an die Großmächte, die Abrüstungsverhandlungen wieder aufzunehmen. Mitterrand sagte: „Auf allen Gebieten der Rüstung, der Langstrecken- wie Mittelstreckenwaffen, eventuell auch bei neuen Weltraumwaffen oder chemischen Waffen, überall ist es dringend, die Gespräche wieder aufzunehmen, die Situation zu vergleichen, und auf der Basis von Kompromissen und gegenseitiger Kontrolle echte Abkommen zu schließen.“

Keinerlei Konzessionen machte der sozialistische Präsident an die Labour-Partei und deren Programm der einseitigen Abrüstung. Er verwies vielmehr auf den Druck auf die Notwendigkeit der Rüstung zur Verteidigung Frankreichs und Europas. Im Anschluß an seine Rede traf sich Mitterrand zu einem Mittagessen mit Premierminister Thatcher. Dabei erörterten sie Probleme der Terrorismusbekämpfung, gemeinsame Wirtschaftsprjekte und am Rande auch Möglichkeiten für den Bau eines Kanal-Tunnels.

Spanien sucht Stärkung im europäischen Lager

González klärt seine Haltung in der NATO-Frage

ROLFGÖRTZ, Madrid

Das spanische Volk wird im Februar 1986 im Rahmen eines Referendums „über die Form seines Beitrags“ zur Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft, der es seit 1982 angehört, abstimmen. Dies kündigte der spanische Ministerpräsident Felipe González in seinem Bericht zur Lage der Nation vor den Cortes, dem spanischen Parlament, an. Die Mitgliedschaft selbst soll nicht in Frage gestellt werden.

Mit einem Zehn-Punkte-Programm beendete der Chef der sozialistischen Regierung die bisherige Ungeklärtheit in Verteidigungsfragen der konfusen Außenpolitik seiner Regierung. González: „Spanien gehört dem Atlantischen Bündnis an und beteiligt sich an seinen Organen.“ Allerdings: Die Eingliederung in die militärische Struktur der NATO ist nach Meinung des Regierungschefs nach wie vor „nicht nötig“. In diesem Widerspruch drückt sich der Wunsch nach einem ausreichenden Spielraum gegenüber der Anti-NATO-Front in seiner eigenen Partei aus. Es fiel auf, daß der linke Flügel der sozialistischen Fraktion ihrem Partei- und Regierungschef nach seinem Bericht zur Lage keinen Beifall zollte.

Das Zehn-Punkte-Programm zur Verteidigungspolitik läßt außerdem den Wunsch Spaniens nach einer Stärkung seiner Position im europäischen Lager erkennen. González sucht Anschluss an die Westeuropäische Union (WEU). Die stärkere Bindung an Europa soll offensichtlich nach und nach das bisherige Rückgrat spanischer Außenpolitik, das

Verteidigungsabkommen mit den Vereinigten Staaten ersetzen. González schlug vor, bei einer Änderung des spanisch-amerikanischen Verteidigungsabkommens von 1982 und 1983 die „Gegenwart von Streitkräften und ihrer Hilfseinrichtungen“ abzubauen.

Zum erstenmal auch für eine breite Öffentlichkeit sichtbar nahm der Oppositionssprecher, der Chef der Bürgerlichen Volksallianz (AP), Fraga Iribarne, die Gelegenheit zu einer brillanten Replik wahr. Bei Halbzeit der sozialistisch diktierten Legislaturperiode bot er die bürgerliche Opposition als eine klare Alternative zur derzeitigen Regierung an. Fraga Iribarne kontierte den optimistisch bis triumphalistisch gehaltenen Bericht des Regierungschefs mit konkreten Zahlen der OECD. Danach habe die Regierungspartei ihre Versprechen nicht annähernd erfüllen können. Statt mehr Arbeitsplätze zu schaffen nehme die Zahl der Arbeitslosen ständig zu und erreichte 2,7 Millionen. Fraga: „Wir stehen heute schlechter da als vor zwei Jahren.“

Den Vorschlag von Regierungschef González, auf parlamentarischer Ebene einen Konsensus in der Außen- und Verteidigungspolitik anzustreben, begrüßte der Oppositionssprecher. „Wir machen allerdings nur dann mit, wenn ein solcher Konsensus auch in der stark umstrittenen Erziehungspolitik möglich ist: Die Erziehung geriet zwischen die Fronten eines ideologischen Kampfes. Sie soll offenbar dem Einheitsmonopol unterworfen werden, das schon jetzt das staatliche Fernsehen beherrscht.“

Blüm: „Die Renten sind gesichert.“

Erhöhung der Beitragssätze morgen im Bundestag/Kabinetts billigt Koalitions-Kompromiß

PETER JENTSCH, Bonn

Das Bundeskabinett hat gestern das von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in Abstimmung mit Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg vorgeschlagene Rentenpaket beschlossen. Eine Entscheidung drängte insbesondere in der Frage der Beitragssatzerhöhung, da nach jüngsten Schätzungen den Rentnern Ende des Jahres ein Defizit in Höhe von etwa 2,8 Milliarden Mark droht. Die Rentenversicherer erwarten Ende Dezember Einnahmen von 157,2 und Ausgaben in Höhe von 160 Milliarden Mark.

Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP hatten sich zuvor auf einen Kompromiß zur Zahlungsfähigkeit der Rentenversicherung sowie auf die Gesetzentwürfe zur Neuordnung der Hinterbliebenenrenten, zur Einführung des „Babyjahres“ und zur Verlängerung des Bezuges von Arbeitslosengeld geeinigt.

Der Kompromiß zur Veränderung der Beitragssätze, der von den Koalitionsfraktionen unverzüglich als Initiativantrag im Bundestag eingebracht und morgen in erster Lesung behandelt werden soll, sieht vor:

– Der Beitragssatz zur Rentenversicherung soll von Januar 1985 an um 0,2 Prozentpunkte auf 18,7 Prozent des Bruttoarbeitsverdienstes angehoben und

– der Beitragssatz der Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte auf 4,4 Prozent gesenkt werden.

– Gleichzeitig sollen die Höchstzeiten für den Bezug des Arbeitslosengeldes nach mindestens sechsmonatiger Beitragsleistung und wenn der Arbeitslose das 49. Lebensjahr vollendet hat, um ein halbes Jahr auf 18

Monate verlängert werden. Die Regelung ist bis 1989 befristet.

Die geplante Beitragserhöhung der Rentenversicherung verbessert ihre Einnahmen um etwa 1,3 Milliarden Mark. Ein Defizit aber bleibt. Denn die Schwankungsreserve wird Ende November mit etwa 6,5 Milliarden Mark ihren Tiefpunkt erreichen und erst im Dezember durch die verstärkte Einbeziehung der Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld) in die Beitragspflicht um gut fünf Milliarden auf 11,6 Milliarden Mark steigen. Da der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung 1984 in Höhe von 24,2 Milliarden Mark bis auf einen Rest von 290 Millionen Mark bereits gezahlt wurde, bleibt unter dem Strich ein Liquiditätsengpaß. Hier will Bundesfinanzminister Stoltenberg die Rentenversicherung mit zinslosen Betriebsmittelkrediten über die Hüden helfen. Dazu Blüm: „Die Renten sind sicher.“

Die Bundesanstalt für Arbeit verliert durch die geplante Beitragssatzerhöhung in Höhe von 1,3 Milliarden Mark. Dem steht freilich im kommenden Jahr ein Überschuß der Anstalt von 1,5 Milliarden Mark gegenüber. Die vorgesehene Verlängerung des Bezuges von Arbeitslosengeld um sechs Monate kostet die Bundesanstalt jedoch jährlich etwa eine Milliarde Mark.

Die Verschiebung der Lasten zwischen Renten- und Arbeitslosenversicherung soll die nötigen Mittel zur Finanzierung des „Babyjahres“ beschaffen, das in den ersten fünf Jahren jährlich etwa 140 Millionen Mark kosten wird. Nach Auffassung Stoltenbergs muß die Finanzierung nach diesem Zeitraum – dann kostet das

„Babyjahr“ jährlich etwa drei Milliarden – durch die angestrebte große Rentenreform gesichert werden.

Nach den Plänen Blüms sollen Frauen, die nach 1920 geboren sind, von 1986 an je Kind ein Erziehungsjahr mit 75 Prozent des durchschnittlichen Einkommens angerechnet erhalten. Das gilt allerdings nur für Frauen mit eigenem Rentenanspruch, den sie auch durch freiwillige Beiträge oder durch Beitragsnachrichtung erreichen können. Auf Witwenrenten wird das „Babyjahr“ nicht angerechnet. Bundesarbeitsminister Blüm betonte in Bonn: „Wir können nicht die Ungerechtigkeiten der Vergangenheit auf einen Schlag lösen. Es ist sicher, daß gerade ältere Rentnerinnen nicht leicht verstehen, daß die Erziehungsjahre nur für Frauen gelten, die nach Inkrafttreten des Gesetzes 65 Jahre alt werden.“

Zum Rentenpaket gehört auch die vom Bundesverfassungsgericht bis 1984 vorgeschriebene Reform der Hinterbliebenenversorgung. Nach Blüms Anrechnungsmodell sollen künftig Witwer und Witwen in den Genuss dieser Rente kommen, wobei jedoch 40 Prozent eigener Einkommen, die 900 Mark übersteigen, auf die Zahlung angerechnet werden. Unter der Bedingung der Kostenneutralität nannte Blüm diese Lösung das „frauenfreundliche aber diskretionäre Modell“. Es stärke zugleich das Versicherungsprinzip, denn die im geltenden Rentenrecht bestehende Unterscheidung zwischen der Lohnersatzfunktion der Versichertenrente und der Unterhaltersatzfunktion der Hinterbliebenenrente werde konsequent auf Frauen wie Männer angewandt.

Franke für höhere Zahlung an Arbeitslose

rt, München

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, hat eine Verlängerung und Aufstockung der Zahlungen an die Arbeitslosen vorgeschlagen. Franke sagte im Münchner Presseclub, außer einer Verlängerung des Arbeitslosengeldes von zwölf auf bis zu 18 Monate sollte anschließend – noch vor dem Beginn der erheblich niedrigeren Arbeitslosenhilfe – ein sogenanntes „Arbeitslosengeld zwei“ zwischengeschaltet werden. Es solle vier bis sechs Monate lang gewährt werden und in seiner Höhe in der Mitte zwischen dem normalen Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe liegen.

Die Verlängerung des Arbeitslosengeldes und die Einführung des „Arbeitslosengeldes zwei“ würde, so Franke, 1,9 bis zwei Milliarden Mark pro Jahr kosten. Da die Bundesanstalt für 1985 einen Überschuß von 1,5 Milliarden Mark erwarte, müßte der Bund also noch etwas zuzahlen.

SPD sagt nein zu Wörners Konzept

dpa, Bonn

Die Sozialdemokraten haben die Bundeswehrplanung von Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU), in deren Mittelpunkt die Verlängerung der Wehrdienstzeit um drei Monate, und der Krastzeit um fünf Monate steht, abgelehnt. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke sagte, nach eingehender Beratung habe die SPD-Fraktion auch beschlossen, dem Verteidigungshaushalt 1985 nicht zuzustimmen. Ehmke bezeichnete die Rüstungsplanung als „unseriös“. Die Vorstellungen von Wörner seien „nicht annähernd zu finanzieren“.

Zu den Ausführungen Ehmkes sagte der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Willy Wimmer, mit ihrer Ablehnung der Planung Wörners für das kommende Jahrzehnt habe die SPD der eigenen Politik zu Zeiten ihrer Regierungsverantwortung „im nachhinein ein vernichtendes Urteil ausgestellt“.

„Zu keiner Zeit Geld von Flick“

DW, Bonn

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Herbert Ehrenberg, Hans-Jürgen Jungblaus, Konrad Porzner und Peter Reuschenbach haben erklärt, zu keinem Zeitpunkt „von Flick oder einem seiner Unternehmen direkt oder über Dritte Zahlungen oder andere Zuwendungen in irgendeiner Höhe“ erhalten zu haben. Sie reagierten damit auf einen WELT-Bericht über eine dem Untersuchungsausschuß vorliegende Liste des ehemaligen Flick-Buchhalters Diehl. Darin waren auch Zahlungen des Unternehmens an die vier SPD-Politiker vermerkt worden.

Verbesserung für Alleinerziehende?

dpa, Bonn

CDU/CSU und FDP wollen die Steuererleichterungen für die rund 900 000 alleinerziehenden Mütter und Väter erneut ändern. Wie die Deutsche Presse-Agentur (dpa) bei der öffentlichen Anhörung zum Steuerbereinigungsgesetz 1985 vor dem Finanzausschuß des Bundestages erfuhr, soll bis Ende November eine Lösung gefunden werden, die der ersten Gesetzgebung des Finanzministeriums vom Januar dieses Jahres teilweise entspricht und den Forderungen der Alleinerziehenden näher kommt.

El Salvadors Armee verliert einen ihrer besten Offiziere

Monterrosa bei Absturz getötet / Abschluß durch Rebellen?

DW, San Salvador

Vier hohe salvadorianische Offiziere sind nach Angaben eines Armeesprechers beim Absturz eines Hubschraubers ums Leben gekommen. Unter den insgesamt 14 Toten befinden sich zwei Oberste und zwei Majore, darunter auch Oberst Domingo Monterrosa, der als Befehlshaber der 3. Brigade das wichtigste militärische Kommando des Landes führte.

Der Krieg geht weiter, sagte Oberst Domingo Monterrosa, als er vergangene Woche nach den Friedensgesprächen in La Palma mit 2300 Soldaten eine Offensive in der Guerilla-Provinz Morazan startete. „Ich habe nichts von einem Waffenstillstand gehört. Manchmal muß man einen Krieg führen, um den Frieden zu erreichen.“

Es sollte die letzte Operation Monterrosas sein: Der Oberst kam bei dem Hubschrauberabsturz in Morazan ums Leben. Die salvadorianischen Streitkräfte haben ihren besten Offizier verloren.

Die erste Nachricht vom Schicksal Monterrosas verbreitete der Rebellenführer „Radio Venceremos“. Partisaneneinheiten hätten seinen Hubschrauber nach dem Start in der Ortschaft Jateca – 200 Kilometer nördlich der Hauptstadt – abgeschossen, hieß es. Neben ihm seien noch „andere Kommandanten der Diktatur“ getötet worden.

Oberst Ricardo Cienfuegos, Sprecher der salvadorianischen Streitkräfte, bestätigte später den Tod Monterrosas. Aus anderen Kreisen der Militärs wurde bekannt, daß auch drei weitere Elite-Offiziere ums Leben kamen. Cienfuegos führte die Absturzursache auf einen mechanischen Fehler des Hubschraubers zurück.

Nach Angaben aus militärischen Kreisen bedeutet der Tod der vier

Elite-Offiziere einen schweren Rückschlag für die Armee: Das salvadorianische Oberkommando habe ebenso wie die beratenden US-Offiziere in ihnen Schlüsselfiguren bei dem Versuch gesehen, die Schlagkraft der schlecht ausgebildeten Armee zu verbessern.

Domingo Monterrosa, 44, galt als der erfahrenste und draufgängerischste Offizier der Regierungstruppen. Er ist als Kommandeur des „Atlacatl“-Bataillons bekannt geworden und hatte im vergangenen Jahr den Kommando-Posten der Schlüsselprovinz San Miguel übernommen. Seither sind die Partisanen der „Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí“ (FMLN) in den strategisch wichtigen Ostgebieten langsam in die Defensive gedrängt worden.

Der salvadorianische Staatschef José Napoleón Duarte zeigte sich über den Tod Monterrosas „konsterniert“. Dieses sei ein eindeutiger Beweis, daß die FMLN „den Frieden nicht will“, erklärte er gegenüber der französischen Nachrichtenagentur AFP. Der Anschlag werde die Bemühungen um Frieden in El Salvador aber nicht zunichte machen.

Bei den Operationen in Morazan wollte Monterrosa Rebellenführer gefangennehmen, unter ihnen Joaquín Villalobos, den Chefkommendanten der FMLN-Truppen. Dieser steuert seit Jahren den Guerilla-Krieg von einem geheimen Hauptquartier im Norden Morazans aus. Der Oberst starb zu einem Zeitpunkt, als die Regierungstruppen eindeutig das Kriegsgeschehen diktierten. Den Rebellen gelang seit Monaten keine spektakuläre Aktion mehr. Zudem verstärkte die Reagan-Regierung nach der Wahl Duartes ihre Militärhilfe. Die Zahl der Kampftruppen wird sich von 18 auf 43 Ende des Jahres erhöhen.

Alfonsin fordert Hilfe von den Europäern

ht, Straßburg

Der Staatspräsident von Argentinien, Raúl Alfonsín, hat gestern vor dem Europäischen Parlament in Straßburg an die Bereitschaft der EG appelliert, Wohlfahrt, Gerechtigkeit und Demokratie in seinem Lande sichern zu helfen: Lateinamerika und die Industrieländer Europas sollten in einen „kreativen“ Dialog eintreten, um zu verhindern, daß sich die Probleme Iberoamerikas weiter verschärfen. Alfonsín, der auch die 45-Milliarden-Dollarschuld seines Landes besprach, empfahl in seiner Ansprache Assoziierungsabkommen und „ein Netz regelmäßiger und systematischer Konsultationen“.

Parlamentspräsident Pflümlin eröffnete die Sitzung mit der Bemerkung, das Hohe Haus begrüße Alfonsín als den Staatsmann, „der in Argentinien die Demokratie wieder eingeführt“ hat. „Wir haben in den vergangenen Jahren häufig mit schmerzhafter Aufmerksamkeit die Prüfungen verfolgt, von denen Ihr Land heimgekehrt worden ist“, sagte Pflümlin.

Mancher hatte mit einer demonstrativen Geste britischer Parlamentarier gerechnet. Die Einladung war von englischer Seite als unangenehm bezeichnet worden, solange die ehemaligen Falkland-Gegner Großbritannien und Argentinien nicht wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen hätten.

Nur der Abgeordnete aus Ulster, John D. E. Taylor, wagte gestern ein kräftiges Wort: Das Straßburger Parlament solle sich zu schade sein, den Staatsgästen der Franzosen als politischer Zoo herzuhalten.

Alfonsín, auf den das gemünzt war, erwähnte Falkland selbst mit keinem Wort. Er illustrierte Argentinien als „Friedens-Liebe“ an der „Einigung mit Chile im Streit um die Inseln im Beagle-Kanal“.

SPD für „Nachbesserungen“ am Medien-Kompromiß

Bayern droht mit Alleingang: Schmerzgrenze erreicht

GERNOT FACIUS, Bonn

Klaus von Dohnanyi hatte die richtige Ahnung, als er am vergangenen Freitag den Medienkompromiß der Ministerpräsidenten mit der Bemerkung kommentierte: „Wir sind noch nicht am Ende der Weststrecke.“

Die Partei Dohnanyis, die SPD, setzt auf mehreren Schienen zu einer „Nachbesserung“ der Bremerhavener Vereinbarung an, die ein einigermaßen geordnetes Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk sicherstellen soll. Unter „Nachbesserung“ versteht die sozialdemokratische Seite vor allem, den bisherigen Monopolanstalten in den heiklen Fragen der Gebühren und der Werbung weiter entgegenzukommen.

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz forderte gar, das Thema erweiterte Werbung in dem noch zu formulierenden Staatsvertrag abzuschern. „Natürlich können Sie die Rundfunkanstalten sicherstellen durch Gebührenerhöhung, und dann können wir in der Tat auf Werbung in den Dritten Programmen verzichten“, sagte Glotz im Deutschlandfunk. „Wenn das aber mit den Gebührenerhöhungen nicht funktioniert, dann muß irgendwann auf der anderen Seite, also bei der Werbung erhöht werden. Und da werden Festlegungen auf Jahrzehnte und auf Dauer nicht möglich sein, sondern da muß man den Staatsvertrag so formulieren, im Zweifelsfall durch eine Kündigungs Klausel, daß beides wieder offengehalten werden kann.“

Für die unionsregierten Länder ist aber genau in diesem Punkt die „Schmerzgrenze“ wirklich erreicht, wie Staatssekretär Edmund Stoiber (München) sagte. Er verwies auf die Ausweitung der Werbemöglichkeiten für den Westdeutschen Rundfunk (Hörfunk). „Wie sollen Wettbewerb und Konkurrenz entstehen, wenn die zusätzlichen Einnahmemöglichkeiten

ten für Private, die vor allem in der Werbung bestehen, auch noch von den öffentlich-rechtlichen Anstalten besetzt werden“, fragte Stoiber.

Wer an dem gefundenen Beschluß rüttelte, gefährde den mühsam erarbeiteten Einigungsprozeß und trage die Verantwortung für Alleingänge einzelner Länder. Stoiber: „Bayern jedenfalls würde sich zum Beispiel da nicht länger von Hessen oder Nordrhein-Westfalen in seinen medienpolitischen Entscheidungen blockieren lassen.“

Die SPD-Bundestagsfraktion will mit einem Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das niedersächsische Landesrundfunkgesetz vorgehen. Sozialdemokratisches Argument: Auch Privatrecht müsse eine ausreichende Staatsferne aufweisen, und diese sei in Niedersachsen nicht gegeben. Die Einflussmöglichkeit der Landesregierung sei zu groß. SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz verglich diesen Vorstoß mit der Klage der bayerischen Staatsregierung im Zusammenhang mit den Ost-Verträgen. Glotz: „Man erhofft sich Pflöcke vom Verfassungsgericht, und die werden dann, sobald das Verfassungsgericht sie gesetzt hat, von allen Parteien akzeptiert werden müssen.“

Die hessische SPD-Landtagsfraktion gab durch ihren Vorsitzenden Welteke zu erkennen, daß sie unter Umständen dem Beispiel der Grünen folgen wird und einen Staatsvertrag über die künftige Rundfunkstruktur ablehnt, wenn nicht erhebliche Korrekturen vorgenommen werden. Mit der Zustimmung Ministerpräsident Börmers zum Bremerhavener Kompromiß sei „die letzte SPD-Bastion gegen den Kommerzfunk“ gefallen, erklärte die Grünen. Sie finden in der SPD-Fraktion Bundesgenossen.

Wahlkampf:

Ronald Reagans perfekte Show

In knapp zwei Wochen entscheidet sich, ob Ronald Reagan mit 73 noch einmal Präsident der USA wird oder sein 17 Jahre jüngerer Herausforderer Walter „Fritz“ Mondale. Eine Wahl, die auch für uns Deutsche von entscheidender Bedeutung ist.

Deshalb haben QUICK-Reporter zwei Wochen lang Ronald Reagan auf seiner Wahlkampf-Tournee quer durch die Vereinigten Staaten begleitet. Sie waren mit ihm auf engster Tuchfühlung und haben hautnah erlebt, in welcher Verfassung er ist. Und warum ihn so viele Amerikaner so enthusiastisch feiern. Lesen Sie in QUICK, welch perfekte Show er abzieht, um noch mal vier Jahre Weltpolitik machen zu können.

Mädchen als Lustobjekt:

Gabriele Rehak

Ihren Namen kennt nicht jeder, aber jeder hat sie schon mal gesehen: Als das Topmodell Europas warb sie für Autoreifen, Sekt und Creme.

Heute ist sie 35, dreimal geschieden, hat zwei Töchter und – steht hinter der Kamera. Die Fotografin mit den Maßen 92–62–92 sagt über ihre Modelle: „Ein Mädchen ist für mich ein wunderschönes Lustobjekt, ein erotisches, sinnliches Wesen ...“

In QUICK verrät Gabriele Rehak ungeheuer ihre intimsten Gedanken, Gefühle und Erlebnisse. Lesen Sie ihre Lebensbeichte ...



Frauen sind mein Lustobjekt

Aus der Intimsphäre einer Fotografin

Rätselhafte Blutspur durch Deutschland

24. September 1984: Von dem Augsburger Regierungsrat Hartmut Görs und seiner Familie fehlt jede Spur. Da am selben Tag Moskau Top-Spion enttarnt wurde, lag ein Zusammenhang nahe. Aber noch ahnte niemand, daß sich daraus der wohl rätselhafteste und sicher auch raffinierteste Mordfall des Jahres entwickeln würde. Vier Wochen später ist der Kripo klar, Görs' Frau und seine Tochter Stefanie (3) sind auf bestialische Art ums Leben gekommen.

Was passierte? Wo sind Görs und sein Sohn Michael (1) geblieben? Hat Görs tatsächlich seine Familie grausam ausgelöscht?

QUICK-Reporter gingen den vielen unbeantworteten Fragen nach. Und dokumentieren in Wort und bisher unbekannten Bildern diese Familientragödie.

Heute NEU!

Millionen lesen QUICK.

Elektro-Wende

Wb. - Als Sprecher der deutschen Elektroindustrie im Frühjahr 1984 verkündeten, die Branche - seit 1980 von einer guten Million auf 901 000 Beschäftigte (Januar 1984) geschrumpft - sähe gute Chancen für 20 000 Neueinstellungen noch in diesem Jahr, würden sie von verschiedenen Seiten nahezu ausgelacht. Ende August war das Ziel mehr als erreicht: 927 000 Beschäftigte signalisierten 26 000 wiederbeschaffene Arbeitsplätze.

Wer vermutet, daß dieser erfreulichen Zuwachs vor allem auf das Konto der typischen Wachstumszweige im Investitionsgüterbereich der Branche ging, hat durchsicht. 5000 Arbeitsplätze stammten allein aus der EDV-Produktion, 13 700 aus der Nachrichtentechnik, 13 700 aus der Nachrichtentechnik, 13 700 aus der Nachrichtentechnik, 13 700 aus der Nachrichtentechnik.

Da die Unternehmern der Elektroindustrie nicht unvorsichtig sind als ihre Kollegen in anderen Wirtschaftszweigen, also kann neue Mitarbeiter einstellen, wenn nicht nachhaltige Besserung in Sicht ist, muß auch der Markt sich entsprechend entwickeln haben.

Die begünstigten Teilbereiche sind dieselben, die sich mit der Nachfrage am Arbeitsmarkt hervortaten: Die EDV mit einem Zuwachs von 28 Prozent, Nachrichtentechnik

und Anhang mit plus 16 Prozent. Bei den Gebrauchsgütern allerdings ist sich nur wenig. Dennoch: gar so düster, wie Zweckpessimisten sie malen, scheint die wirtschaftliche Gegenwart denn doch nicht auszusehen. Und 26 000 Arbeitsplätze erscheinen zwar nur als Tropfen auf den heißen Stein, sie signalisieren aber nach dreijähriger Talflut eine deutliche Wende.

Zwang-Ende

in (London) - Am 1. November wird endlich ein alter und dazu noch widerwärtiger Zopf britischer Gewerkschaftstradition zwar nicht ganz abgeschnitten, aber doch erheblich gestutzt. Es geht um den sogenannten "Closed shop", also um den Zwang zur Gewerkschaftsmitgliedschaft innerhalb eines Unternehmens, der immer noch weit verbreitet ist. Die neue Gewerkschaftsgesetzgebung der Regierung Thatcher räumt mit diesem höchst undemokratischen Gewerkschaftszwang insofern auf, als künftig alle fünf Jahre Urabstimmungen über die Frage: "Closed shop oder nicht?" abgehalten werden müssen. Nur wenn mehr als 80 Prozent der Mitarbeiter dafür stimmen, darf diese Regelung ein- oder fortgeführt werden. Im anderen Fall kann die Gewerkschaft für jeden aufgrund des Gewerkschaftszwanges entlassenen Mitarbeiter zu Schadenersatz-Zahlungen von bis zu 110 000 Mark verurteilt werden. Es ist zu hoffen, daß diese Engstirnigkeit damit endlich beseitigt ist.

Beitritt auf Raten

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Die EG-Partner sind nun doch daran gegangen, die internen Hindernisse für den Beitritt Spaniens und Portugals aus dem Weg zu räumen. Nach der Einigung über das monatlich hin- und hergewälzte "Mini-Paket" ist die Gemeinschaft nun noch in zwei großen Bereichen in Zugzwang: bei ihrem Angebot über die Eingliederung der beiden Kandidatenländer in die gemeinsame Fischereipolitik und bei den Reformvorschlüssen für den europäischen Weinmarkt.

Offenbar ist das Echo auf die brüskierende Behandlung der Iberischen Länder in der vorletzten Verhandlungsrunde Anfang Oktober in den EG-Hauptstädten nicht ohne Wirkung geblieben. Es mußten einfach Fortschritte gemacht werden, wenn sich die Gemeinschaft nicht allenthalben ummöglich machen wollte. Spaniens Premierminister Felipe Gonzalez hatte die Stimmung in seinem Lande sehr vorsichtig umschrieben, als er in einem Brief an die übrigen Regierungschefs "Skepsis und wachsende Desillusionierung" konstatierte. In Brüssel wurde inzwischen bereits unvorhersehbar darauf hingewiesen, daß die weitere Zugehörigkeit Madrids zur NATO von einer schnellen Lösung der Beitrittsfrage abhängt.

Ein gutes Gewissen haben können indes weder die Unterhändler der EG noch die Spanier. Allzu sehr scheinen nämlich die Bemühungen darauf gerichtet zu sein, Sachprobleme auszuklammern, um das Beitrittsdatum vom 1. Januar 1986 retten zu können. Wie das Kaninchen auf die Schlinge starren die Akteure auf den für Anfang Dezember anberaumten Parteitag der spanischen Sozialisten und die langsam näherrückenden französischen Parlamentswahlen. Je mehr Zeit ins Land geht - so meinen viele Beobachter - um so schwieriger wird sich das Tauziehen um Übergangsregelungen und Schutzklauseln letztlich gestalten.

Auf der einen Seite ist schwer zu sehen, wie sich die Gemeinschaft ohne eine feierliche Terminverpflichtung überhaupt zu Lösungsansätzen für die mit der Süderweiterung verbundenen Probleme hätte durchringen können. Ein Teil dieser Fragen - wie die Überschneidung bei Wein, Olivenöl oder Obst und Gemüse - wird ja durch die Beitrittsverhandlungen nun akzentuiert und nicht neu geschaffen. Auf der anderen Seite versperrt der Terminzwang den Weg für sonst vielleicht

doch noch mögliche Reformen. Die beitragswilligen Länder begeben sich der Chance, in den Verhandlungen ein Optimum an eigenen Interessen durchzusetzen. Schon aus Zeitgründen bleibt ihnen oft keine andere Wahl als die Zustimmung.

Ohnehin wird sich der Beitritt gleichsam auf Raten vollziehen. In den entscheidenden Bereichen nämlich sind so lange Anpassungsfristen vorgesehen, daß der Zeitpunkt der Erweiterung mehr zu einem symbolischen Termin wird als zu einem Datum von großer praktischer Bedeutung. Was macht es, ob die Spanier 1986 oder 1987 am Brüsseler Ratsplatz Platz nehmen können, wenn für ihren Wein oder ihre Oliven der Marktzwang auf absehbare Zeit begrenzt oder versperrt bleibt? Welchen Sinn hat der Beitritt, wenn spanische Fischer bis über das Jahr 2000 hinaus nicht in den begünstigten Gewässern der EG ihre Netze auslegen dürfen?

Die Zukunft mit einer schweren Hypothek belasten, wenn sie der Versuchung nachgibt, die Verhandlungen um jeden Preis zu Ende zu bringen. Schon in der Vergangenheit hat sich die Vorstellung, schwierige Probleme würden sich nach der Erweiterung schon irgendwie lösen lassen, als verhängnisvoll erwiesen.

Elf Jahre nach dem britischen Beitritt krankt die EG zum Beispiel noch immer daran, daß die finanzielle Lastenverteilung unter den Mitgliedsstaaten in keinem vernünftigen Verhältnis zu den Vorteilen festgelegt wurde, die die einzelnen Partner aus der gemeinsamen Agrarpolitik ziehen. Die Griechen bemühten sich nicht einmal ernsthaft um angemessene Beitrittsbedingungen. Die Folge war, daß sie heute ihre Verpflichtungen nur ungenügend erfüllen können. Die Bundesregierung freilich hat sich selbst um die Möglichkeit gebrannt, gründliche Verhandlungen über die Beitrittsbedingungen zu fordern. Schuld daran ist das "Stuttgarter Paket", das alle wichtigen politischen Entscheidungen in der EG miteinander verknüpft. Bonn hat immer wieder klargestellt, daß es den Beschluß über die Aufstockung des Brüsseler Anteils an der Mehrwertsteuer nur dann dem Bundestag zur Ratifizierung vorlegen wird, wenn die Verhandlungen über die Süderweiterung abgeschlossen sind. Bekanntlich geht der Gemeinschaft aber schon jetzt das Geld aus, Gelassenheit mag daher vernünftig sein. Sie verbietet sich, weil die EG funktionsfähig bleiben muß.

STAHLFUSION / Verbindung Klöckner, Krupp mit Australiens Rohstoffriesen CRA

Die deutsche Stahlstruktur soll jetzt tiefgreifend verbessert werden

JOACHIM GEHLHOFF, Düsseldorf
Als „Stahlwerke Krupp-Klöckner GmbH“ soll von Anfang nächsten Jahres an die nach Thyssen zweitgrößte deutsche Stahlgruppe ins Leben treten und Australiens größten Rohstoffkonzern CRA als Mitgesellschafter haben. Nach Unterrichtung ihrer Aufsichtsräte verkündeten die Verwaltungen diesen Plan am Mittwoch in Düsseldorf mit der Erwartung, daß die Bundesregierung ebenso wie bei der vor Jahresfrist gescheiterten Krupp/Thyssen-Stahlfusion das Projekt mit einem „Förderbetrag“ von 500 bis 600 Millionen DM unterstützt.

Dies sei die Fusion zu einem Unternehmen, das im Weltmaßstab technisch und wirtschaftlich in allen wesentlichen Produktlinien „langfristig wettbewerbsfähig bleibt oder wird“. Mit diesem Tenor gaben Krupp-Chief Wilhelm Scheider und Klöckner-Familienchef Jörg A. Henle, flankiert von den Vorstandsvorsitzenden Alfons Gödde (Krupp Stahl AG) und Herbert Gienow (Klöckner-Werke AG), die geplante und für die deutsche Montanwirtschaft spektakuläre Großfusion bekannt.

Die neue Gesellschaft, Verwaltungssitz Bochum, vereint nach diesjährigem Stand neun Millionen Tonnen Rohstahl (gut ein Zehntel weniger als Thyssen und knapp ein Viertel der deutschen Gesamtzeugung), zehn Milliarden DM Umsatz und 43 000 Beschäftigte. Das Eigenkapital beträgt 1,5 Milliarden DM, die Verbindlichkeiten fünf Milliarden DM. Am Eigenkapital sind die Krupp Stahl AG und die CRA Limited mit je 35 Prozent beteiligt, die Klöckner-Werke AG mit 30 Prozent. Die bei Krupp Stahl kleinen und bei den Klöckner-Werken bedeutenden Akti-

tät, was „nach heutigen Erkenntnissen“ den zusätzlichen Abbau von „bis zu 3000“ Arbeitsplätzen bedeuten könnte.

Details zu diesen Kapazitätsschnitten, die bezüglich der Klöckner-Betriebe Georgsmarienhütte (Osnabrück) und Maxhütte-Oberpfalz und des Krupp-Betriebes Wuppertal/Lehrkesen bereits landespolitisch hohe Wellen schlagen, nennen die Fusionspartner noch nicht.

Diese Fusion sei „ein bedeutender Schritt, die Struktur und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Stahlindustrie zu verbessern“. Ergo erwarte man dafür auch die noch ausstehenden Zustimmungen von EG-Kommission, Bundeskartellamt, australischen Behörden sowie der jeweiligen Unternehmens-Aufsichtsräte (bei Klöckner und Krupp auch der Hauptversammlungen).

Hoch schätzen die Fusionspartner den Zutritt von CRA in ihren Bund ein. Der finanzstarke Konzern, der vom reinen Rohstofflieferanten-Status wegstrebt, hat sich bei den Klöckner-Werken seit 1981 bereits mit etwa 200 Millionen DM (vor allem durch Zeichnung von Wandelanleihen) engagiert und mit Klöckner zusammen bisher schon fünf Joint-Venture-Firmen gegründet. Hauptziel dieser CRA-Engagements ist die gemeinsame Weltmarkt-Verwertung von moderner Klöckner-Stahlwerkstechnologie. Auch dafür soll der Dreibund zusätzlichen Schub bringen.

MINERALÖLMARKT

Mit einem Preis-Einbruch wird vorerst nicht gerechnet

HANS BAUMANN, Essen

Auch wenn nach der eilig einberufenen Krisensitzung von sechs Opec-Staaten nach Genf kein genereller Schluß auf die Vollversammlung des Opec-Kartells mit allen 13 Mitgliedern am kommenden Montag gezogen werden kann, so ist sich die Mineralölwirtschaft doch darin einig, daß mit einem Einbruch der Ölpreise nicht gerechnet werden sollte.

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Mineralölwirtschaftsverbandes, Hamburg, Frank Schmidt, warnt in einem Gespräch mit der WELT vor der Erwartung, daß von der kommenden Woche an die Preise für Vergaserkraftstoff in der Bundesrepublik rapide sinken könnten. Die Entscheidung von Dienstag in Genf deute in die Richtung, die Opec mit größter Wahrscheinlichkeit gehen werde: Restriktion der Mengen, um nicht noch größere Einnahmehinbrüche zu erleiden.

Das Energiewirtschaftliche Institut der Universität Köln weist darauf hin, daß die Opec-Einnahmen nach den beiden Preisexplosionen 1973/74 und 1979/80 von 279 1980 auf 160 Mrd. Dollar 1983 zurückgegangen seien. Da nicht zu sehen sei, so der Forscher Heinz Jürgen Schürmann, daß der Mineralölabsatz bis Ende dieses Jahrzehnts deutlich zunehmen würde, eine stärkere Zurücknahme der Rohölpreise lediglich die Einnahmen der Ölförderländer treffen.

Nicht zu übersehen sei allerdings auch, daß die Opec ein „sehr labiles

Abstimmungs-gremium“ sei, „das als alleiniger Stabilisierungsfaktor in jedem Fall überfordert erscheint“. Die Nicht-Opec-Ölländer wie Mexiko und zunehmend auch Großbritannien seien immer deutlicher daran interessiert, den Ölmarkt wieder ins Gleichgewicht zu bringen und einem Preiskollaps „in jedem Fall vorzubeugen“.

Damit ist der Spotmarkt angesprochen, der in den letzten Wochen den Weltölmarkt überschwappte und zu den Preisreduktionen der Engländer und Norweger von 30 auf 28,65 Dollar je Faß (159 Liter) führte. Da Nigeria in der Ölqualität direkt mit Nordseeöl konkurriert, folgte der afrikanische Staat mit einer Preissenkung von 30 auf 28 Dollar.

Es wird vermutet, daß Saudi-Arabien am Montag in Genf darauf dringt, daß die abgesprochenen Förderquoten strikt eingehalten werden. Die Sechs von Genf am Dienstag hatten sich auf eine Förderung von 16,5 Mrd. Faß pro Tag (825 Mrd. Tonnen im Jahr) geeinigt. Bisher galt als Fördergrenze die Menge von 17,5 Mrd. Faß pro Tag. Da aber einige unter den Opec-Ländern chronisch an Devisenmangel leiden, allen voran Nigeria, wurde diese Höchstgrenze um zwei Millionen Faß überschritten, wodurch sich der Spotmarkt ausweitete und die Rohölpreise unter Druck gerieten. Wie stark die Opec schon gedroselt hat, zeigt die technische Förderfähigkeit des Kartells: 28,23 Mrd. Faß pro Tag, das sind über 1,4 Mrd. Tonnen im Jahr.

AUF EIN WORT



„Wir haben keinen Grund zum Pessimismus. Musik wird es immer geben und auch genügend Menschen und Freizeit, um sie aktiv auszuüben.“

Horst Link, Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Musikinstrumenten-Hersteller e. V.
FOTO: TADEUSZ DABROWSKI

Unerwartet viele Einstellungen

dpa/vwd, Nürnberg

In der deutschen Elektroindustrie sind 1984 schon jetzt mehr neue Mitarbeiter eingestellt worden als die letzten Jahre. Laut Angaben des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI), Frankfurt, ist die Zahl der Mitarbeiter in den ersten acht Monaten um 26 000 auf 927 000 gestiegen. Allein im August habe sich der Beschäftigtenstand um 10 000 erhöht. Der Aufschwung hat sich besonders positiv auf die Datentechnik ausgewirkt, deren Auftragslage um knapp 28 Prozent oder fast doppelt so stark wie im Branchendurchschnitt anwuchs. 5000 neue Arbeitsplätze entstanden in der Nachrichtentechnik, in der Meß-, Steuer- und Regeltechnik und der Elektromedizin waren es 14 000.

IFO-KONJUNKTURTEST

Die Hoffnungen richten sich weiterhin auf den Export

DANKWARD SEITZ, München

Positiver als noch im August beurteilten die deutsche Industrie und der Einzelhandel im September die weitere wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik. Zu diesem Ergebnis kommt der jüngste Konjunkturtest des Münchener Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. So berichtete das verarbeitende Gewerbe von einer inzwischen weitgehend befriedigenden Situation - allen voran der Investitionsgüterbereich. Allgemein wird damit gerechnet, so das Ifo, daß die günstige Entwicklung auch in den nächsten Monaten anhalte. Vor allem richteten sich die Erwartungen darauf, daß der Export - nach wie vor Hauptstütze der Konjunktur - nochmals deutlich zunehmen wird. Auch die Produktionspläne der Unternehmen deuteten für das vierte Quartal 1984 auf eine weitere Expansion hin.

Während vom Einzelhandel die Geschäftslage günstiger beurteilt wurde,

hatten die Großhändler - insbesondere im Konsumgüterbereich - unter einer ausgeprägten Absatzschwäche zu leiden. Entsprechend wurden davon auch die Zukunftserwartungen beeinflusst. Im Einzelhandel spielte dabei offensichtlich keine Rolle, daß die Umsätze noch merklich unter dem Vorjahresniveau lagen. Allerdings war das Geschäft im September 1983 besonders lebhaft. Deutlich ungünstiger als im Durchschnitt verlief die Entwicklung der Warenhäuser.

Erneut verschlechtert hat sich das Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe. Gegenüber dem Vorjahr beträgt die Reichweite des Auftragsbestandes wie im August 1984 nur noch zwei (2,6) Monate. Vor allem im Hochbau haben sich die Auftragsreserven weiter auf durchschnittlich 1,7 Monate verringert und damit den niedrigsten Wert seit Einführung des Ifo-Konjunkturtests erreicht.

PHARMAINDUSTRIE

Verband beklagt schlechte Erfahrung mit Negativ-Liste

INGE ADHAM, Frankfurt

„Erhebliche Auswirkungen, die insgesamt als eher unerwünscht zu bewerten sind“, konstatiert der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) nach einem Jahr Erfahrungen mit der „Negativliste“. Anders als das Wissenschaftliche Institut für Ortskrankenkassen, das den Einsparungseffekt durch die viermalige Liste aus der Erstzustimmungspflicht der gesetzlichen Krankenkassen genutzten Arzneimittelgruppen auf 316 Mrd. DM beziffert, veranschlagt der BPI den Umsatzrückgang der betroffenen Arzneimittel für die Hersteller auf knapp 110 Mrd. DM (zu Verbraucherpreisen rund 220 Mrd. DM). Die Bundesregierung hatte sich von der Negativliste Einsparungen von 580 Mrd. DM erhofft.

Aus der Steigerung der Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen für Arzneimittel um 6,6 Prozent in der gleichen Zeit (bei gleichzeitiger Stei-

gerung der Apothekenumsätze um 4,8 Prozent) schließt der BPI auf eine Verlagerung im Arzneimittelkonsum. Besonders deutlich werde dies bei der Bronchitis, bei der sich in den zwölf Monaten seit Inkrafttreten der Negativliste Veränderungen ergeben hätten, die nicht auf Verschiebungen der Krankenhäufigkeitsstruktur zurückzuführen seien.

So registriert der BPI bei Verordnungen wegen „einfacher“ Bronchitis (nicht erstattungsfähig) einen Rückgang um 26,5 Prozent und damit einen erheblichen Rückgang der Arzneikosten; gleichzeitig stiegen aber die Verordnungen wegen chronischer oder akuter Bronchitis (erstattungsfähig) kräftig um 21 und 61 Prozent an. Per saldo wurden die Behandlungen teurer als im vorangegangenen Jahreszeitraum. Freilich gebe es noch keine Datenbasis, um festzustellen, was für diese unerwünschte Entwicklung ursächlich sei.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Kein Subventionsabbau bei Werften und Seeschifffahrt

Bonn (Mk.) - Die Hilfen des Bundes für die deutschen Werften und die Seeschifffahrt sollen 1985 nicht gekürzt werden. Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat gestern beschlossen, daß die Subventionen auf dem Niveau dieses Jahres verbleiben sollen. Gegenüber dem Entwurf des Finanzministers sollen die Neubehilfen um 50 auf wiederum 250 Mrd. Mark aufgestockt werden. Für Finanzbeiträge an die Reedereien, eine Art Betriebskostensubvention, wurden 80 Mrd. Mark in den Haushalt eingestellt. Dadurch sei sichergestellt, wie es in einer Erklärung der Regierungsparteien heißt, daß wiederum ein Auftragsvolumen von drei Milliarden Mark auf deutschen Werften gefördert werden kann. Davon seien zwei Milliarden für deutsche Schiffe unter deutscher Flagge bestimmt.

Weiter Talfahrt beim Bau

Bonn (AP) - Die Talfahrt der Konjunktur in der Bauwirtschaft hat sich im September fortgesetzt. Wie der Zentralverband des deutschen Bauwesens mitteilte, hat lediglich die Produktion am Tiefbau zugenommen. In allen anderen Bauparten gab es einen Rückgang. Fast in jedem zweiten Unternehmen mußten Bauarbeiter entlassen werden. Die Reichweite der Aufträge im Hochbau habe sich von 2,2 auf 2,0 Monate vermindert, im Tiefbau von 2,0 auf 1,9 Monate. Im Straßenbau blieb es bei einer Reichweite von 1,5 Monaten.

Niedrige Zuwachsraten

Brüssel (VWD) - Die Rohstahlherzeugung der westlichen Welt lag im September bei 34,815 Mrd. Tonnen, nur um 2,8 Prozent über dem Volumen des gleichen Vorjahresmonats (33,887 Mrd. Tonnen). Dies ist die niedrigste Zuwachsraten im bisherigen Jahresverlauf. Wie aus einer Mitteilung des Internationalen Eis- und Stahlinstituts hervorgeht, ergibt sich für den ersten neun Monate dieses Jahres eine Steigerung um 12,4 Prozent auf 325,629 Mrd. Tonnen zwischen Januar und September 1983.

Ausbildungs-Rekord

Frankfurt (adh) - Einen „Rekord in der Ausbildungsleistung“ registriert Gesamttextil mit den in diesem Jahr

4500 Auszubildenden in der Textilindustrie. Das sind 20 Prozent mehr als im Vorjahr, obwohl, so bedauert der Verband, etwa fünf bis sieben Prozent der angebotenen Ausbildungsplätze nicht besetzt werden konnten (Stand Mitte Oktober). Die Ausbildungsstellen der Branche sähe noch besser aus, meint Gesamttextil, wenn nicht die Gewerkschaft Textil, Bekleidung eine Berufsunterstützung für die Tüftler und die Vliesstoffindustrie blockieren würde. Dies zwinge die Unternehmen der betroffenen Sparten dazu, nur mit angelegten Kräften zu arbeiten.

Mehr Filialen im Ausland

Frankfurt (AFP) - Ende 1983 wiesen 95 Auslandsfilialen deutscher Kreditinstitute 150 Mrd. DM Geschäftsvolumen auf. 1978 waren es 58 Niederlassungen mit 63,5 Mrd. DM. 65 Auslandsbanken befanden sich Ende des vergangenen Jahres im Mehrheitsbesitz deutscher Institute, 37 mehr als fünf Jahre zuvor. Seit 1982 haben deutsche Banken elf Mrd. DM im Ausland investiert, davon neun Mrd. DM in den letzten zehn Jahren. Wie der Bundesverband Deutscher Banken mitteilt, unterhielten die privaten Banken Ende 1983 insgesamt 80 Auslandsfilialen, 118 Repräsentanten und 45 Tochter- und Mehrheitsbeteiligungen in 56 Ländern.

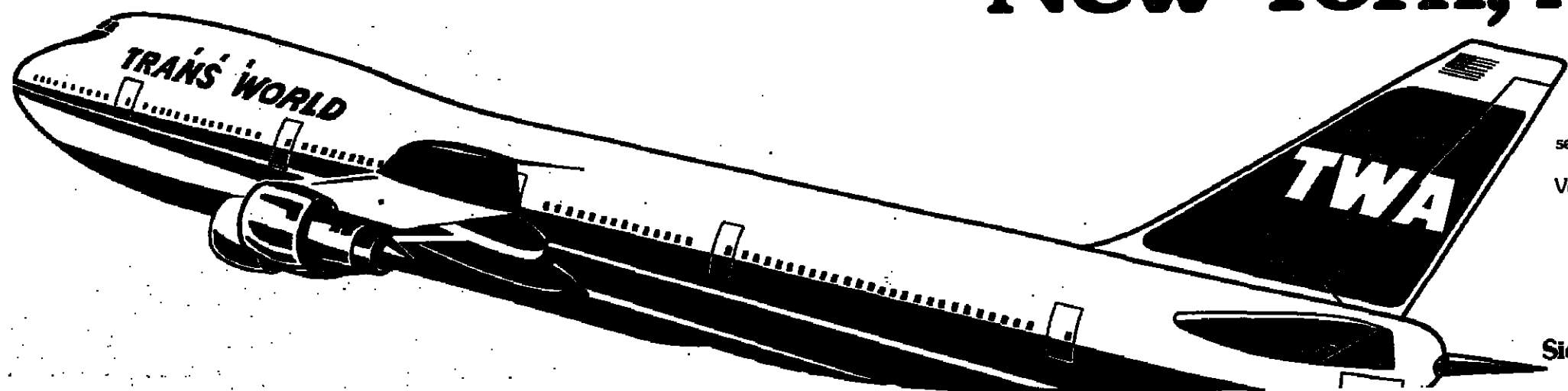
Entscheidung erst 1985

Detroit (dpa) - Die US-Regierung will über ein weiteres Abkommen mit Japan über eine Beschränkung von Autoexporten nach den USA erst im Frühjahr 1985 entscheiden. Man müsse die Ertragslage der amerikanischen Automobilindustrie abwarten, sagte Finanzminister Donald Regan. Das derzeitige Abkommen, bei dem die Japaner ihre Autolieferungen auf 1,85 Mrd. Stück pro Jahr begrenzen, läuft im April 1985 aus.

Neuzulassungen

Flensburg (dpa/VWD) - Im September 1984 waren der VW Golf der Opel Kadett und der „kleine Mercedes“ 190 die größten Renner bei den Neuzulassungen in der Bundesrepublik. Das geht aus der Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes hervor. Insgesamt kamen im September 194 000 fahrbereite Pkw auf die Straßen. Im Vorjahresmonat waren es annähernd 196 000 gewesen.

New York, New York.



TWA startet täglich um 10.50 Uhr von Frankfurt nach New York. Mit viel Komfort und Bequemlichkeit in der 747 Ambassador Class. Dank der 6er Reihen kann da jeder seinen ganz persönlichen Freiraum ausgedehnt genießen. Und in New York sorgen unsere eigenen Terminals für beste Verbindungen nach über 60 Städten in den Staaten. Fragen Sie Ihr Reisebüro.

Sie sollen sich bei uns wohlfühlen



TELEFUNKEN

Aufsichtsrat
vertagte sich

DW/dpa/VWD, Hannover

Das Schicksal des Vorstands sollte gestern Nachmittag im Mittelpunkt der außerordentlichen Aufsichtsratsitzung beim deutschen Unterhaltungselektronik-Unternehmen Telefunken, Hannover, stehen. Die französische Konzernleitung der Thomson-Gruppe, Muttergesellschaft von Telefunken, hatte vorher mitgeteilt, daß sie einen neuen Vorstand einsetzen wolle, der dem Vernehmen nach aus vier Franzosen und einem Niederländer bestehe. Der derzeitige Vorstand unter Josef A. Stoffels soll sich bisher geweigert haben, einen Beherrschungsvertrag mit den Franzosen zu unterzeichnen.

Wegen Verfahrensfehler bei der Einberufung der Sitzung, die Arbeitnehmervertreter waren nicht konsultiert worden, ist der Termin kurzfristig vertagt worden. Für Branchenkenner bleibt es unverständlich, daß ausgerechnet Telefunken von den deutschen Thomson-Töchtern an die kurze Leine der Franzosen genommen werden soll. Immerhin kam das Unternehmen 1983 in die Gewinnzone und soll auch für das laufende Jahr einen nicht unbedeutenden Gewinn ausweisen.

FISCHWIRTSCHAFT / Verbände wehren sich gegen die einseitigen Darstellungen über Fischkrankheiten

„Angebot ausschließlich aus reinen Gewässern“

HENNER LAVALL, Bonn

Vor „einseitigen und völlig überzeichneten“ Berichten über Krankheiten und Schadstoffbelastungen unserer Fischbestände hat jetzt die deutsche Fischwirtschaft gewarnt. Aus Anlaß der Nordsee-Schutzkonferenz, die am Wochenende in Bremen stattfindet, bezeichnete Nikolaus Ulmer, Vorsitzender des Vorstands des Fischwirtschaftlichen Marketing-Instituts (Fima), Bremerhaven, derartige Meldungen als Panikmache und Irreführung der Verbraucher. Der Öffentlichkeit werde dadurch ein völlig falsches Bild über die Qualität nicht nur der Nordsee vermittelt.

Ulmer: „Bilder von Fischen aus der Elbmündung sind nicht repräsentativ und haben für unsere Fanggebiete keinerlei Gültigkeit.“ Dort, wie in anderen schmutzbelasteten Flusmündungsgebieten, habe die Fischerei keine Bedeutung. In der Bundesrepublik Deutschland werde ausschließlich Fisch aus reinen Gewässern zum Verkauf angeboten und verzehrt. Dies gelte sowohl für Anlandungen deutscher Fischer wie auch für Importware. In den zum Teil polaren Fanggebieten der deutschen

Hochseeflotte seien selbst von den drei Fischereiforschungsschiffen der Bundesrepublik noch nie auch nur Spuren von Fischkrankheiten festgestellt worden.

Daß Fische aus der offenen See bezüglich ihres Schadstoffgehalts sich grundsätzlich unterscheiden von den oft als „Demonstrationsobjekt mißbrauchten“ Produkten aus Elbe und Rhein, bestätigte auch das zuständige staatliche Veterinäruntersuchungsamt für Fische und Fischwaren in Cuxhaven. Seit zehn Jahren durchgeführte flächendeckende Untersuchungsprogramme in der Nordsee und im Nordatlantik – aus diesen Gebieten stammen gut 95 Prozent des in Deutschland angebotenen Fisches, der Rest fällt in der Teichwirtschaft an – hätten klar bewiesen, daß Seefisch praktisch frei ist von toxischen Metallen wie Quecksilber, Blei und Cadmium.

So erreiche der Quecksilbergehalt nur ein Zehntel des im Lebensmittelgesetz festgelegten Grenzwerts. Der Cadmiumgehalt liege 20fach und der Bleigehalt sogar 30fach unter den Richtwerten des Bundes, unterstrich Karl Ernst Krüger, Leiter des Amtes. Bei den anderen, durch die Höchst-

mengenverordnung reglementierten Schadstoffen sehe es zum Teil noch günstiger aus.

Die Dünnsäure-Verklappungen im Küstenbereich betrachtet die deutsche Fischwirtschaft dennoch mit wachsender Sorge, wie auch Dieter Lauermann, Geschäftsführer der Kutterfisch Cuxhaven, einem Zusammenschluß von acht Genossenschaften der Küstenfischer an Nord- und Ostsee, bestätigte. So habe die Gewässerverunreinigung bereits zum Verlust eines wichtigen Fanggebietes geführt. Auch deshalb müßten die über 1.000 Fahrzeuge der deutschen Küstenfischer bereits bis nach Mittelnorwegen hinauf, was aufgrund hoher Energiekosten eine Existenzbedrohung dieses Wirtschaftszweiges darstelle. Einen Ausweg sieht die Kutter- und Küstenfischerei nur, wenn die Industrie ihre Dünnsäure wiederaufbereite, die Verklappungen also eingestellt würden. Die Fischschwärme, so Lauermann, würden dann wieder in die angestammten Küstenbereiche zurückkehren.

Für die deutsche Fischwirtschaft, die mit insgesamt 31.000 Beschäftigten rund 8 Mrd. DM umsetzt, brachte das vergangene Jahr wieder eine po-

sitive Entwicklung. Zur Branche zählen neben der Hochsee-, Kutter- und Binnenfischerei auch die Importwirtschaft, die Fischindustrie sowie der Küstengroßhandel, der Binnenländische Fischgroßhandel, der Fischhandel und die Fischgastronomie. Auch wenn sich inzwischen Unternehmen der Nahrungsmittelindustrie in der Hochseefischerei und der Fischindustrie engagiert und nationale Vertriebsorganisationen aufgebaut haben, bleibt der Wirtschaftszweig insgesamt mittelständisch strukturiert.

1983 erreichte der Nahrungsverbrauch an Fisch- und Fischwaren in der Bundesrepublik das Rekordniveau von 720.000 Tonnen, 70.000 Tonnen mehr als im Jahr zuvor. Jeder Bundesbürger verzehrte 11,6 Kilogramm, von denen allerdings 69 Prozent aus Importen stammten. Im internationalen Vergleich liegt der Pro-Kopf-Verbrauch aber unter dem Welt-Durchschnitt. In Norwegen, Schweden, Dänemark, aber auch in Spanien und Portugal erreicht der Pro-Kopf-Konsum über 40 Kilogramm. In Japan sind es 67 Kilogramm.

BLEIFREI / Bangemann macht keine Zugeständnisse

EG sucht einen Kompromiß

WILHELM HADLER, Straßburg

Im Europäischen Parlament sind Bemühungen im Gange, Kompromißlösungen für das umweltfreundliche Auto zu formulieren. Dies wurde bei Gesprächen deutlich, die Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann in dieser Woche in Straßburg geführt hat.

Bangemann wie auch der deutsche EG-Kommissar Karl-Heinz Narjes ermunterten die Abgeordneten in einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Umweltschutz, Wirtschaft und Währung, Energie und Verkehr, sich durch eigene Vorschläge für eine gemeinschaftsrechtliche Regelung stark zu machen. Diese müsse den Bürgern das Gefühl geben, daß es die EG mit dem Umweltschutz ernst meine.

Der Bundeswirtschaftsminister ließ allerdings keinen Zweifel, daß Bonn die von der Kommission vorgeschlagenen Fristen nicht akzeptiert. Notfalls werde sich die deutsche Regierung auf Artikel 36 des Römischen Vertrages berufen, der zum Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren oder Pflanzen Ausnahmen vom Grundsatz des freien Warenverkehrs gestattet.

Die SPD-Abgeordneten Fritz Gau-

tier und Gerhard Schmid haben inzwischen ihre Fraktion für einen Kompromißvorschlag zu interessieren versucht. Danach sollen alle Kfz-Produzenten, die dazu technisch und wirtschaftlich in der Lage sind, schon im Herbst 1986 verpflichtet werden, abgasarme Wagen anzubieten. Hersteller mit Sitz in der EG, die den Nachweis führen, daß sie dies nicht können, sollen bei der Brüsseler Kommission eine zeitlich befristete Ausnahmegenehmigung erhalten können.

Als endgültiger Termin für das umweltfreundliche Auto schwebt den beiden Abgeordneten für Pkw bis 1800 Kubikzentimeter der 1.9.1987 und für Kleinwagen bis zu 1200 Kubikzentimeter Halbjahr der 1.9.1989 vor. Ihr Vorschlag sieht ferner eine steuerliche Begünstigung von Fahrzeugen vor, die – obwohl sie unter die Ausnahmegenehmigung fallen – die neuen Abgasstandards bereits erfüllen.

Der Vorschlag wird gegenwärtig noch fraktionsintern beraten. Als sicher gilt, daß die darin enthaltene Diskriminierung von japanischen Fahrzeugen auf Widerstand stoßen wird. Das Plenum des EG-Parlamentes will im November über das abgasarme Auto debattieren.

BRASILIEN / Günstigere Kredit-Konditionen

Lohn der Sanierungserfolge

VWD, São Paulo

Brasilien soll für seine Erfolge bei der Sanierung der Wirtschaft „belohnt“ werden. US-amerikanische Bankiers kündigten in São Paulo an, daß die internationalen Gläubigerbanken des Landes bereit seien, bei den für Anfang November in New York stattfindenden nächsten Kreditverhandlungen dem Land günstigere Tilgungskonditionen einzuräumen.

Ein Bankier verwies besonders auf die Verbesserungen bei einigen Schlüsselindikatoren der Wirtschaft, wie beispielsweise der Industrieproduktion, dem Beschäftigungsniveau und der Handelsbilanz. Die „Belohnung“ werde so aussehen, daß man den Zins senkt und die Tilgungsfristen verlängert. Außerdem werde eine Aufhebung der Bankkommissionen vereinbart und über neue Umschuldungskonditionen für mehrere Jahre im Voraus verhandelt.

Ein anderer Bankier sagte, die Gläubigerbanken seien an einem Wachstum der brasilianischen Wirtschaft interessiert. Aus diesem Grunde werde man der Neuverhandlung der in den Jahren 1985 bis 1990

falligen Schulden von knapp 64 Mrd. Dollar (so die jüngsten offiziellen Zahlen der brasilianischen Zentralbank) zustimmen. Ein auf mehrere Jahre angelegter Umschuldungsplan mache es nicht mehr erforderlich, jährlich neue zehraufwendige Verhandlungen zu führen. Die Unterzeichnung eines entsprechenden Abkommens bei den nächsten Gesprächen sei wahrscheinlich.

Damit würde es Brasilien möglich, seine Verbindlichkeiten in 14 oder 15 Jahren zu tilgen. Das Land erhalte auf diese Weise den Spielraum, der zur Beibehaltung des Wachstums erforderlich sein werde. Ein weiterer Bankier schätzte, daß Brasilien zehn bis 15 Jahre Zeit gegeben wird, die zwischen 1985 und 1988 falligen Schulden in Höhe von 48 Mrd. Dollar zurückzuzahlen. Wie die Bankiers weiter sagten, dürfe der Zinsaufschlag von derzeit zwei Prozentpunkten über Libor, den Brasilien für seine 1984 erhaltenen neuen Kredite bezahlt, auf rund ¼ Punkt zurückgenommen werden. Für das Land bedeute dies eine jährliche Ersparnis von rund einer Mrd. Dollar.

FRANKREICH / Ehrgeizige Außenhandelsziele für 1985

Erstmals wieder Überschuß

JOACHIMSCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung rechnet mit einer weiteren Verbesserung der Handelsbilanz. Nachdem deren Defizit auf Fob-Basis in den ersten neun Monaten 1984 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit von 41 auf 19 Mrd. Franc reduziert werden konnte, soll das nächste Jahr erstmals nach langer Zeit wieder einen Aktivsaldo bringen. Er ist jetzt auf 2,4 Mrd. Franc veranschlagt worden.

Aber eine so präzise Planung erscheint gewagt. Schon für dieses Jahr haben sich die Experten des Wirtschaftsministeriums stark verschätzt. Noch vor zwölf Monaten nahmen sie an, daß das Defizit 1984 nur 7 Mrd. Franc erreichen würde. Im April wurde dieses Ziel auf 25 und im Sommer auf 33 Mrd. Franc aufgestockt. Gegenwärtig rechnet man mit 30 Mrd. Franc.

Diese günstigen Ergebnisse der

letzten Zeit – im August/September brachte die Handelsbilanz einen Überschuß von 2 Mrd. Franc – sind zum Teil auf außergewöhnliche Faktoren zurückzuführen. Außerdem wirkte sich seit dem letzten Frühjahr die Dollarhausse für den französischen Export sehr günstig aus. Nicht zuletzt aber profitierte Frankreich von der Wiederbelebung der Weltkonjunktur.

So nahm die Weltnachfrage nach französischen Industrieerzeugnissen seit Anfang 1984 mengenmäßig auf Jahresbasis um 5,3 Prozent zu gegenüber 1,6 Prozent 1983. Die Nachfrage der westlichen Industriestaaten (OECD) wies sogar eine Zuwachsrate von 7,8 nach 5,7 Prozent auf. Im nächsten Jahr aber würde sie sich nach französischen Schätzungen auf 5,5 Prozent abschwächen und weltweit 4,8 Prozent erreichen.

LATEINAMERIKA / Kritik an US-Importrestriktionen

Karibik besonders betroffen

G. FRIEDLÄNDER, Miami

Lateinamerikanische Staaten leiden teilweise unter den Importrestriktionen der Vereinigten Staaten. Nicht zuletzt deshalb gründeten 25 Länder dieser Region schon 1975 das Lateinamerikanische Wirtschaftssystem (Sela); eine Organisation, die als regionale Interessenvertretung vor allem gegenüber den USA auftritt. Diese Woche hat die Sela in Caracas kon-

feriert, um wieder gegen protektionistische Maßnahmen der USA vorzugehen. Die Lateinamerikaner kritisieren, daß dieses Verhalten im Gegensatz zur freien Marktwirtschaft stehe, die die Amerikaner andererseits weltweit verteidigten.

Ein krasses Beispiel amerikanischer Handelspolitik meinen die Länder der Karibik liefern zu können. Einerseits sei Reagan überzeugt, daß die Stabilität der Karibik für die Handelschiffahrt der USA lebenswichtig ist. Die karibische Initiative soll die Länder dieses Raums daher vor Kuba schützen. Befreundeten und alliierten Inselstaaten des Beckens soll durch die zollfreie Einfuhr ihrer Exportgüter in die USA der Zugang zum amerikanischen Markt erleichtert und damit wirtschaftlich geholfen werden.

Nun aber überraschten die USA diese Länder damit, daß sie die Importquote für Zucker seit 1. Oktober um 16 Prozent kürzten. Die Betroffenen meinen, die rechte Hand nehme da-

mit wieder weg, was die linke ihnen gab. Ein Dutzend karibischer Länder haben einen gemeinsamen Protest in Washington vorgebracht.

Schwer geschädigt wird die Dominikanische Republik, deren Zuckerexport 40 Prozent ihrer Devisen einbringt. Sie kann den Ausfall nicht ersetzen. In den USA erhalten die Produzenten einen subventionierten Preis von 22 Cents für das Pfund Zucker, während der Weltmarktpreis nur 5 Cents ist. Die Dominikanische Republik erhält für ihre Zuckerquote in den USA ebenfalls einen Subventionspreis. Was sie nicht mehr in die Vereinigten Staaten exportieren kann, bringt auf dem Weltmarkt nicht einmal den Einstandspreis ein. Die Verminderung der Quote kommt in einem Jahr, in dem die Wirtschaftslage ohnehin schlecht war. Die Wirtschaft anderer karibischer Ministerien hängt bis zu 70 Prozent vom Zucker ab.

Das State Department wurde offenbar nicht gefragt, bevor der Kongreß aufgrund der Voraussagen einer höheren Zuckerproduktion und geringeren Nachfrage in den USA Maßnahmen ergriff, die automatisch zur Verringerung der Importquote von 3,2 auf 2,7 Millionen Tonnen führten. Die karibischen Länder erwarten, daß die amerikanische Regierung den Zuckerüberschuß aufkaufe wie andere Produkte auch. (SAD)

Frische.
Ein Fall für Telex.

Erfahrene Feinschmecker angeln sich die frischesten Fische mit Telex. Dafür gibt es viele gute Gründe.

Zum Beispiel die Schnelligkeit: Per Telex läßt sich eine schriftliche, rechtsverbindliche Bestellung innerhalb weniger Minuten bis ans andere Ende der Welt schicken. Und dabei spielt es keine Rolle, ob dort gerade Tag oder Nacht ist: Telex empfängt, notiert und bestätigt

rund um die Uhr alle eintreffenden Nachrichten. Völlig selbständig.

Vorteil Nummer zwei beim Fischfang mit Telex: Die Dialogfähigkeit. Sie macht es möglich, daß Geschäftspartner jederzeit und ohne Unterbrechung miteinander reden und handeln können, und danach die ganze Unterhaltung schwarz auf weiß für die Akten haben.

Vorteil Nummer drei: Telex bietet weltweit

über 1,4 Millionen gute Verbindungen und arbeitet außerdem mit Teletex zusammen. So sorgt Telex nicht nur bei Lebensmittelhändlern jeden Tag für frische Geschäfte.

Mehr über den geschäftstüchtigen Dienst der Post sagt Ihnen die Technische Vertriebsberatung Ihres Fernmeldeamtes. Die Rufnummer finden Sie im **Post** Telefonbuch unter „Post“.



VERSICHERUNGSSPAREN / Neue Varianten

Volksbanken bieten Vorsorge

HARALD POSNY, Düsseldorf
Nach einer gewissen schöpferischen Pause hagelt es in diesen Tagen neue Varianten von Versicherungs- und Vorsorge-Sparplänen. Erstmalig haben sich jetzt auch drei Regionalverbände des Sparkassenbereichs und der Volksbanken mit solchen Sparplänen auf den Markt gewagt. Die Rheinischen und die Westfälisch-lippischen Sparkassen- und Giroverbände, offerieren ein „S-Versicherungssparen“, der Westfälische Genossenschaftsverband einen „VR-Vorsorgeplan“. Beide Verbände arbeiten eng mit den ihnen nahestehenden Versicherungsgesellschaften, den öffentlich-rechtlichen Provinzial-Lebensversicherungen bzw. mit der genossenschaftlichen R+V-Versicherungsgruppe, zusammen.

Bei der Sparkasse steht beim S-Versicherungssparen das Ansparen eines Vorsorgekapitals bei der Sparkasse im Rahmen eines Sparvertrages im Vordergrund. Er kann über eine Dauer von acht bis 25 Jahren abgeschlossen werden. Neben der laufenden Verzinsung wird am Vertragsende auf die eingezahlten Beträge eine Prämie vergütet, die sich nach Vertragsdauer richtet und bei 15-jähriger Dauer zehn Prozent und bei 20 Jahren 30 Prozent beträgt. Garantiert sind sie jedoch nicht.

Neben dem Sparvertrag schließt der Sparer eine Risiko-Lebensversicherung mit fallender Summe ab, d. h. die Versicherungssumme verringert sich gleichmäßig um den Betrag

der vereinbarten eingezahlten Sparraten. Abgesichert wird das Sparziel, nicht etwa das Leben des Sparer. Rückgriff auf das angesparte Kapital während der Vertragslaufzeit ist bei einer Kündigungsfrist von vier Jahren möglich. Stirbt der Sparer, können die Erben über das Sparkapital verfügen und die Versicherungssumme (Unterschiedsbetrag zwischen angespartem Guthaben und vereinbartem Sparziel) kassieren.

Die westfälischen Volksbanken sehen bei ihrem „VR-Vorsorgeplan“ regelmäßige Sparraten bzw. einmalige Zahlungen vor, die von der Bank „attraktiv“ verzinst und mit einem nicht garantierten gestaffelten Bonus von bis zu 40 Prozent belohnt werden. So ergibt sich nach einer Laufzeit zwischen vier und 25 Jahren ein vorher fixierter Kapitalbetrag, der wahlweise in Monatsraten oder in einer Summe wieder ausbezahlt wird. Der Vorsorgeplan kann mit einer Risiko-Lebensversicherung abgesichert werden.

Sparkassen und Volksbanken erwähnen zwar mit keinem Wort die für sie wichtige Ansammlung von Spargeldern für ihr eigenes Kreditgeschäft, unterstreichen jedoch um so deutlicher die „Ergänzung der bestehenden Anlagemöglichkeiten für die private Vorsorge“ (Sparkassen). Die Volksbanken nennen sie „Vorsorge für die Wechselstille des Lebens“, Sicherung von Ausbildung, Aussteuer, Existenzgründung sowie zusätzliche Altersversorgung.

GESTRA / Auftragsbestand hat sich deutlich erhöht

Kapazitäten voll ausgelastet

DOMINIK SCHMIDT, Bremen
Die im vergangenen Jahr in eine Aktiengesellschaft umgewandelte Gestra AG, Bremen, ist auf dem besten Wege, die guten Ergebnisse des Vorjahres noch zu übertreffen. Wie der Vorstand in einem Zwischenbericht schreibt, sind die Produktionskapazitäten voll ausgelastet. Der „erfreulich gute Auftragszufluss“ habe in Teilbereichen sogar zu Engpässen und zeitweisen Lieferverzögerungen geführt. Inzwischen seien aber Maßnahmen ergriffen worden, die den Abbau des relativ hohen Auftragsbestands sicherstellen.

In den ersten neun Monaten 1984 verzeichnete das Unternehmen, das sich mit dem Bau von Armaturen für Wärme- und Energietechnik befasst, Bestellungen im Wert von 76 (70) Mill. DM. Der Auftragsbestand erreichte Ende September 17 (11,6) Mill. DM. Dagegen erhöhte sich der Umsatz nur um drei Prozent auf 71,6 (69,2) Mill. DM. Der Vorstand geht aber davon aus, daß im gesamten Jahr die 100-Mill.-DM-Umsatzgrenze über-

schritten wird. Für 1983 hatte die Gestra einen Umsatz von 94,7 (plus 21 Prozent) ausgewiesen. Der Wachstumsdruck resultierte aber im wesentlichen aus der Einbeziehung des bis dahin ausgelagerten Kondensat-Abnehmer-Programms.

Wenngleich nähere Angaben zur Ertragsentwicklung nicht gemacht werden, scheint das Unternehmen auch in diesem Bereich erfolgreich zu arbeiten. Die Ausrichtung auf „Ertragsqualität“ und die im Plan liegende Kostenentwicklung lasse für 1984 wieder ein befriedigendes Ergebnis erwarten. Für 1983 hatte die Gestra aus dem Jahresüberschuß von 3,5 Mill. DM Dividende von zwölf Prozent ausgeschüttet.

Der außerordentlich günstigen Entwicklung des Geschäfts in den USA hat die Gestra mit der Verdoppelung des Kapitals bei der Tochter Gestra Inc. in New Jersey auf 0,4 Mill. Dollar Rechnung getragen. In Mexiko wurde die Produktion aufgenommen. Lizenzverhandlungen werden mit Indien und China geführt.

SCHIEDER-MÖBEL / Hellere Hölzer sind gefragt

Mehr nach Übersee exportiert

H. HILDEBRANDT, Schieder
Trotz stagnierender und teilweise sogar sinkender Umsätze in der Möbelbranche konnten die Unternehmen der Schieder-Möbel Holding GmbH, Schieder, ihre Position weiter verbessern. Nachdem der Gruppenumsatz im Vorjahr bereits 600 Mill. DM überschritt, wird für 1984 ein reales Plus von weiteren 6 Prozent erwartet. Der Exportanteil liegt unverändert bei 20 Prozent. Starke Abnehmer bleiben weiterhin Österreich und die Schweiz, dagegen verringerte sich die Nachfrage aus Frankreich und den Benelux-Ländern.

Verstärkte Ausfahrten nach Übersee sorgten jedoch für einen Ausgleich. Neben Südafrika und dem wieder kaffreudigeren arabischen Raum spielt hierbei die USA eine immer stärker werdende Rolle. Die Schieder-Gruppe profitiert dabei so-

wohl von einer dortigen Produktionsstätte als auch von dem für den Export günstigen Dollarkurs.

Auf dem Inlandsmarkt verstärkte sich die Tendenz zu helleren Hölzern und frischeren Farben, was eindeutig zu Lasten dunklerer Materialien wie Mahagoni und Eiche geht. Außerdem überwiegt die Nachfrage nach funktionalen Möbeln, die sich nicht nur in der Breite, sondern auch in der Höhe variieren lassen.

Erste Erfolge konnte die Gruppe bei dem Versuch verzeichnen, durch Kooperation mit anderen Unternehmen die Bedeutung des ostwestfälisch-lippischen Raumes für die Möbelbranche stärker herauszustellen. So wurde beispielsweise bei den derzeitigen Hausmessen ein Hubschrauber-Pendeldienst zum Flughafen Hannover eingerichtet.

DAIMLER-BENZ / Streikbedingte Produktionsunterbrechung drückt Ergebnis

Volle Fahrt in der Pkw-Produktion

WERNER NETTZEL, Stuttgart
Der Automobilkonzern Daimler-Benz steuert in diesem Jahr einen Umsatz von über 42 Mrd. DM an; das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um mehr als 2 Mrd. DM. Für das Stammhaus, die Daimler-Benz AG, Stuttgart, wird ein Umsatz von rund 32 Mrd. DM erwartet, womit man vermutlich knapp unter der Vorjahresmarke (32,18 Mrd. DM) bleiben dürfte. Hier wirkt sich die mehrwöchige Produktionsunterbrechung durch den Arbeitskampf aus, die dazu führte, daß sich der Umsatz der Daimler-Benz AG in den ersten drei Quartalen dieses Jahres um 5 Prozent auf 22,3 Mrd. DM verringerte.

Der Konzernumsatz nahm in den ersten neun Monaten hingegen um 5 Prozent auf 30,6 Mrd. DM zu. Positive Impulse kamen dabei von der erheblichen Zunahme des Pkw- und Lkw-Geschäfts im Dollar-Raum. Zur Ergebnisentwicklung heißt es in dem Zwischenbericht des Unternehmens, es werde belastet durch die Auswirkungen des Arbeitskampfes und die Schwierigkeiten im Nutzfahrzeuggeschäft.

Andererseits wirkten die „außerordentlich günstige Kapazitätsauslastung“ im Pkw-Sektor sowie die eingeleiteten Maßnahmen zur Aufhebung eines Teils des Produktionsausfalls positiv. Auf eine Gesamtprognose mag sich der Vorstand freilich nicht festlegen: Es werde abzuwarten sein, ob sich im weiteren Jahresverlauf diese gegenläufigen Faktoren in etwa ausgleichen und das Ergebnis damit an das des Vorjahres anschließen könne.

Die inzwischen erkennbare zunehmende Verunsicherung der Kunden wegen noch ungeklärter Fragen über die künftigen Abgasregelungen habe, so schreibt Daimler-Benz weiter, den Anschluß an die günstige Inlandsentwicklung der Autokonjunktur in der ersten Jahreshälfte zusätzlich beeinträchtigt. Die Nachfrage aus dem Ausland entwickle sich weiter positiv. Auf dem deutschen Nutzfahrzeugmarkt habe sich die verbesserte gesamtwirtschaftliche Situation bisher nur bei den leichten Fahrzeugen, nicht aber bei den schweren Klassen ausgewirkt.

Im Pkw-Sektor, in dem Daimler-

Benz ein arbeitskampfbedingter Produktionsausfall von rund 65 000 Fahrzeugen entstanden war, soll etwa ein Drittel dieses Ausfalls bis Jahresende wieder aufgeholt sein. Es wird eine Produktion von knapp 480 000 (1983: 476 183) Pkw, das wären rund 40 000 weniger als ursprünglich geplant, anvisiert.

Die inländische Nutzfahrzeug-Produktion wird entsprechend der schwachen Marktentwicklung von Daimler-Benz in diesem Jahr um 10 000 auf 145 000 Fahrzeuge zurückgefahren. Im Konzern werde man mit etwa 210 000 Einheiten das Vorjahresniveau leicht übertreffen.

Investiert werden in diesem Jahr im Konzern wiederum rund 3 Mrd. DM. Die Beschäftigtenzahl von 158 000 Mitarbeitern bei der AG per Ende September 1984 lag um 1,5 Prozent über Vorjahr. Zum 1. Oktober hatte die AG mit 2879 neuen Auszubildenden so viel wie nie zuvor eingestellt. Insgesamt befinden sich damit rund 8500 junge Menschen in einer mehrjährigen Ausbildung bei Daimler-Benz.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Treuwo zahlt nur teilweise

Lübeck (VWD) - Die Treuwo-Verwaltungs-AG wird nur teilweise dem im November 1983 versprochenen Dividendensatz für das zum 31. Juli abgelaufene Geschäftsjahr 1983/84 nachkommen. Laut Treuwo-Vorstand sollen nur die Neu-Aktionäre eine „angemessene“ Ausschüttung erhalten. Der Verkauf von Immobilien verringerte sich 1983/84 auf 193 (248) Mill. DM.

Verkaufsabsicht

Anholt (dpa/VWD) - Der Chef der Saarbergwerke AG, Rudolf Lenhart, hat die Absicht seines Unternehmens bestätigt, vier Werkzeughersteller aus dem Beteiligungsbereich zu veräußern, falls sich passende Partner finden. Die Firmen - Wilhelm Fette

GmbH, Sitzmann und Heinlein GmbH, R. Stock AG und Belzer-Dowidat GmbH Werkzeug-Union - mit einem Umsatz von insgesamt etwa 285 Mill. DM sollen branchennah untergebracht werden.

Garny kauft zu

Frankfurt (adh) - Die Garny AG, Mörfelden-Walldorf, seit Juli börsennotiertes Unternehmen, hat den Unternehmensbereich Sicherheitstechnik der Pölschroder GmbH erworben. Garny will mit dem neuen Engagement sein eigenes Programm-Tresore, Inneneinrichtungen und elektronische Sicherheit für Banken - ab-runden.

Bizerba übernimmt BWR

Stuttgart (nl) - Die Bizerba-Firmengruppe, Balingen, wird zum Jah-

resbeginn 1985 die bisher zur Bauknecht-Stiftung gehörende Badische Waggonfabrik GmbH (BWR), Rastatt, übernehmen. Die BWR kommt mit den drei Sparten faserverstärkte Kunststoffe, Stahl- und Fahrzeugbau sowie Waggonstandsetzung auf einen Umsatz von rund 20 Mill. DM.

Baresel-Streit vor Gericht

Stuttgart (nl) - Beim Bauunternehmen C. Baresel AG, Stuttgart, wird um die Dividendenpolitik nunmehr vor Gericht gestritten werden. Minderheitsaktionär Rudolf Baresel-Böfinger, Heilbronn, der eine Aktienkassengruppe mit 40,6 Prozent Anteil am 10 Mill. DM betragenden Aktienkapital anführt, hat bei der Kammer für Handelssachen des Landgerichts Stuttgart eine Anfechtungsklage eingereicht.

Schnellere Entscheidungen

Py, Düsseldorf
Unter dem Namen „Drehs“ - Dresdner Bank-Informationssystem - wird das Institut seine Kunden mit einem besonders schnellen Wertpapier-Informationssystem verbinden. Mitte oder Ende 1985 werden alle Niederlassungen, Filialen und Geschäftsstellen der Bank an dieses System angeschlossen sein, das neben den jetzt schon jederzeit verfügbaren wichtigen Börsennachrichten und Kursen von den Welt-Finanzplätzen auch die Möglichkeit bietet, zeitgleich abrufbare Daten in Anlageentscheidungen des Kunden direkt umzusetzen. Wie bei der Vorstellung des Systems in Düsseldorf mitgeteilt wurde, könnte später auch die direkte Wertpapier-Disposition aus dem häuslichen Sessel möglich sein. Derzeit ist „Drehs“ in 14 Niederlassungen, 100 Filialen und 330 Geschäftsstellen mit Wertpapierberatung eingeführt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: bts berlin-tagungs-service-congress-organisation GmbH, Nachd. d. Ammerarie Doris Emilie Schürholz. Dagegen: Ganzheitsmedizinisches Klinikum Hausstein GmbH, Donaukilchheim, Schaffing; Kieffe: Ein Evers-Lubbers GmbH, Weeser; Newfield: UTEW-Siebold GmbH, Diersdorf; Uelzen: Irmgard Escher geb. Studtmann, Wriedel. Vergleich beantragt: Karlsruhe: Hans Kohler, Inh. d. Sportsbop.

LOEWE OPTA / Gemeinsames Projekt mit Hagenuk

Btx-Telefon wird entwickelt

JOACHIM WEBER, Frankfurt
Der Unterhaltungselektronik-Hersteller Loewe Opta GmbH, Kronach, und der Nachrichtentechnik-Spezialist Hagenuk GmbH, Kiel, haben eine Kooperation auf dem Arbeitsgebiet Bildschirmtext vereinbart. Erstes gemeinsames Entwicklungsprojekt ist ein Bildschirmtext-Telefon, eine Kombination aus „intelligentem“ Telefon (mit Zusatzfunktionen wie Wählautomatik) und Btx-Terminal mit Farbbildschirm.

Weitere Endgeräte der kombinierten Daten-, Text- und Sprachkommunikation sollen folgen. Durch die Zusammenarbeit ersparen sich beide Partner den Aufwand, das Know-how des jeweils noch unbekannten Arbeitsgebietes (Telefon für Loewe, Bildschirmtext für Hagenuk) durch gemeinsame Eigenentwicklung zu erwerben. Und: „Priorität hat jetzt die Schnelligkeit. Wir wollen auch bei den Geräte-Kombinationen so früh wie möglich dabei sein“, betont Helmut Rieke,

Geschäftsführungsvorsitzender von Loewe Opta.

Das neue Gerät mit dem Telefonteil aus Kiel und dem Decoder- und Bildschirmteil aus Kronach soll schon zur Hannover-Messe 1985 vorgestellt werden. Dabei setzen beide Mittelstandsunternehmen - Loewe mit 1500 Mitarbeitern und 253 Mill. DM Umsatz und Hagenuk mit 1740 Mitarbeitern und 308 Mill. DM Umsatz - auf ihre Flexibilität. Beide haben Übung in der Pionierarbeit: Loewe stand lange Zeit allein mit Btx-Decodern für Konsumentengeräte, Hagenuk geht jetzt als einziger Anbieter mit einem Gerät aus eigener Entwicklung an den Start des schnurlosen Telefons.

Das Btx-Telefon zielt in erster Linie auf den Markt der kommerziellen Anwender. Nach Schätzung von Rieke werden 1985 insgesamt etwa 70 000 Geräte für den professionellen Einsatz verkauft werden. Rund 30 Prozent davon könnten bereits auf Gerätekombinationen entfallen.

FERRANTI / „Maßkonfektion“ gewinnt an Bedeutung

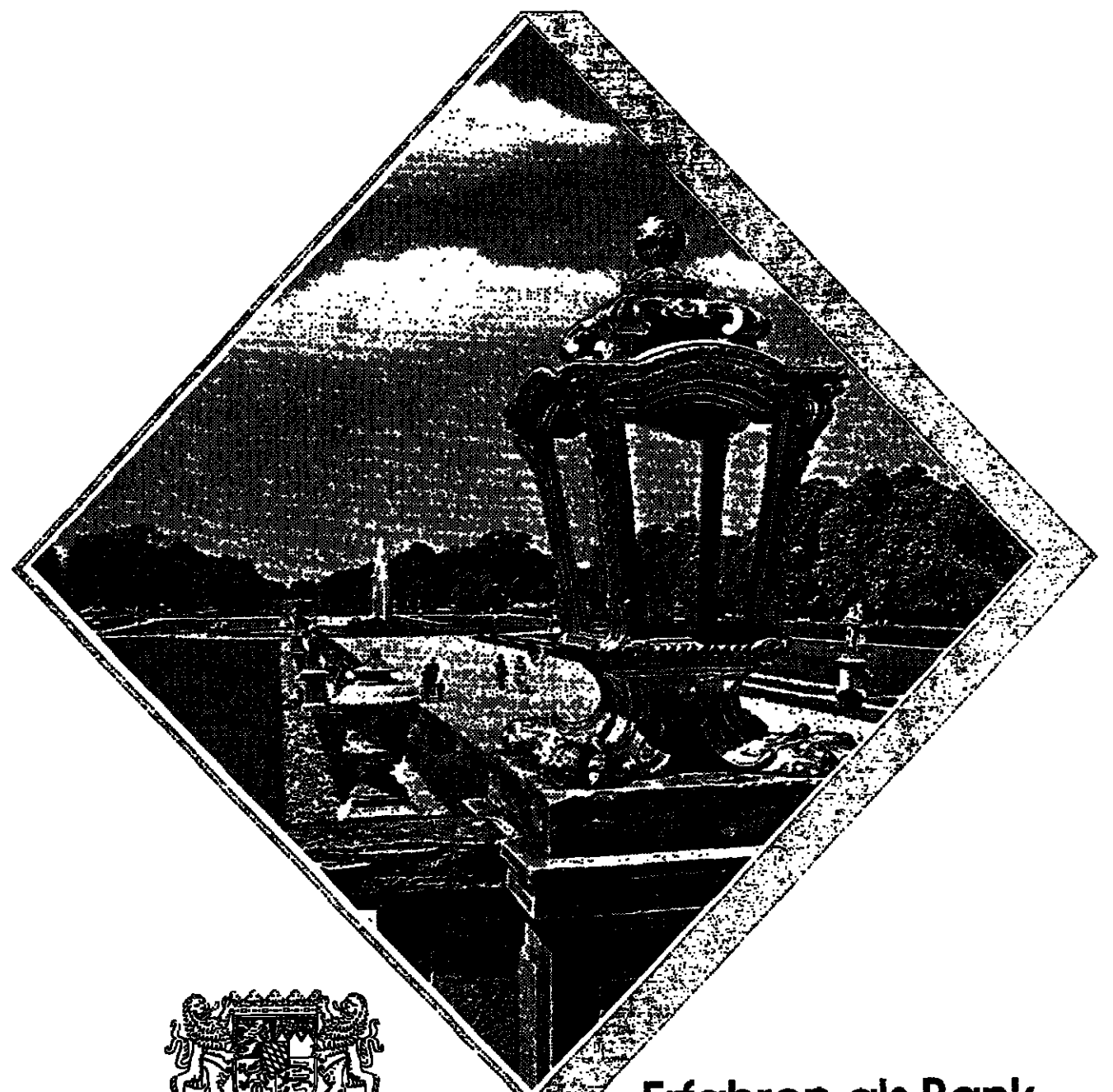
Bauelemente-Geschäft wächst

JOACHIM WEBER, Wiesbaden
Vor allem im Markt für kundenspezifische Elektronik-Schaltkreise erwartet die Ferranti GmbH, Wiesbaden, in den kommenden Jahren steiles Wachstum. Zwischen 1984 und 1989 soll dieser Markt weltweit von 2,5 auf 9 Mrd. Dollar wachsen, im Jahresdurchschnitt also um 32 Prozent. Für Standard-Chips wird „nur“ ein jährliches Wachstum von 25 Prozent vorausgesetzt.

Etwa ein Drittel der Sonderanfertigungen soll auf die sogenannten Gate Arrays entfallen, standardisiert vorgefertigte Chips, deren Einzellelemente erst in einem letzten Arbeitsschritt den Kundenanforderungen entsprechend miteinander verbunden werden. In diesem Bereich nimmt der britische Elektronik-Konzern die weltweite Spitzenposition für sich in Anspruch.

Zum Gruppenumsatz von 452 (372) Mill. Pfund (rund 1,8 Mrd. DM) trug der Bauelemente-Bereich 1983/84 (31,3) gleichwohl erst 62 (52) Mill. Pfund bei, ein knappes Siebtel. Damit lag er an dritter Stelle nach der „Scottish Group“ (überwiegend Militärtechnik) mit 198 (158) Mill. Pfund und der Computertechnik mit 152 (125) Mill. Pfund Umsatz.


Bei der deutschen Tochtergesellschaft liegen die Schwerpunkte noch etwas anders: Von den 46 (36) Mill. DM, die sie 1983/84 umsetzte, stammten allein 30 Mill. DM aus dem Bauelemente-Geschäft, wenngleich in diesem Bereich nur 37 der derzeit 120 deutschen Mitarbeiter tätig sind. Der Konzern unterhält 20 Werke in Großbritannien und zwei in den USA. In Deutschland gibt es lediglich ein Entwicklungszentrum für kundenspezifische Chips in München.



Erfahren als Bank -
verlässlich als Partner

Mit unserem vielfältigen Angebot
und internationalen Verbindungen stehen
wir Ihnen als große Universalbank zur
Verfügung.

Bayerische Landesbank
Girozentrale

Sie erreichen uns in München, Nürnberg und über jede bayerische Sparkasse sowie in
Bonn, Frankfurt, London, New York, Singapur, Wien, Toronto, Johannesburg und Luxemburg. 
Sie erreichen uns auch über Btx: * 38000 #.

ZUCKERRÜBENSIRUP / „Grafschafter“ bestreitet die Hälfte des Marktes

Vom Arme-Leute-Kraut zur Spezialität

HARALD POSNY, Meckenheim
Ein Lebensmittel sucht einen Ausweg vom Arme-Leute-Brotanstrich der Kriegs- und Nachkriegsjahre zur Alternative von Honig, Konfitüre, Gelee und Nougatcremes: der Zuckerrübensirup und seine kleineren Geschwister Apfel- und Birnenkraut. Die Promotion zur Spezialität auf dem morgendlichen Frühstückstisch, flüssig betrieben von den heute nur noch etwa zehn deutschen Herstellern und der Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA), hat allen Grund.

Der kaum mehr wachsende Markt der süßen Brotaufstriche, nicht zuletzt als Folge der verschobenen Altersschichtung in der Bevölkerung sowie einer geringeren Zahl junger Menschen, lassen den Versuch sinnvoller erscheinen, diesem traditionsreichen, dicken, braunen Sirup aus roten und weißen Zuckerrüben zu einer Renaissance in deutschen Haushalten zu verhelfen. Dafür stehen in Zeiten zunehmender natürlicher Ernährung und Verweigerung von chemischen Zusätzen und Konservierungsmitteln die Zeichen gut.

Rübensirup - die Hersteller empfinden den früher gängigen Begriff des Rübenkrauts als diskriminierend

- kommt tatsächlich ohne chemische Zusätze aus. Der Zuckergehalt von 62 Prozent kommt - wie auch beim Apfel- und Birnenkraut - aus den verarbeiteten Früchten. Das Verdampfen des Saftes im Vakuumkessel bewirkt die Umwandlung der Saccharose in den aus Fructose und Glucose bestehenden Invertzucker, der schließlich auch das Kristallisieren des Sirups verhindert. Schließlich enthält der Sirup auch wichtige Mineralien.

Das wußten Griechen und Römer freilich noch nicht. Ihnen und den Menschen im Mitteleuropa des 18. Jahrhunderts diente die Rübe, die erst vor 200 Jahren zur Zuckerrübe wurde, als Grundnahrungsmittel. Ihr Saft wurde zum Süßen genutzt, Blätter und Wurzeln von Hypokrates als Arznei empfohlen. Als die Rübe systematisch angebaut wurde, geschah das vor allem in der Magdeburger Börde, im Rheinland und in Schlesien. In der Nähe dieser Anbaugelände siedelten sich dann auch die Produzenten von Rübensirup an: 1918 waren es im Deutschen Reich rund 500 Klein- und Mittelbetriebe.

Zu den ältesten (1893) und vom Marktanteil größten deutschen Produktionsstätten gehört die Grafschafter Krautfabrik Josef Schmitz KG,

Meckenheim nahe Bonn, mit 80 Beschäftigten, 7500 t Rübensirup, einem Umsatz von rund 25 Mill. DM (davon zwei Drittel Rübensirup, Apfel- und Birnenkraut). Der Gesamtmarkt wird vom Bundesverband der Obst- und Gemüseverarbeitenden Industrie auf 13 000 t (fünftziger Jahre: 18 000 t) mit einem Produktionswert von 25 bis 30 Mill. DM beziffert, wobei der Schwerpunkt eindeutig beim Rübensirup liegt.

Produktionsschwerpunkt ist auch das Rheinland. Die prominenten Hersteller, außer Grafschafter noch Bornheim in Lintorf/Niederrhein, Baumüller in Ditten, Koppers in Goch, Zentis in Aachen (nur Apfelkraut) sind hier angesiedelt. Auch die Verzehrgewohnheiten konzentrieren sich auf Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und vom Saarland.

Im übrigen Bundesgebiet kaum verbreitet, besitzt sich die Branche jetzt auch auf den Export: Bei Grafschafter liegt er bei drei Prozent des Umsatzes. Neben dem Privathaushalt (85 Prozent) beliefert die Branche aber auch andere Industrien. Die Brot- und Backwarenhersteller nutzen Rübensirup u. a. für Printen und Pumpernickel.

Transport-Versicherung

Py. - Mehr als nur ein kurzes Aufatmen wird den Transportversicherern in diesem Jahr nicht gegönnt. Nach verlustreichen Jahren sind wieder technische Gewinne zu sehen. Doch die Besonderheit des Marktes, die Verschiebung von Warenströmen aus Regionen mit unergiebigen in solche mit rentablen Prämiensätzen, wachsender Export und ein Quentchen Glück verdecken die oft noch schwierige Lage der Sparte. Tief durchatmen kann erst, wer bis 31. Dezember 1984, 24 Uhr, vor Großschäden bewahrt bleibt.

Die für die Wirtschaft einschließlich ihres Exports wichtige Sparte der Versicherungswirtschaft stellt zwar nur zwei Prozent - etwa zwei

Milliarden Mark - des Prämienaufkommens der Assekuranz, aber dieser Betrag hat es in sich: Er steht für den drittgrößten Transportversicherungsmarkt der Welt, nach USA und Großbritannien.

Ein bedeutender Teil des Geschäfts wird über Versicherungsmakler abgewickelt. In der Kasko- (Schiffs-)Versicherung sind es annähernd 90 Prozent. Mag der Makler manchmal von der Assekuranz als „Prämiendrucker“ kritisiert werden - als Dienstleister von der Planung über Service und mögliche Schadenabwicklung, dessen Leistung keine zusätzlichen Kosten für den Kunden verursacht, hat er die Versicherer in der Vergangenheit vor vielen Schäden bewahrt.

SCHADENVERHÜTUNG / Enger Kontakt zur Industrie

Verluste sind oft vermeidbar

KARL-H. STEFAN, Hamburg
Warenströme, die auf dem Transport beschädigt werden, führen zu Verzögerungen des Empfängers, Kosten viel Zeit und Geld, strapazieren oft genug die Nerven von Lieferanten und Versicherern. Beide verlieren im konkreten, kontrovers beurteilten Schadensfall Kunden und büßen möglicherweise mühsam erworbene Marktanteile ein: Verluste, die sich kaum ausreichend versichern lassen.

Schadenverhütung bedeutet dann auch für den Versicherer in vielen Fällen, daß er zufriedene Kunden hat. Sie wirkt sich auf nahezu alle zwischenbetrieblichen und betriebsinternen Beziehungen und Vorgänge aus.

Untersuchungen haben ergeben, daß sich zwischen 70 und 80 Prozent aller Transportschäden vermeiden, zumindest aber stark reduzieren lassen. Hierfür zielen die Aktivitäten der deutschen Transportversicherer zur Schadenverhütung. Der Deutsche Transport-Versicherungs-Verband (DTV) hatte bereits 1970 eine Schadenverhütungs-Kommission gebildet, die seitdem den Schadenverhütungsgedanken - unter anderem durch die Herausgabe von Informationschriften und Lehrfilmen - in der Öffentlichkeit verbreitet.

So wird in einem 30-Minuten-Film insbesondere kleinen und mittleren

exportorientierten Industriebetrieben gezeigt, welche Gefahren die Güter vom Herstellungsbetrieb bis zum überseeischen Empfänger erwarten. Die Schadenverhütungs-Kommission veranstaltet jährlich eine Informationsveranstaltung für Mitarbeiter der Mitgliedsunternehmen und der Maklerfirmen, die für die Schadenverhütung zuständig sind. Hierbei werden die Teilnehmer durch entsprechende Besichtigungsprogramme (besucht werden See- und Flughäfen) sowie auf Diskussionsveranstaltungen auf die Beratung ihrer Kunden vorbereitet. Diskutiert wird unter anderem über Themen wie Container-Kasko-Containerisierung, Ro-Ro-Verkehr und Stauung auf Trailern.

Darüber hinaus initiiert und unterstützt die Kommission die Untersuchung von Spezialproblemen, wie sie beispielsweise beim Transport von Kühlfleisch oder Konserven auftreten können. Hierbei werden unter Mitwirkung aller Beteiligten - Exporteure, Importeure, Frachtführer, Reederei, Versicherer - neue Wege gesucht, diese Transporte künftig möglichst problemlos abwickeln zu können.

Schließlich werden die Erfahrungen der nationalen Transportversicherungsmärkte über das Cargo Loss Prevention Committee des Internationalen Transport-Versicherungs-Verbandes zusammengefaßt, veröffentlicht und ausgetauscht.

ZEICHNUNGSPOLITIK / Mehr Disziplin von allen Marktteilnehmern gefordert - Außenseiter scheitern

Wechselkurse erschweren Kalkulation

CLAAS KLEYBOLDT, Düsseldorf
Ohne Transportversicherung würde der Handel und vor allem auch der überseeische Handel nicht funktionieren. Sie ist aus einer modernen Volkswirtschaft nicht wegzudenken. Der deutsche Transportversicherungsmarkt ist nach dem amerikanischen und britischen und noch vor dem französischen und japanischen Markt der drittgrößte der Welt. Er spielt somit auch international eine wichtige Rolle.

Die deutsche Transportversicherung unterliegt anders als die übrigen deutschen Versicherungsweige nicht der Aufsicht des Bundesaufsichtsamts für das Versicherungswesen und ist darüberhinaus nicht nur dem nationalen Wettbewerb ausgesetzt, sondern muß sich auch seit Jahren im Gegensatz zu anderen Industriesparten einem scharfen internationalen Wettbewerb stellen.

Diese Kumulierung der internationalen und nationalen Wettbewerbsituation führte in den vergangenen zehn Jahren bis 1983 zu erheblichen versicherungstechnischen Verlusten,

die sich insgesamt auf über 700 Millionen Mark beliefen. Glücklicherweise wurde der deutsche Transportversicherungsmarkt in den Jahren 1982 und 1983 von weniger Großschäden betroffen. So konnten in diesen beiden Jahren erstmals seit langer Zeit wieder bescheidene technische Gewinne erzielt werden.

Insbesondere im Seekasko-Bereich haben das Ausbleiben exorbitanter Großschäden zusammen mit den erheblichen Anstrengungen zur Sanierung des Geschäfts zu einer gewissen Stabilisierung geführt. Demgegenüber sind in einem anderen Zweig der Transportversicherung, der Warenversicherung, verstärkte Sanierungsmaßnahmen dringend erforderlich. Das um so mehr, als sich die Großschadenssituation offensichtlich wieder verschlechtert. Weitere Verluste in diesem Bereich sind künftig weder den Erstversicherern noch den Rückversicherern zuzurechnen.

Gelingt es nicht, zu einer weiteren Konsolidierung auch in diesem Bereich zu kommen, besteht die Gefahr, daß die deutsche Transportversi-

cherung langfristig ihre Aufgabe, den weltweiten Handel zu sichern, nicht mehr wahrnehmen kann. Übrigens: Weltweit sind die gleichen Entwicklungen wie in der Bundesrepublik Deutschland zu beobachten.

Eine Besserung des Verlaufs im weltweiten Warengeschäft wird nur dann möglich sein, wenn sich alle Transportversicherer wieder auf die tragenden Prinzipien des Marktes besinnen und eine leistungsgerechte Vergütung für ihre Dienstleistung verlangen. Dies erfordert weltweit eine disziplinierte Zeichnungspolitik, die auch dann beibehalten werden muß, wenn Außenseiter auftauchen und durch waghalsige Prämiensubventionen versuchen, in bestehenden Märkten in einzelne Segmente einzubrechen, die aber regelmäßig nach kurzer Zeit wirtschaftlich scheitern.

Um das Ergebnis in der nationalen und internationalen Warentransportversicherung zu verbessern, müssen vor allem auch größere Anstrengungen im Schadenverhütungsbereich unternommen werden. Das Überwachen beim Laden und Löschen der

Güter durch Fachleute führt zu beachtlichen Schadenminderungen.

Eine zunehmende Rolle für den Ertrag in der Transportversicherung spielen schließlich seit einigen Jahren die sprunghaften Währungskursveränderungen. Dabei müssen mögliche Wechselkursschwankungen stärkere Berücksichtigung in der versicherungstechnischen Kalkulation finden, als dies offensichtlich derzeit der Fall ist. Durch den weltweiten Verkehr in der Transportversicherung können zwischen Beitragszahlung einerseits und Schadenregulierung andererseits einmal sehr lange Zeiträume liegen. Darüber hinaus erfolgen Schadenzahlungen häufig in einer Währung, die sich nicht selten seit Eintritt des Schadens um viele Prozent verändert hat. Bei einem durchaus üblichen Zeitraum von zum Beispiel drei Jahren für Schiffsreparaturen, die darüber hinaus oft in weit entfernten Häfen der Erde durchgeführt werden, kann auf diese Weise aus einem ursprünglichen versicherungstechnischen Gewinn ein schmerzhafter Verlust entstehen.

WARENVERSICHERUNG / Höhere Prämiensätze decken oft nicht die Schäden

Güterströme haben sich verlagert

GERHARD LUTTMER, Hamburg

Das Prämienvolumen in der Waren-Transportversicherung - auf sie entfallen rund 90 Prozent des Prämienvolumens - ist direkt an die Entwicklung der Handelswerte, insbesondere an die der Exportwerte, gekoppelt. Denn die Waren-Transportversicherungsprämie ergibt sich durch Multiplikation der Werte der transportierten Güter mit dem jeweils zugehörigen güter- und regionspezifischen Prämiensatz.

Steigende oder sinkende Handelswerte führen somit, wenn andere Einflußgrößen unverändert bleiben, zu steigenden oder sinkenden Prämienvolumina. Diese Relation kann jedoch durchbrochen werden, wenn Güterströme ihre Richtung oder Intensität verändern. Werden Güter statt in Regionen mit hohem Prämiensatz stärker in solche mit niedrigerem Prämiensatz transportiert, kann es trotz insgesamt gestiegener

Handelswerte zu geringeren Beitrags-einnahmen kommen.

Dieser Sachverhalt war mit ursächlich für den Prämienrückgang in der Waren-Transportversicherung im Jahre 1983. Zum einen waren die Handelswerte konjunkturbedingt in dem für das Prämienvolumen ausschlaggebenden Zeitraum ohnehin leicht rückläufig. Zum anderen ging auch der Handel mit schadensträchtigen und deshalb mit hohem Prämiensatz bewerteten Entwicklungs- und Opec-Ländern zurück. Dafür belebte sich die Handelstätigkeit mit den niedriger bewerteten westlichen Industrienationen stark.

Die Schadenquote hat sich 1983 gegenüber dem Vorjahr leicht verschlechtert. In einer Analyse zeigen sich positive Ansätze. Unterteilt man den Schadenaufwand in drei Kategorien: Aufwand für Schäden unter 100 000 Mark (Schadensockel), Aufwand für Schäden von 100 000 Mark

bis unter einer Million Mark und Aufwand für Schäden von einer Million Mark an, so kann man feststellen, daß die ersten beiden Kategorien in Relation zu den Prämieinnahmen deutlich abgenommen haben. Ein Grund dafür ist, daß diese Schäden nicht so sehr den zufälligen Charakter haben wie die Großschäden von einer Million Mark an und daher durch gezielte Schadenverhütungsmaßnahmen wirksam bekämpft werden können.

Beigetragen zum Abbau des Schadenssockels hat aber auch die Verlagerung der Güterströme. Die höheren Prämiensätze der Entwicklungs- und Opec-Länder reichen nämlich im Gegensatz zu den Sätzen bei den westlichen Industrieländern bei weitem nicht aus, um Schäden und Kosten zu decken. So hat sich aus dieser Verschiebung der Güterströme neben der Prämienreduzierung eine noch höhere Entlastung auf der Schaden-seite ergeben.

NACHRICHTEN

Schadenfreiheit

Bonn (Py.) - Mehr als zehn Millionen oder 48 Prozent der Autofahrer hatten 1983 in der Auto-Haftpflichtversicherung den höchsten Schadenfreiheitsrabatt; etwa 5,7 Millionen Autofahrer waren bei ihrer Versicherung 13 Jahre und länger schadenfrei. In der Vollkaskoversicherung ist der Anteil der Fahrer mit Höchststrabatt 59,3 Prozent, oder mehr als drei Millionen zahlen nur 40 Prozent der Basisprämie.

Gurtmängel im Taxi

Bonn (DW) - Taxis sind im Schnitt häufiger als PKW bereits mit Rückstufgurt ausgerüstet, doch in fast jedem dritten Taxi können Sicherheitsgurte nicht benutzt werden: Die Gurtschlösser sind zwischen Sitz und Rücklehnenpolstern eingeklemmt; die Fahrgäste benutzen die Gurte deshalb auch nicht.

Aufgegebener Hausrat

Düsseldorf (Py.) - Wenn ein Ehemann seine Frau verläßt, gilt der damit „aufgegebene Hausrat“ ab sofort als nicht mehr versichert. Obwohl es einige Versicherer anders halten, sollten sich verlassene Ehefrauen schnell um neuen Hausrat-Versicherungsschutz kümmern. Verläßt die Frau den Ehemann, gibt es keine Schwierigkeiten, denn meist ist der Vertrag auf den Mann ausgestellt. Läuft der Vertrag auf beide Partner, droht kein Streit.

Investment-Sparplan

Hamburg (Py.) - Die Versicherungsgruppe Deutscher Ring (Hamburg) bietet einen dynamischen Investment-Sparplan mit Versicherungsschutz an. Mit dieser Kombination wird eine Geldanlage mit sofortiger Absicherung des Sparziels im Todesfall offeriert. Der Sparplan läuft zwischen zehn und 25 Jahre; das Sparkapital wird durch monatliche, von Jahr zu Jahr dynamisierte Einzahlungen in den Ring-Rentenfonds DWS aufgebaut. Über das Guthaben kann jederzeit verfügt werden.

Schutzlos in Schweden

Stockholm (DW) - Von den drei Millionen in Schweden zugelassenen Autos sind nach Schätzungen von Verkehrsexperten rund 25 000 ohne Versicherungsschutz.

Sicherheit mit Sachverstand

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es mehr als 150 Versicherungsgesellschaften, die Ihre betrieblichen Risiken versichern können.

Welche dieser Gesellschaften ist für Sie oder Ihr Unternehmen die richtige?

Wo sind Präzision und Bedingungen auf Dauer für Sie am günstigsten?

Wie stellen Sie sicher, daß Sie nicht zu viel, aber auch nicht zu wenig versichern?

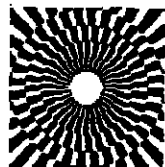
Fragen, deren Beantwortung Vergleiche voraussetzt, Objektivität in der Beurteilung der Versicherungsgesellschaften.

Wer kann Sie hier besser betreuen als ein VDVM-Versicherungsmakler? Er kennt die Versicherungsmärkte, ist jedoch an keine Versicherungsgesellschaft gebunden, also unabhängig.

Deshalb kann er Sie individuell und in jeder Versicherungsfrage beraten und Ihre berechtigten Interessen uneingeschränkt vertreten. Das gilt sowohl beim Abschluß von Versicherungen als auch bei der Schadenregulierung.

Ihr VDVM-Versicherungsmakler bietet Ihnen einen Service, der weit über die Placierung der Versicherungen hinausgeht. Er informiert Sie ständig über die Veränderungen am Versicherungsmarkt und entlastet Sie weitgehend von Abwicklungsarbeiten. Dies alles kostet Sie keinen Pfennig mehr.

Sprechen Sie mit einem VDVM-Versicherungsmakler, er steht Ihnen als qualifizierter Partner zur Seite. Lassen Sie sich Informationen schicken vom



VDVM
Verein Deutscher Versicherungsmakler e.V.
Katharinenstraße 4, 2000 Hamburg 11,
Telefon 040/3605-255

INTERASSEKURANZ SCHWEIZ GmbH
Stuttgart
München

ASSEKURANZ-MAKLER

UNABHÄNGIGES WISSEN ZU VERTRAUEN

Bruckstraße 65 7012 Fellbach/Stuttgart - Telefon 0714/572929
Schwanthalerstraße 31/2 St. 8 München 2 - Telefon 089/555005

In unserer Reihe

Versicherungs-WELT

erscheinen folgende Themen:

Am 16. November 1984

„Lebensversicherung“

Am 7. Dezember 1984

„Private Krankenversicherung“

Auskünfte über Anzeigen erhalten Sie bei:

DIE WELT

Kaiser-Wilhelm-Straße 1
2000 Hamburg 36, Tel. 0 40 / 3 47 41 11, 3 47 43 83

GERLING-KONZERN Allgemeine Versicherungs-AG,
von-Werth-Str., 5000 Köln 1, Tel. (02 21) 144-1

LEICHTATHLETIK / Tod durch Herzfehler - Ein anderer darf nur noch spaziergehen

Steve Ovett - das Ende einer großen Karriere: Hitzeanfälle, Bewußtlosigkeit - Operationen?

K. BLUME/C. GEISSMAR, Bonn
Stijn Jaspers wollte ein großer Langstreckenläufer werden. In seinem Heimatland galt der Holländer als eines der größten Talente, so stand er in diesem Jahr auf der 5000-m-Distanz bereits mit einer Zeit von 13:24,46 Minuten zu Buche. Stijn Jaspers ist tot, akuter Herzstillstand, gestorben im Schlaf - er wurde 23 Jahre alt. Jaspers wurde in seinem Studentenzimmer in Clemson (US-Bundesstaat South-Carolina) von seinem holländischen Läufer-Kameraden Rob de Brouwer gefunden, mit dem er sich zum Training verabredet hatte. Jaspers lebte seit einiger Zeit in den USA, um sein Studium der Physiologie und seine Läuferkarriere voranzutreiben.

Am Tag vor seinem Tod hatte er davon gesprochen, bereits im Dezember in seine Heimat zurückzukehren. Auch sprach er davon, tags darauf mit dem holländischen Läufer Hans Koeleman zu trainieren. Das jedenfalls spricht einmündig gegen eine Selbstmordtheorie der Staatsanwaltschaft. Eine erste Autopsie ergab auch keine Spuren von Doping oder sonstigen Medikamenten im Körper des Verstorbenen. Bekannt war, daß Jaspers - wie viele Langstreckenläufer - ein ungewöhnlich großes Herz hatte, welches extrem langsam schlug. Seine Trainer in Holland und in den USA behaupten, Jaspers habe sich von jeglicher medikamentösen Aufrechterhaltung ferngehalten. Einer der Polizeiarzte von Clemson erklärte, wenn der Holländer im Alter von 23 Jahren wirklich eines natürlichen Todes gestorben sei, dann sei dies ein überaus seltener Fall. So etwas käme bei einer Million Menschen allenfalls einmal vor.

Der junge Holländer, einst ein renommierter Hockeyspieler, hatte sich innerhalb von vier Jahren mit enormem Trainingsaufwand und sehr viel Ehrgeiz in die europäische Spitzenklasse hineingelassen. Gemeinsam mit Hans Koeleman, dem Hindernisläufer, jagte Jaspers im Sommer den olympischen Normen nach. Trainings- und Wettkampfaufwand waren dabei überaus groß. Erst eine Woche vor den Spielen in Los Angeles schaffte Jaspers die von ihm geforderten Zeiten. Vielleicht ist das sich ständige Bemühen an der Leistungsgrenze ein Indiz für seinen unerwarteten Tod. Die Staatsanwaltschaft von South-Carolina jedenfalls hat den Leichnam von Stijn Jaspers noch nicht freigegeben.

Erst jetzt wurde bekannt, daß sich der englische Weltrekordläufer Steve Ovett (29) schon im September in der Londoner Klinik Northwick-Park von dem Herzspezialisten Dr. Mark Harris untersuchen lassen mußte. Mit Sorge hörte der Kardiologe, daß Ovetts Großvater an einem Herzinfarkt verstorben war und sein Vater bereits mehrere Herzinfarkte erlitten hat.

Jetzt gibt der Goldmedaillen-Gewinner von Moskau 1980 plötzlich zu, was ihm schon seit Jahren gequält hat: Plötzliche Hitzeanfälle nach großen Finalläufen. Ovett in seiner Autobiographie, die in den nächsten Tagen erscheinen wird: „1980, nach meinem Sieg über 800 m in Moskau, überfiel mich im Stadion beim Doping-Test ein Hitzeanfall. Mein Körper wurde knallrot, die Temperatur stieg an.“ Mit nassen Handtüchern hielten sowjetische Ärzte den fast Ohnmächtigen ins Leben zurück.



Los Angeles 1984: Das Ende der Karriere Ovett.

FOTO-AP

Ovett stand nach 20 Minuten wieder auf und vergaß diesen Zwischenfall. Hat hier ein Kranker jahrelang mit Höchstleistungen im Training und im Wettkampf Raubbau am eigenen Körper betrieben? Jeder Mediziner wird vermuten, daß man nicht die Trainingsleistungen eines Weltrekordlers absolvieren und gleichzeitig herzkrank sein kann.

Bei den Olympischen Spielen in Los Angeles in diesem Sommer erlebte Ovett plötzlich Symptome, die er vorher nie an sich beobachtet hatte. Beim Laufen traten Schmerzen in den Armen auf, die Finger und Hände versteiften sich. Die Überhitzung und Rötung der Haut löste sich mit Totenblässe ab. Als Ovett nach seinem Zusammenbruch im Krankenhaus von Los Angeles wieder zu sich kam, saß seine Frau Rachel weinend an seinem Bett. Elf Wochen danach gab Ovett jetzt zu, daß er eine „reine Dummheit“ beging, als er überhaupt antrat. Die kritischen Symptome, die ihm anzeigten, wie krank sein Körper war, hatten sich schon zuvor gezeigt.

Die Kardiologen Dr. Harris und Dr. Chamberlain sind nachträglich zu dem Ergebnis gekommen, daß das Herz von Ovett wahrscheinlich schon in Los Angeles von einem Virus befallen war. Ob eine Virusinfektion vorliegt, die inzwischen abklingt, läßt sich nur durch einen operativen Eingriff oder durch tägliche Tests überprüfen. Ovett: „Ich bin ein Feigling. Ich habe mich gegen die Operation und für die tägliche Überprüfung entschieden.“

Einen Wunderläufer nannte die internationale Presse jahrelang Steve Ovett. Zahlt er jetzt den Preis für diese einstige Ausnahmestellung? Das höchste, was ihm jetzt die Ärzte an Anstrengung erlauben, sind Spaziergänge auf der Strandpromenade seiner Heimatstadt.

im kommenden Jahr ein Comeback versuchen.

Handball-Anschluss
Basel (sid) - Wenig attraktive Gegner wurden den deutschen Vereinen im Handball-Europapokal für das Achtelfinale zugelost. Zwischen dem 12. und 18. November werden die Klubs in folgenden Begegnungen die Hin- und Rückspiele bestreiten. Männer: Septemberfinale Sofia - TV Großwallstadt; Reichenbacher Füchse Berlin - Otnar St. Gallen; TUSEM Essen - Proleter Nafta Gas (Jugoslawien); Frauen: Bayer Leverkusen - ZVL Presov; VfL Sindelfingen - Balonmano Hernani (Spanien); TV Lützellinden - AIA Tranbjerg (Dänemark).

England: Mehr Zuschauer
London (dpa) - Die englische Fußball-Liga meldete Besucherzuwachs. In den bisherigen elf Meisterschaftsrunden, also nach einem Viertel des Programms, wurden in der ersten Division im Vergleich zum Vorjahr rund 250 000 Zuschauer mehr verzeichnet.

Graf boxt in Stuttgart
Ludwigsburg (sid) - Am 3. November wird der in der Starvolleys-Anstalt Ludwigsburg einsetzende Mannheimer Boxerboxer Charly Graf zu einem Ausscheidungskampf um die Deutsche Meisterschaft im Schwergewicht antreten. Gegner ist in Stuttgart der ehemalige Deutsche Meister Bernd August (Berlin).

Tracy Austin will spielen
New York (sid) - Die frühere amerikanische Weltklassispielerin Tracy Austin will wieder Tennis spielen. Nach mehr als einjähriger Pause wegen bislang ungeklärter Rücken- und Schulterschmerzen will die 21-jährige

„Zahlen“
Fussball, Nachholspiel von Dienstag: Bochum - Kaiserslautern 3:0 (1:0).
Tischtennis
Deutsche Pokalmeisterschaft in Hamm: Saarbrücken - Düsseldorf 5:2, Grenzau - Steinhausen 5:3, Reutlingen - Albstadt 5:3.
Radsport
43. Dortmunder Sechstagerrennen, Endstand: 1. Moser/Pijnen (Italien/Holland) 420 Punkte, eine Rd. zur: 2. Frank/Oersted (Dänemark) 428, zwei Rd. zur: 3. Schütz/Clark (Deutschland/Australien) 519, 4. Toume/de Wilde (Belgien) 304, drei Rd. zur: 5. Kristin/Rinklin (Deutschland) 337.
Tennis
Hallen-Turnier in Wien, Herren-Einzel, erste Runde: Becker (Deutschland) - Novacek (CSSR) 6:4, 6:7, 6:1.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM
10.00 heute
10.05 Fußball-Europapokal 2. Runde - Hinspiele
11.05 Mitternacht Straße 41
11.15 heute
11.20 heute
11.25 heute
11.30 heute
11.35 heute
11.40 heute
11.45 heute
11.50 heute
11.55 heute
12.00 heute
12.05 heute
12.10 heute
12.15 heute
12.20 heute
12.25 heute
12.30 heute
12.35 heute
12.40 heute
12.45 heute
12.50 heute
12.55 heute
13.00 heute
13.05 heute
13.10 heute
13.15 heute
13.20 heute
13.25 heute
13.30 heute
13.35 heute
13.40 heute
13.45 heute
13.50 heute
13.55 heute
14.00 heute
14.05 heute
14.10 heute
14.15 heute
14.20 heute
14.25 heute
14.30 heute
14.35 heute
14.40 heute
14.45 heute
14.50 heute
14.55 heute
15.00 heute
15.05 heute
15.10 heute
15.15 heute
15.20 heute
15.25 heute
15.30 heute
15.35 heute
15.40 heute
15.45 heute
15.50 heute
15.55 heute
16.00 heute
16.05 heute
16.10 heute
16.15 heute
16.20 heute
16.25 heute
16.30 heute
16.35 heute
16.40 heute
16.45 heute
16.50 heute
16.55 heute
17.00 heute
17.05 heute
17.10 heute
17.15 heute
17.20 heute
17.25 heute
17.30 heute
17.35 heute
17.40 heute
17.45 heute
17.50 heute
17.55 heute
18.00 heute
18.05 heute
18.10 heute
18.15 heute
18.20 heute
18.25 heute
18.30 heute
18.35 heute
18.40 heute
18.45 heute
18.50 heute
18.55 heute
19.00 heute
19.05 heute
19.10 heute
19.15 heute
19.20 heute
19.25 heute
19.30 heute
19.35 heute
19.40 heute
19.45 heute
19.50 heute
19.55 heute
20.00 heute
20.05 heute
20.10 heute
20.15 heute
20.20 heute
20.25 heute
20.30 heute
20.35 heute
20.40 heute
20.45 heute
20.50 heute
20.55 heute
21.00 heute
21.05 heute
21.10 heute
21.15 heute
21.20 heute
21.25 heute
21.30 heute
21.35 heute
21.40 heute
21.45 heute
21.50 heute
21.55 heute
22.00 heute
22.05 heute
22.10 heute
22.15 heute
22.20 heute
22.25 heute
22.30 heute
22.35 heute
22.40 heute
22.45 heute
22.50 heute
22.55 heute
23.00 heute
23.05 heute
23.10 heute
23.15 heute
23.20 heute
23.25 heute
23.30 heute
23.35 heute
23.40 heute
23.45 heute
23.50 heute
23.55 heute
24.00 heute

Wege aus der Abhängigkeit - Zu der Sendereihe „Sucht Hilfe“ im ZDF

Rosarote Sonnenbrillen für die Seele

Ausfüllen und helfen“ - unter diesem prägnanten Prinzip kämpft seit zwanzig Jahren Hans Mohl (56), der Leiter der Gesundheitsredaktion des ZDF. Er will aus der Praxis der Medizin die wichtigsten Informationen für die alltägliche Praxis des Zuschauers weitergeben als Lebenshilfe im Kampf gegen die unbewältigten Gesundheitsgefahren unserer Wohlstandsgesellschaft. Mit 13 Beiträgen informiert in dieser Woche das ZDF über Suchtkrankheiten, denn die Probleme der Sucht werden nur allzuoft zu spät erkannt, ignoriert und bagatellisiert. So gelten Alkoholismus und Medikamentensucht als die am besten bewährten Geheimnisse vieler Familien. Mohl: „Unser Ziel ist

es daher, das Thema „Sucht“ zu enttabuisieren, die Zuschauer über die Situation von Abhängigen aufzuklären und den Süchtigen oder Suchtgefährdeten gangbare Wege aus der Abhängigkeit zu zeigen.“

Drogen, Alkoholismus, Rauchen und Tablettenabhängigkeit sowie Mager- und Fettsucht werden in den einzelnen Fernsehbeiträgen behandelt. Denn in der Bundesrepublik sind allein über fünf Millionen Menschen süchtig, das heißt, sie sind krank. Doch von unserer Gesellschaft werden sie meistens nicht als Kranke akzeptiert, sondern als Außenseiter behandelt. Die Folge: Die Süchtigen versuchen, ihre Krankheit zu verbergen, und treiben dabei immer tiefer in den körperlichen und sozialen Ruin. An erster Stelle der Suchtkrankheiten steht der Alkoholismus. In Fil-

men wird gezeigt, wie stark diese Sucht sich physisch und psychisch auswirken kann, wie sie Menschen zerstört und viele Familien belastet.

In der Bundesrepublik gibt es zwei Millionen Alkoholabhängige; jährlich sind 17 000 Todesfälle als Folge der Trunksucht zu beklagen. Schon jeder zehnte Bundesbürger hat ernsthafte Schwierigkeiten mit der Flasche, und die Zahlen steigen noch immer ständig. Jedes zehnte Krankenhaus wird heute von einem Patienten belegt, dessen Krankheitsursache von der Droge Alkohol herrührt. Und jährlich werden bei uns über 2000 behinderte Kinder durch Alkohol-Schäden geboren. 60 Prozent aller Vergewaltigungen, 36 Prozent aller Mord- und jeder 7. Verkehrsunfall sind unter Alkoholeinfluss geschehen.

Neben Alkohol rangiert die Gefahr der Drogen- und Tablettenabhängigkeit über eine halbe Million Menschen in Deutschland nehmen mehr oder weniger regelmäßig illegale Drogen. 400 000 davon sind jünger als 25 Jahre. 1983 gab es in der Bundesrepublik allein 472 Drogentote. Die gefährlichste Droge ist Heroin, sie macht körperlich abhängig, daß ein plötzlicher Entzug oft tödlich endet. Um sein nötiges Quantum an Stoff zu organisieren, braucht ein Drogenabhängiger pro Tag zwischen 300 und 500 DM. Das bedeutet: entweder man geht auf den Strich, und zwar Frauen wie Männer, man stiehlt oder verdient sein Geld als Kleindealer.

Die dritte große Gefahr ist die Tablettenabhängigkeit. Während bei den weitverbreiteten Suchtkrankheiten Alko-

holismus und Rauschgiftsucht über ihre Erscheinungsformen oft spektakulär berichtet wird, sind die Auswirkungen sowie die Auswirkungen des Tablettenmissbrauchs weit weniger bekannt. Nach Schätzungen leben derzeit etwa 300 000 bis 500 000 Arzneimittelabhängige unter uns. Die genaue Zahl kennt niemand, denn die Tablettenabhängigkeit wird nicht systematisch erfaßt. Nach einer Statistik nehmen innerhalb 17 Prozent der Bundesbürger täglich Medikamente ohne medizinische Notwendigkeit, vielmehr als „Sonnenbrille für die Seele“. Die Einnahme der „kleinen bunten Freudenpendler“ geht durch alle sozialen Schichten.

Auch die Millionen suchende Raucher wird in dieser Sendereihe angesprochen. Noch steht allerdings die Nikotinsucht ziemlich außerhalb des allgemeinen Gefährdungsbewußtseins, was von vielen Medizinern heftig kritisiert wird. Immerhin: fünf Millionen der achtzehn Millionen Raucher in der Bundesrepublik Deutschland versuchen von der Zigarette loszukommen. Welche Methoden, welche Chancen sich anbieten, um am besten zum Ziele zu gelangen, erklären Mediziner aus dem Forschungsinstitut für präventive Onkologie (vorbeugende Krebsheilkunde) der Universität Heidelberg sowie Mitglieder des Sachverständigenbeirats „Rauchen und Gesundheit der Weltgesundheitsorganisation (WHO)“. Mit diesen Sendungen in der Schwerpunktwoche will, so Hans Mohl, das ZDF helfen, daß die so vielfältigen Suchtprobleme genauer und schneller erkannt werden - „als erster Schritt der Hilfe und Vorbeugung“.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

KRITIK

Die Antwort gibt nur das Leben

Es ist nun einmal so, in unserem Fernsehen: Auf dem einen Kanal sah man vor wenigen Tagen einen landbekannten Schluckspecht in einer TV-Talkshow volltrunken seine Spätleben, im zweiten Programm bemühten sich die Macher, die Alkoholgefahr ins Bewußtsein ihrer Zuschauer zu bringen. Wie kommt das zu dem? - so könnte man im nördlichen Slang fragen. Die Antwort gibt nur das Leben: Es ist halt so.

Seien wir dennoch froh, daß es überhaupt Sendungen gibt wie die erschütternd-trübselige des ZDF (im Rahmen der „Suchtwoche“): Kirsten und Bernd oder Der lange Weg zu mir. Da hatten Crissy Henning und Jürgen Alberts den Mut, ein Alkoholiker-Paar öffentlich zu machen, will sagen, es erzählen zu lassen, wie es schief geworden ist und in gegenseitiger Hilfe den Alkoholismus überwand. Kirsten hat mit neun getrunken, Bernd mit sechzehn. Ihr Schicksal macht überhaupt erst die Ziffern verständlich, die uns die Statistik vorlegt: In der Bundesrepublik haben wir 1,5 Millionen Alkoholiker, davon mindestens 160 000 Jugendliche. Das Ungeheuerliche dieser Ziffern wird aber erst am konkreten Einzelbeispiel vorstellbar.

Allein dafür ist der Film zu loben. Vor allem aber für die Kitzelkette, aber real vorgelebte Hoffnung, die das junge Paar in die Öffentlichkeit transportiert, denn alles in der Sendung ist authentisch, es ist kein erdichtetes Spiel, aus Fiktionsrechten entnommen, sondern es sind Menschen, die es gibt, mit ihren Nöten und ihrem Mut, ihrer Schwäche und ihrer Stärke. Das Ende des Films ist voller Hoffnung. Man sieht ein junges, glückliches Ehepaar, das Kind spielt, eine Idylle.

Fredlich, ein Amt ist immer dabei. Es kommt ein Schreiben. Darin steht, daß Bernd der Führerschein verweigert wird. Eben darum.

Ein trübes Bild der Republik

Die parlamentarische Demokratie hat längst Schaden genommen“, sagte der Moderator Günther von Lowjewski am Dienstagabend in Report über die Auswirkungen der Flick-Zahlungen - und Lowjewski ist noch einer der moderatsten im Fernsehen. Doch diesmal zeichnete die Sendung ein trübes, fast hoffnungsloses Bild der Republik. Die Kriminalitätsrate steigt unaufhörlich, die Zahl der Gewaltverbrechen hat sich in zwanzig Jahren fast verdoppelt. Und der Zufall schützt inzwischen besser vor

der Kriminalität als das System, wie es im Filmbeitrag hieß.

Dann ein Bericht über die „neue Armut“ in Deutschland: Einige saken aus der Mittelschicht durch Schuldprobleme in einen Circulus vitiosus, denken vor der Kamera an Selbstmord, drehen am 15. die letzten Groschen des Monats um. Hier vermag die Politik, die sich über „diese Vernichtung bürgerlicher Existenz“ (verursacht durch Zinssteigerungen und Baurisiko) „noch keine Gedanken gemacht hat“, wie Report berichtete - insgesamt also ist damit kein Staat mehr zu machen, bietet sich als Schlussfolgerung an.

So wandte sich (auch) Report der grünen Alternative zu, und dabei verurteilte sie die Zukunft. Eine Mischung von Zivilisationskritik, Antikapitalismus und Kulturpessimismus verbindet sich zu einer volksverdummenden, teilweise stark nationalen, totalitären Verführung mit dem Versprechen, die Lösung aller Übel anzubieten - so analysierte der Bonner Professor Karl Dietrich Bracher die neue Partei.

Als wolle er ein Beispiel für diese These liefern, erfindet Grünen-Geschäftsführer Walde im Interview die „machbaren Illusionen“. Report wird noch häufiger Gelegenheit haben, über den Schaden zu berichten, den unsere Demokratie nimmt.

DETLEV AHLERS

STANDPUNKT

Die Umfrage

Andere Länder, andere Auffassungen? Nach einer Umfrage des französischen Instituts L'IFOP wählten 1012 repräsentativ ausgesuchte Personen den Einbahnseger Eric Tabarly zum Sportstar ihres Landes.

Abgeschlagen auf dem zweiten Platz folgt der Fußballspieler Michel Platini vor dem Tennisspieler Yannick Noah, dem Formel-1-Fahrer Alain Prost, dem Rugby-Haudegen Jean-Pierre Rives, dem Radsport-Heros Bernard Hinault und dem Stabhochsprung-Olympiasieger Pierre Quinon.

Doch der dröhnende Applaus, scheinbar Volkes Stimme, hat nicht den Ausschlag gegeben. Eric Tabarly, diese britische Legende, diese „figure historique“ („L'Équipe“), machte das Rennen.

Ein Mann, dem die Befragten neben hoher Intelligenz und hervorragender körperlicher Verfassung vor allem ein erhebliches Quantum an Moral bescheinigten. Womit nicht nur der Kampfeswille gemeint war.

Umfragen dieser Art, stets umstritten, werfen ein Schlaglicht auf das, was der Sport, seine Ereignisse und Akteure verursachen können. Es ist wohl mehr als nur der Torschrei oder der flüchtige Applaus für den vorbeilebenden Athleten.

KLAUS BLUME

NACHRICHTEN

Belgrad bietet sich an

Belgrad (dpa) - Der Sekretär des jugoslawischen Nationalen Olympischen Komitees (NOK), Caslav Veljic, hat gestern erneut darauf hingewiesen, daß bei Schwierigkeiten in Seoul die Olympischen Sommerspiele 1988 in Belgrad ausgetragen werden könnten. Das sagte der Sportfunktionär gegenüber der jugoslawischen Nachrichtenagentur Tanjug. Bereits am Sonntag hatte er diesen Vorschlag in einer Pressekonferenz des jugoslawischen NOK geäußert, bei der auch nordkoreanische Journalisten anwesend waren.

Gute Chancen für Bogdan

Hamburg (sid) - Der Rumäne Stefan Bogdan, der noch bis zum Jahresende als Honorartrainer in der deutschen Turnschule Frankfurt unter Vertrag steht, ist der wohl aussichtsreichste Kandidat für die Stelle des Bundestrainers. Der bisherige Bundestrainer, der Amerikaner Eric Singer, wird abgelöst.

Lotto in Frankreich

Paris (sid) - Zur finanziellen Unterstützung des Sports wird in Frankreich ab 1985 das Wetspiel „Loto Sportif“ eingeführt. Dies gab Sportminister Alain Calmat in Paris bekannt.

Koch wieder dabei

Frankfurt (sid) - Rückraumspielerin Hannelore Koch (Grün-Weiß Frankfurt) wird nach fast zweijähriger Pause voraussichtlich ein Comeback in der Handball-Nationalmannschaft versuchen. Die 24-jährige, die in 83 Länderspielen 202 Tore erzielte,

FUSSBALL / Transfersystem erneut gefährdet

Schüler und die Folgen

sid/dpa, Düsseldorf
Fußball-Profi Wolfgang Schüler sorgt für Unruhe beim Deutschen Fußball-Bund (DFB). Weil sich der 26-jährige Mittelfeldspieler nach seinem Wechsel vom Karlsruher SC zu Borussia Dortmund wegen finanzieller Forderungen von 150 000 Mark an ein Gericht wandte, scheint die Transferpraxis erneut gefährdet. Das Transfersystem des DFB ist in Juristenkreisen schon lange umstritten: Weil es die Rechte der Spieler einschränkt, sei es mit dem Grundgesetz und Normen des Arbeitsrechts nicht vereinbar.

Ein Verfassungsurteil existiert jedoch nicht, weil der DFB es bisher immer verstand, im Vorfeld eine Einigung mit den Betroffenen zu erwirken. 1979 schien die Transferpraxis erstmals gefährdet, als der ehemalige Berliner Spieler Jürgen Baake bis in die zweite gerichtliche Instanz ging, weil sein Vereinswechsel an einer zu hoch angesetzten Ablösumme scheiterte. Vor einer endgültigen Entscheidung wurde der deutsche Profifußball damals durch die Reamateurisierung des Berliner bewahrt.

Auch diesmal hofft der DFB, ein Verfassungsurteil abzuwenden zu können: „Wir hoffen auf die Einsicht der

Betroffenen“, sagt DFB-Justiziar Götz Eilers. Dazu muß bis zum 31. Oktober eine Einigung zwischen den Parteien erreicht werden, die jedoch durch die Führungskrise bei Dortmund erschwert wird. Schüler fordert nach wie vor 150 000 Mark, die ihm von der Borussia versprochen wurden, weil er angeblich eine Zustimmung des KSC besaß, die ihm einen Wechsel für 200 000 Mark in Aussicht stellte. Weil Karlsruhe jedoch 600 000 Mark forderte, erhielt Schüler noch keinen Pfennig.

Falls bis zum 31. Oktober keine gültige Einigung erzielt wird, ist nicht auszuschließen, daß die Transferregelung im anschließenden Kammertermin dem Verfassungsgericht zur juristischen Prüfung weitergereicht wird.

Abgesehen von den Sorgen um die künftige Transferpraxis suchte der DFB jüngst nach Möglichkeiten zur Attraktivitätssteigerung der Bundesliga. Als Ergebnis einer in Auftrag gegebenen Markt-Analyse machte Präsident Neuberger gestern folgende Vorschläge: Reduzierung der 1. Bundesliga auf 18 Vereine, Spieltage nur noch am Freitag oder Samstag sowie eine zehnwöchige Winterpause.

BUNDESLIGA / Bochums Aufstieg mit Fischer

Ziel ist der UEFA-Cup

dpa/sid, Bochum
Trotz chronischer Finanzprobleme seines Vereins wird Ottokar Wüst, der Präsident des VfL Bochum, bereitwillig wie nie zuvor in seiner 20-jährigen Amtszeit eine Überweisung von 50 000 Mark vornehmen. Dieser Betrag wird an den 1. FC Köln laut Vertrag als Nachschlag zur Ablösumme von 100 000 Mark fällig, falls Klaus Fischer am Freitag gegen Arminia Bielefeld zum zehnten Mal für Bochum das Tor treffen sollte.

Nach der Führung von Kuntz (22. Minute) hatte Fischer nicht nur mit seinen Saisontreffern Nummer acht und neun (76. und 84.) maßgeblichen Anteil am überzeugenden Sieg über den 1. FC Kaiserslautern. Das 260. Bundesliga-Tor zum 3:0 (1:0)-Endstand krönte eine Glanzleistung des 34-jährigen, die 15 000 begeisterte Zuschauer nach dem Abpfiff euphorisch feierten.

Und Bremens Trainer Otto Rehhagel rief sich auf der Tribüne verunziert die Augen. „Ich habe schon viel über ihn gehört. Aber was Fischer heute gezeigt hat, ist Bundesliga-Spitzenklasse.“

Der Mann aus Wiesel ist wahrlich ein Glücksfall für den VfL Bochum. Mit seinen Toren katapultierte er die

Mannschaft (10:8-Punkte) in ungewohnte Tabellenregionen. Gleichzeitig versteht er die Mannschaft zu einer Leistung zu treiben, die Kaiserslauterns Trainer Manfred Krafft respektvoll mit „einfach Spitze“ umriß.

Kraft spannte den Bogen sogar noch weiter: „Diese Bochumer werden noch lange an der Spitze mitspielen. Sie spielen zu Hause so aggressiv wie wir am Betzenberg.“

Jahrelang hatte Ottokar Wüst von einer jungen Mannschaft, die noch Zeit zur Reife brauche, gesprochen. In dieser Saison ist alles anders. Nicht junge Spieler führen den VfL Bochum zu neuen Ufern, sondern Algediente, die bei anderen Klubs ausgemustert wurden. Zum einen ist das Libero Jupp Tenhagen (32), zum anderen eben Klaus Fischer.

Bochums Trainer Rolf Schafstall sieht die Situation seines Vereins so: „Wir sammeln weiter Punkte gegen den Abstieg. Solch begeisternde Spiele wie am Dienstag kann man nicht jeden Tag liefern.“

Klaus Fischer ist da anderer Meinung: „Wenn's weiterhin so gut läuft, verheißt ich dem VfL Bochum vielleicht erstmals zu einem Platz im UEFA-Cup.“

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute	11.35 Sonntag
10.05 Fußball-Europapokal 2. Runde - Hinspiele	12.10 Kommissar D
11.05 Mitternacht Straße 41	12.55 Presseschau
	13.00 heute
14.00 Tagesschau	14.00 heute
14.10 Die wichtigsten Möglichkeiten	14.05 Un-Substanz
14.55 Kampfbelle	Siebtägige Reihe
17.00 Tele-Lektion	1. Teil: Binder und Eckel
Cowboy-Lieder	Die beiden Rottner Binder und Eckel, der eine Meisterkünstler, der andere Fliesenleger, wollen einen jungen Mann die Wohnung einrichten helfen. Doch den beiden Herren fällt es gar nicht so leicht, miteinander auszukommen. Anschl. heute-Schlagzeilen
17.50 Tagesschau	14.55 Film Premiere
Dazw. Regionalprogramme	... auf der Felseninsel
20.00 Tagesschau	Orteil Quentin wird inzwischen von Mr. Johnson gefangen gehalten und soll unter Androhung von Gewalt das Geheimnis seiner sensationellen Erfindung preisgeben.
20.15 Vom Caro-Park zur Pershing	17.00 heute / Aus den Ländern
Die Hittlerstellung Amerikaner in der Nachkriegszeit bewirkt bei vielen Bundesdeutschen eine Idealisierung der USA, die derzeit durchgeführte Stationierung von amerikanischen Pershing-3-Raketen in Bielefeld besonders unter Jugendlichen einen massiven Antiamerikanismus aus. Grund genug für Peter Staisch, über die Geschichte des deutsch-amerikanischen Verhältnisses zu berichten, wobei er auch prominente Befürworter und Gegner unserer Atompolitik zu Wort kommen läßt.	17.10 Tele-Blitz
21.00 Bel Rio	17.30 Ton und Jazz
Gespräche und Musik live	Anschl. heute-Schlagzeilen
22.00 Titel, Themen, Temperamente	18.30 Eine reizende Familie
Ein Kulturglossar	19.00 heute
u. a. Der Fotograf Henri Lortigue / Das ungeliebte NS-Archiv	19.30 Danks-Dein
22.30 Tagesschau	21.00 Wer ist betroffen?
23.00 Alles in Butter	Top der Suchthilfe im ZDF
Wirtschaftskrimi von Dieter Meischner	1. Teil: Tote, Fragen, Beispielen im „Gesundheitsmagazin Praxis“
0.40 Tagesschau	Moderation: Hans Mohl
	21.45 heute-Journal
	22.05 Wer kann helfen?
	2. Teil: Antworten, Beispiele, Hinweise in „5 nach 10“
	Moderation: Hans Mohl
	Anschl. heute



FOTO: RÖHNERT

III.

WEST	18.00 Telekolleg II
	19.00 Aktuelle Stunde
	20.00 Tagesschau
	20.15 Der Stromkann
	Amerikanischer Spielfilm (1975)
	Mit Woody Allen u. a.
	21.45 Das Internet
	Ansichten von einem Lebensraum
	22.15 Die V-Waffen
	Schick über Hitler „Verleugungswort“
	23.00 Kino 74
	Filmprogramm
	23.45 Letzte Nachrichten
NORD	19.15 Die Pore - Personen beschreiben ihr Land (5)
	20.00 Tagesschau
	20.15 Der Zauberkreis
	DEFA-Filmkomödie „DDR“ (1978)
	21.00 Jazz
	Kultur aktuell
	22.40 Joe Williams und die Count Basie Allstars
	23.40 Nachrichten
HESSEN	19.00 Stern von Rio
	Deutscher Spielfilm (1940)
	Mit Lo Jann
	20.20 Alfred Theodor
	21.30 Das Bild der Woche
	21.45 Drei aktuell
	22.45 So weit von Indien ...
	23.30 Die Schrecken des Krieges
	Letzter Teil
	23.25 Schwach-WM
SÜDWEST	18.00 Die Sendung mit der Maus
	18.30 Telekolleg II
	Gemeinschaftsprogramm:
	19.30 Nachrichten
	19.35 Der Mordende Alibi
	Schweizer Fernsehfilm
	20.30 Sonntag aus Licht
	21.00 Sport
	22.45 Nachrichten
BAYERN	19.00 Eine unwürdige Existenz
	20.15 Die Mitternacht Show
	20.45 Z. E. M.
	22.45 Christele in Albing
	21.15 Gefährliche Musik (5)
	21.30 Geschichten
	21.45 Gespräch zur Sendung „Freunde“
	22.45 Die Gefährten von Hongkong
	0.40 Nachrichten
	0.45 Actualités

Alles Gute für den Gast

ef - Der halbwegs mit Spesen ausgestattete reisende Geschäftsmann, so schrecklich fern von Familie, Anreger und dem Herd mit Frau Gattin, kann sich in unseren glücklichen Tagen kaum noch beklagen. Die strammten Luxuskasernen für seine nächtliche Aufbewahrung sorgen gut für ihn. Begibt sich unser Reisender nicht ins Nachtleben, sondern auf Stube mit Spanntapich, bleibt er im Bereich der Fürsorge. Dank des Schlüsselchens neben dem Zimmerschlüssel kann er unglaublich kostspielige Alkoholeika einem Kühlschrankchen entnehmen - „Münster“ ist ein Wort, so wunderbar.

Während er nuckelt, melden sich plötzlich Geist und Seele. Aber auch dort ist vorgesorgt: „Verehrter Gast, wenn Sie sich bei gutem Kino entspannen wollen und sich für einen der internationalen Filme aus dem Atlas-Hotelprogramm entschieden haben, bedienen Sie bitte

die Video-Einheit vom Terminal neben Ihrem Bett.“ Nun ja, und das tut er dann mit einer Lochkarte, denn was nun auf den Bildschirm kommt, kostet neun Mark extra.

Der Reisende hat die Wahl, links stehen Filme mit Vulkaneruptionen, oder Alain Delon, Yves Montand, ein Atom-U-Boot in Nöten. Rechts stehen Filme, und die heißen „ Erotische Phantasien“ oder „Nackte Eva“, will sagen: „Stunden wilder Lust“. Schweinskram also, Schweinskram in Massen. Neun Vorstellungen am Tag, die erste morgens um sieben, die letzte morgens um vier. Natürlich nicht alle auf einmal, sondern immer nur einer pro Tag.

Da greift der reisende Geschäftsmann natürlich stets zur Vulkaneruption. Doch die Lebenshilfe vom Hotelbett aus muß natürlich zur Ganze gewürdigt werden. Wozu nun auch Schweinskram angeboten wird, das weiß ich auch nicht - höre aber erleichtert, daß diese Offerte nicht nur in Berlin vorliegt, sondern auch in anderen Hotels, etwa im sattenstrengen Schottland.

Das Kulturzentrum der Cartier-Fondation bei Paris

Im Festzelt aus Pappe

Wir sind mit ganzem Herzen für die Kunst und in der Kunst, aber wir sind keine almodischen, verstaubten Mäzene, die sich an längst Vergangenes bezaubern, sondern wollen dem Neuen radikal die Türen öffnen, wollen es nur mit lebenden Künstlern zu tun haben“, verkündete Alain Perrin, Generaldirektor von Cartier, bei der Eröffnungsfest der neuen Kunstzentren der Cartier-Fondation in Paris im pyramidenförmigen Festzelt aus Pappkarton. Was er meinte, wurde den zweihundert Gästen aus aller Welt Minuten später fallend vor Augen geführt: Unter ohrenbetäubendem Knall flog eine der Wände weg und gab den Blick frei auf das Bildhauer Césaire's neue Kunstwerk, eine „Hommage an Gustav Eiffel“, 16 Meter hoch und fast ebenso breit, aus Kieferholz aufgestellten Resten des Eiffelturms zusammengepackt. In den bläulich-roten, von Dutzenden von Projektoren variierten Schattierungen des bärigen Fauns wie der Einschlag eines Meteoriten in die liebliche Privillität der Belle Epoque, machte sich aber vorzüglich zu Armands schon vorher aufgestelltem „Longterm Parking“ (einem 18 Meter hohen Turm aus zusammengepackten Autowracks) oder Gemälden der Kanadierin Lisa Milroy und den Skulpturen des Engländer Julian Opie.

Der Präsident von Cartier, das vor einigen Jahren aufhörte, ein Familienunternehmen zu sein, ist ein junger, ungewöhnlich dynamischer Bretoner von 42 Jahren, der seine ganze Karriere an der Place Vendôme machte, ehe er sich 1981 in den Sessel des Generaldirektors der Cartier-Gesellschaft schwingen konnte. Perrin liebt Rennautos, Feuerzeuge, Hochsegele und vor allem moderne Kunst. Sinn für Publizität bei Perrin und für skurrile Schöpfungen bei seinem Freund César gingen 1982 eine

Neu entdeckt - Nikolaus Lenau „Faust“ in Chur

Das Messer in das Herz

So eine Dirne lustentbrannt/ Schnecken besser als ein Follant.“ Der Vers stammt aus dem unglücklichen Dichters Nikolaus Lenau (1802 bis 1850) dramatischer Faust-Dichtung von 1836. An dieses Werk wagt sich jetzt das Stadttheater von Chur, das den Kanton Graubünden, der Schweiz bespielt und eines der ärmsten Theater dort ist. Aber Theater mit den niedrigsten Subventionen haben oft die besten Spielpläne. In Chur, das sich ganze zehn Schauspieler leisten kann, wird jetzt unter der Leitung von Hans Henn an einer interessanten Faust-Duan-Trio gearbeitet. Sie umfaßt Shaws „Don Juan in der Hölle“ und Grabes „Don Juan und Faust“ und eben Lenau in der szenischen Realisierung von Günter Wisemann und Wolfram Frank.

Lenau „Faust“, erst 1913 am Stadttheater Bern uraufgeführt, lehrt das Zweifeln an allen geltenden Normen, den religiösen, philosophischen, sexuellen und politischen, ja sogar an den überkommenen literarischen Formen. Es ist ein Übergangsprodukt, unter Qualen geschrieben, und zugleich der Versuch mit neuen Ausdrucksmöglichkeiten Traditionelles zu bewahren und neue geistige Standpunkte zu finden.

Dem Stück geht es also weitgehend um ein philosophisches Erörtern der alten Menschheitsfrage nach Gott und seiner Wahrheit. Der „Faust“ des Lenau zweifelt an allem, auch am Erkenntniswert der Wissenschaft, die Bibel verbrennt er, gut Zureden von Geistlichen und Freunden hilft nicht, da trifft er auf Mephistopheles, den Gottverstoßenen, der sich als Anatomiechirurg entpuppt, die Faust gerade zwecks Wahrheitsgewinnung zerschneppeln will (der Faust Helmut Kirschner und der Mephistopheles Bert Stevens machen das sehr hübsch). Die folgenden Vorgänge

werden kommentiert von einem Sprecher (Erwin Leimbacher), so daß oft der Eindruck entsteht, bei Lenau handele es sich um einen Vorläufer des epischen Theaters.

Mephistopheles also verspricht im Blutpakt, Faust zur Wahrheit zu führen. Auch hier steht am Anfang die Verführung zur Sinnlichkeit. Die schönste Frau des Landes liebt Faust an, ihn mit ihrer Liebe zu erlösen, aber im Zweikampf erschlägt er ihren Mann, den Herzog, und damit hat Mephistos Absicht, ihn zum Mörder werden zu lassen, gesteht.

Nun beginnt sein Weg in die Einsamkeit, stets geführt vom Teufel. Am Grab seiner Mutter, der zentralen Szene der ganzen Aufführung, beweint Faust den Verlust seiner Seele. Er sieht sich wie weiland der wirkliche Lenau, den die Enttäuschung des mißlungenen amerikanischen Emigrationsversuches bis zum Ende seines Lebens im Wahnsinn geprügelt hat, in die endlose Weite des Meeres. Bei einem schweren Sturm ertrinkt er einen feigen Kapitän, sein Lebensschiff zerschellt sinnbildlich. In einer Hafenschenke feiert er mit anderen überlebenden Matrosen und einer Dirne (Gisela Schulze) die Existenz schlechthin. Der starke Görg (Christoph Schaad) entwickelt ihm seine Philosophie des Sieges der Starken über die Schwachen. Das fasziniert Faust für kurze Zeit. Dann kommt er jedoch wieder zu sich, hofft, Gott werde ihm seine Lasterungen und Verbrechen verzeihen, aber er hat - wie der wirkliche Lenau - nicht mehr die Kraft zu einem neuen Anfang und „träumt sich das Messer in das Herz“.

Das Ganze wird als modernes Stück gespielt, mit modernen Kostümen und einem alten Landschafts-panorama von Peter Rieder, das hier genau richtig ist. Der Beifall blieb da nicht aus. CHRISTIAN ANDRÉE

Venedigs Prachtstücke - „Der Schatz von San Marco“ in Kölns Römisch-Germanischem Museum

Der Stuhl, auf dem ein Heiliger saß

Als die Griechen vom Reichtum Illions geblendet zum Trojanischen Krieg aufbrachen, nahmen sie die fragwürdige Entführung der schönen Helena zum Vorwand für ihre Machtgelüste. Als die Venezianer im Jahre 1204 den unerträglichen Glanz der Kaiserstadt Byzanz auslöschten, brauchten sie als Vorwand keine entführte Prinzessin. Ein geflohenen Griechenprinz tat ihnen die gleichen Dienste. Der greise Doge Enrico Dandolo machte sich die missionarische Idee der Kreuzzüge zunutze und leitete den vierten, der eigentlich gegen Ägypten geplant war, mit erpresserischem Nachdruck um auf ein lohnenderes Ziel, auf Konstantinopel. Die „schönen“ Folgen dieses Kriegszuges sind jetzt in der Ausstellung „Der Schatz von San Marco“ im Römisch-Germanischen Museum in Köln zu bewundern.

Die Eroberung der „reichsten Stadt der Welt“ wurde zu einem schwarzen Tag der Weltgeschichte. Weder Jerusalem noch Rom hatten ähnliches Elend erleben müssen. „Seit der Erschaffung der Welt ist noch in keiner Stadt so viel Beute gemacht worden“, schrieb der französische Chronist Villehardouin als Augenzeuge. Von den maß- und wahllos plündernden christlichen Kreuzrittern unterschieden sich die Venezianer durch die methodische Auswahl ihrer Kunstbeute. Während jene, wie ein griechischer Augenzeuge klagte, „von allen alles“ nahmen, wählten diese nur vom Besten das Beste. Kein Wunder, daß daraus in San Marco der reichste Kirchenschatz der Welt entstand.

Man sollte darüber keine moralischen Betrachtungen aus heutiger Sicht anstellen. Auch der Louvre wäre nicht die größte Schatzkammer der Kunst ohne die Beutestücke, die Napoleon aus den Museen Europas nach Paris schaffen ließ. Die Schatzkammer von San Marco erlitt übrigens schon hundert Jahre später erhebliche Einbußen durch einen verheerenden Brand, und natürlich blieb sie auch unter Napoleon von den Zugriff der Eroberer nicht verschont. Die Österreicher allerdings sorgten dann, als Venedig ihnen zugefallen war, für die Rückkehr aller kostbaren Gegenstände des Schatzes von San Marco, einschließlich der Edelsteine und Perlen, die man gesammelt hatte, um sie an anderer Stelle zu verwenden, nachdem alles Gold und Silber in die Staatskassen gewandert war.

Natürlich besteht nicht der gesamte Kirchenschatz Venedigs, der zugleich auch Staatsschatz war, aus Beutegut. Es läßt sich nur noch schwer feststellen, was vor 1204 bereits vorhanden war. Jedenfalls sorgten auch nach der Eroberung Kon-



San Venedigs reicher Schatzkammer: Lampe oder Leuchtergefäß (Lampadario, Ende des 12. Jh.), aus der Ausstellung in Köln

stantinopels die lateinischen Kaiser, die sich Venedig verpflichtet fühlen, für reichen „Nachschub“ aus Byzanz.

Viele bedeutende Schätze kamen als Pfänder für Darlehen hinzu, das reiche Venedig finanzierte damals Kaiser und Könige, Kirchenfürsten und Städte und ließ sich seine Hilfe mit kostbaren Reliquien, Edelsteinen und Juwelen bezahlen. Nach dem Brand im 14. Jahrhundert regenerierte es seinen dezimierten Besitz auch durch Schöpfungen der einheimischen Goldschmiedekunst, die es im Wettstreit mit Byzanz bald zu eigenen Hochblüte brachte und als „opus venetum“, als venezianische Arbeit, in ganz Europa geschätzt und begehrt wurde.

Niemals sind bisher Stücke aus der Schatzkammer der Markuskirche anderswo gezeigt worden. Es ist den mazenatischen Bemühungen der Fir-

ma Olivetti zu danken (die schon „Die Pferde von San Marco“ und „Das Kreuzifix von Cimabue“ restaurieren half und dann auf Ausstellungsreisen schickte), daß der Schatz von San Marco jetzt zum erstenmal in einer repräsentativen Auswahl außerhalb Venedigs zu sehen ist. Das ist nicht zuletzt dem Umstand zu danken, daß die Schatzkammer zur Zeit renoviert wird. Nach Paris und London hat Köln jetzt das in Deutschland einmalige Glück, den „reichsten Kirchenschatz der Welt“ für ein Vierteljahr zu beherbergen, bevor er in New York zum letztenmal vor der Heimkehr Station macht.

Mehr als vierzig Werke der Glas- und Goldschmiedekunst findet man also im Römisch-Germanischen Museum zu Köln versammelt. Man sieht Schmuck und liturgisches Gerät aus Silber und Gold, Glas und Edelstein, Metall-Ikonen, Buchdecken, Lampen,

Gefäße, Schalen, Reliquiare. Sie zählen alle, wie versichert wurde, zu den historisch und künstlerisch bedeutendsten Werken des San-Marco-Schatzes. Sie sind Spiegelungen der Geschichte und wichtige Zeugnisse morgen- und abendländischer Kunst.

Natürlich ist die Pala d'Oro nicht dabei, die goldene Altartafel (ursprünglich ein Antependium), das kultische und künstlerische Hauptstück des Schatzes; sie ist nicht transportfähig, und wahrscheinlich wäre mit ihrer Ausleihe auch ein zu großes Opfer von den Venezianern verlangt worden. Aber ein anderes über drei Meter breites „goldenes“ Antependium (silbervergoldet auf einem Holzkern) ist zu sehen, das um 1300 in Venedig entstanden ist. Es stellt in zwei Relieffeldern die Geschichte des heiligen Markus sowie die zwölf Apostel zu Seiten des thronenden Christus dar.

Auch der „Stuhl des heiligen Markus“ aus hellgrauem Alabaster mit reichem Skulpturenschmuck ist zu sehen, ebenfalls ein Hauptwerk des Schatzes, das aus dem 6. Jahrhundert und möglicherweise aus Alexandria stammt. Da sind ein Kelch des Kaisers Romanus aus vergoldetem Silber mit Email und Perlen geschmückt, ein Eimer aus purpurfarbenem Glas aus dem 4. Jahrhundert, eine Kanne aus Achat, die sogenannte „Grotte der Jungfrau Maria“ aus Bergkristall, auf die Votivkrone des byzantinischen Kaisers Leon VI. montiert und mit Gold, Edelsteinen und Emaille auf Gold geschmückt, ausgestellt.

Die Auswahl der Edelsteingefäße ist so reich und bedeutend, daß - wie Daniel Alcouffe, der zuständige Konservator des Louvre, schreibt - sich an ihnen die Geschichte der Stein-schneidekunst von der Antike bis zum Ende des Mittelalters ablesen läßt. Die prachtvollen mit Steinschmuck und Perlen verzierten Buchdecken lassen die Frage zu, ob sie nicht ursprünglich als Ikonen geschaffen wurden.

Alle Stücke sind in pyramidenförmigen Einzelvitruinen ausgestellt, die sie in ihrer Schönheit und Eigenart voll zur Geltung bringen. Zugleich gestatten sie dem Besucher, sie von allen Seiten kennenzulernen. Denn unbeschadet ihrer historischen Bedeutung, die sich nur Kennern ohne weiteres erschließt, wollen diese Schätze vor allem auch um ihrer selbst willen betrachtet werden. Von jedem geht eine einzigartige individuelle Faszination aus, die womöglich alle kunsthistorischen und geschichtlichen Überlegungen überstrahlt. (Bis 27. Jan.; Katalog 48 Mark).

BO PLUNION

Christian Rischerts Film „Wenn ich mich fürchte“

An allem Rache nehmen

Ach, wie traurig blickt uns die Welt in den meisten neudeutschen Quälfilmen an! Auch in Christian Rischerts „Wenn ich mich fürchte“. Hier geht's um einen offenbar doch ganz erfolgreichen Filmregisseur in München. Der Mann (Horst Buchholz) lebt komfortabel. Er ist in seiner Mittelschicht. Sie sollte zwar bei seinen Verhältnissen zu überleben sein. Aber er ist von Miesepeterei betroffen. Er will nach Italien reisen, um endlich seiner Produktions-Depression zu entgehen. Bums, hat er einen Autounfall. Er muß in München bleiben.

Seine Ehe kriselt. Seine eigentlich ganz nette und verständnisvolle Gattin (Franziska Brome) bereitet ihm Ungemach. Seine liebe alte Mutter entdeckt er im Supermarkt bei einem Ladendiebstahl. Sie wollte nur, wie sie sagt, „an allem Rache nehmen“. Die Wehleidigkeit scheint also erblich zu sein.

Der trübsinnige Filmman treibt einen alten Schulfreund auf, der inzwischen als Koch auf dem Münchner Fernsehmarkt arbeitet. Der nette, alte Kumpel (Tilo Bredt) begehrt sich vom Turm stürzend Selbstmord. Schrecklich!

Nun aber will der Unglücksrabe und vereinsamte Filmenschaff gleich mit einem großen Zug durch die böse Vergangenheit und die fiese Gegenwart sich mit einem Filmprojekt wehren. Der Fernsehmarkt soll als deutsches Symbol eines prosperie-

renden Untergangs gelten. Die ganze Hitler-Quäl, den Krieg, die arbeitslose Nachkriegszeit und gleich auch eine Art Orwell'scher Gegenwart will er mit einem bedrückenden Angstfilm aufarbeiten und sich damit befrieren.

Was will ihm, obgleich er im „Hotel Vierjahreszeiten“ sich von seinen melancholischen Anwandlungen mit einem langwierigen Seitensprung zu erquickern und aufzurichten versucht, nicht gelingen. Er endet mit seiner manischen Weltfurcht, mit seinem abgrundtiefen Gegenwärtigkeit in einer Art bleibender Verwirrung. „Wenn ich mich fürchte“ trägt der Titel, aber warum und wo vor er sich eigentlich fürchten müßte, sagt der Film nicht.

Christian Rischert, der noch vor fünf Jahren mit seinem Film „Lena Rais“ immerhin einigen Anlaß zu Hoffnungen gab, steigt hier modisch und wirrlich in alle Gewässer der Wehleidigkeit ein. Der Film trifft der wahren Vereinsamung zeigen wollte - den verfehlt er ganz.

Erfreulich immerhin, wie Horst Buchholz, mit dieser Figur eines trüben Trauerkloßes nach zehn Jahren in den deutschen Film zurückkehrend, trotz aller Anfechtungen seine Rolle trocken hält, ihr hin und wieder durchaus Glaubwürdigkeit, manchmal sogar einen Grad Selbstironie beigegeben kann.

Buchholz ist sehenswert. Der traurige Film nicht. FRIEDRICH LUFT



Vom Selbstmord eines Mitbürgerers: Horst Buchholz und Franziska Brome in „Wenn ich mich fürchte“

Ballett in Basel - Heinz Spoerli „John Falstaff“

Van Manen tanzt wieder

Kein Platz für Narren? König Heinrich V. von England hat zwar mit seinem bisherigen Luderleben kurzen Prozeß gemacht, aber nach seiner Thronbesteigung geht er dann doch nicht so weit, seinen einstigen Saufkumpanen und Spaßgarn ganz aus seinem Herzen zu verbannen, auch wenn er ihn - unter Androhung der Todesstrafe - von Tisch und Tafel weist. Mitten im schönsten Sommernachtspuk taucht er, gleichsam als Schatten seiner selbst, im Park von Windsor auf und hält noch einmal seine Hand auf. Ein gebratenes Huhn, und schon scheint Sir John Falstaff mit sich und seiner Welt, die ihm immer wieder an den Krügen will, zufriedener. Voller Erwartung breitet er zwischen den Beinen seinen abgewetzten Mantel aus. Selbstvergessen stopft er sich, während der Vorhang fällt, seinen wohlbekannten Wanst voll.

Ende gut, alles gut. Auch Heinz Spoerli kommt in seinem abendfüllenden Ballett „John Falstaff“, das in Basel uraufgeführt wurde, zwangsläufig auf einen Schluß, der an die Aleropere Giuseppe Verdis erinnert, selbst wenn er sich sonst eher den beiden Shakespeare-Stücken „Heinrich IV.“ und „Die lustigen Weiber von Windsor“ verpflichtet weiß. Aber sein Falstaff, der sich so genüsslich die Hände reibt und offenbar keinen etwas zu Leide tun kann, hat es faustdick hinter den Ohren. Man ahnt, daß er eines Tages wieder seine komischen Körpermassen in Bewegung setzt, um ein weiteres Mal die Rechnung ohne den Wirt zu machen. Schließlich muß ja immer einer der Dumme sein. Einer muß des anderen Narren spielen. Am besten, er tut es wie Sir John aus Überzeugung.

Wer immer sich also in diesem Ballett einen Jux erlaubt, tut es auf Kosten von anderen: König Heinrich, der sich überlegen fühlt und doch durch Falstaffs Lebensschule ging, die lustigen Weiber, die sich am Schwerenöter ihr Mitleid kühlen, ihr Gründe aber die Biederkeit ihrer Partner meinen; ja selbst Falstaff, der gleich zu Anfang Knall auf Fall in die wohlklingende Pavane hineinstolpert, mit der Thomas John seine Musik (im Auftrag der Basler Theater) einleitet. Aber er ist sich im Unterschied zu anderen seiner eigenen Lächerlichkeit wohl bewußt. Er lockert geradezu mit seiner Leibesfülle, trägt seinen Bauch wie einen Panzer, an dem alle Angriffe ab-

prallen. Und streckt er wirklich einmal alle viere von sich, kann man sicher gehen, daß er alsbald einen Dreh findet, um auf seine Beine zu kommen. Wie ein Bamboock rennt er gegen das Gasthaus an, aus dem er zu Beginn hochkantig herausfliegt. Er spielt mit jeder Möglichkeit, schnell zu Geld zu kommen. Und er läßt tanzen Dampf ab, um bei der nächsten Gänerei seinen Mann stehen zu können.

Hans van Manen, sonst in Holland als Choreograph im Dienst, ist der gute Gast-Geist des Basler Balletts. Nach zwanzig Jahren erstmals wieder in einer großen Tänzerrolle aktiv, bringt er in seinen Falstaff nicht nur seine ganze Persönlichkeit ein (die freilich einiger leiblicher Auspolstung bedarf). Er investiert in diese Figur auch eine gehörige Portion Erfahrung, setzt in ihr ein gestalterisches Potential frei, das die ganze Arbeit prägt. Er ist komisch und zugleich von einer gewissen Alters-Tuglichkeit gezeichnet. Er spielt mit seiner Erscheinung und ironisiert sie im selben Augenblick, in dem er sie humorvoll lägen strafft. Seine Schwerfälligkeit besitzt immer eine groteske Grazie. Seine Unempfindlichkeit ist stets sichtbar Ausdruck einer Sensibilität, seine Grobheit kaschiert stets eine unausgesprochene Zärtlichkeit.

Leider wird dieser scheinbare Widerspruch nicht immer auf einen so glücklichen Nenner gebracht wie bei Hans van Manen. Manchmal hemmt die Musik, so treffend, so verlegend sie bisweilen auch in ihrer charakteristischen Zuspitzung sein kann. Das Stück kommt ins Stocken. Thomas John verzettelt sich. Seine Komposition, materialreich und manchmal von einem geradem spöttischen Unterton, zerfällt in Einzelszenen. Eine Entwicklung fehlt. Kein Bogen hält die beiden Dramen zusammen, die Spoerli in der Shakespeare-Gestalt zusammengefaßt hat. So bleibt manches letztlich Stückwerk.

Einige Episoden - wie die lächerlichen Rechtfertigungsversuche des Ritters von der wohlbeliebten Gestalt - machen den Mund wässrig. Bei anderen sitzt man auf dem trockenen. Aber immer ist in der traumhaft schönen Bühnenräumen Jürgen Ros etwas im Gange. Immer geht das Ballett auf. Keine verlorene Liebesmüh also. Denn Spoerli hält auch diesmal nicht den Zuschauer zum Narren. Einer genügt, und der ist auf der Bühne. HARTMUT REGITZ

JOURNAL

Jean-Antoine Watteau im Grand Palais

AFP, Paris
Werke von Jean-Antoine Watteau (1684-1721) sind bis zum 28. Januar im Grand Palais in Paris zu sehen. Die Ausstellung, die zum 300. Geburtstag Watteaus zusammengestellt wurde, umfaßt 73 Gemälde und rund hundert Zeichnungen. Sie wurde zuerst in der National Gallery in Washington gezeigt und wird anschließend in Berlin zu sehen sein. Durch die Zusammenarbeit dieser drei großen Museen war es möglich, alle wesentlichen Werke Watteaus in die Ausstellung einzubeziehen. Dazu gehören z. B. das „Ladenschild des Kunsthandlers Gersaint“, „Gilles und die italienischen Komödianten“ oder (allerdings nur in Paris) beide Versionen der „Einschiffung nach Cythera“.

Tocqueville-Preis für Karl Popper

dpa, Paris
Der Tocqueville-Literaturpreis für politische Wissenschaften ist in Paris dem aus Österreich stammenden britischen Philosophen Karl Popper verliehen worden. Der Preis ist mit 60 000 Francs (rund 20 000 Mark) dotiert. Er wurde jetzt zum viertenmal von einer französisch-amerikanischen Jury verliehen.

Foto-Stipendiaten der Krupp-Stiftung

DW, Essen
Ein Stipendium für Zeitgenössische Deutsche Fotografie hat die Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung in Essen erstmals 1982 ausgeschrieben. Es ermöglicht drei jungen Fotografen, sich ein Jahr lang mit einem bestimmten Thema zu beschäftigen. Damit wurde erstmals ein Stipendium - wie es für die anderen Gebiete der Kunst längst üblich ist - für die Fotografie ausgeschrieben. Die ersten Ergebnisse dieser Förderung zeigt nun die Fotografsammlung des Museums Folkwang in Essen. Sie stellt bis zum 2. Dezember Arbeiten von den sechs Stipendiaten der Jahre 1982 und 1983 aus. Der Katalog kostet 20 Mark.

G. Knäpper in „Präsenz der Zeitgenossen“

DW, Nürnberg
In der Reihe „Präsenz der Zeitgenossen“ konfrontiert das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg die Werke zeitgenössischer Künstler mit historischen Arbeiten in den ständigen Schausammlungen. Die neueste Ausstellung ist den Keramikern von Gerd Knäpper, der seit fünfzehn Jahren in Japan lebt, gewidmet. Seine Arbeiten verbinden japanische Traditionen mit europäischem Formbewußtsein. Die Ausstellung in Nürnberg, die bis zum 25. November zu sehen ist, umfaßt Vasen, Schalen, Wassergefäße und Gerät für die Teezereemonie. Der Katalog kostet 18 Mark.

„Paris, Texas“ jetzt auch als Filmbuch

DW, Bonn
Wim Wenders' Film „Paris, Texas“ ist wegen des Rechtsstreites zwischen Wenders und dem Filmverlag der Autoren noch nicht in unseren Kinos zu sehen. Sozusagen als Ersatz erschien jetzt das von Wenders gemeinsam mit dem Dramatiker Sam Shepard verfaßte Filmbuch „Paris Texas“ (Gruno Verlagsgesellschaft, Nördlingen, 512 S., 380 Abb., 24 Mark). Es enthält das Drehbuch in deutsch, französisch und englisch, dazu einen Material- und Dokumentationsteil sowie Bio- und Filmographien der wichtigsten Mitwirkenden.

Großes Münzversteck in China gefunden

AP, Peking
Eine Überschreitung hat in den Helan-Bergen in Nordchina einen Schatz von 30 000 alten Münzen aus der Zeit der Westlichen Han-Dynastie vor 2100 Jahrenutage gefördert. Experten nehmen an, daß die Münzen im Jahr 127 von Chinesen vergraben wurden, die auf der Flucht vor den mongolischen Invasoren waren. Der Schatz wiegt 125 Kilogramm und enthält sehr wertvolle Stücke aus aus der Zeit der Westlichen Han-Dynastie.

Marcel Brion †

dpa, Paris
Der französische Kunsthistoriker und Schriftsteller Marcel Brion ist in Paris im Alter von 88 Jahren gestorben. Brion, Mitglied der Académie Française, war Spezialist für die deutsche Romantik und die italienische Renaissance. Deutsch erschienen u. a. seine Bücher über „Goethe“, „Robert Schumann und die romantische Seele“, „Die Dichter des romantischen Deutschland“ oder „Das tägliche Leben in Wien“.

Korrektur:

Durch ein Versehen war gestern in einem Teil der Auflage statt des Fotos von Oscar Fritz Schuh ein Filmbild abgedruckt. Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen.

